

## Der Spitzel war immer dabei



*Fotomontage: Jürgen von Hoff*

### Über den Kirchenkampf im Kalten Krieg

Von Werner Kaltefleiter

Erschienen am 8. März 2007 im Weblog „Allegro Andante“ auf [www.kath.de](http://www.kath.de)  
(<http://blog.kath.de/kaltefleiter>)

PDF-Version erstellt vom kath.de-Medienservice, Monitz Bringenberg 2007

## Inhaltsverzeichnis

S. 3	Der Spitzel war immer dabei
S. 6	Die „Unmoral“ des Vatikans
S. 6	Eine Papierflut
S. 8	Weisungen vom Großen Bruder
S. 9	Als der Kalte Krieg begann
S. 11	„Bruderinformationen“
S. 12	Versöhnungsbotschaften
S. 15	Polnische Ereignisse
S. 18	Bis die Mauer fällt
S. 19	Auf schmalem Grat
S. 21	Auch den Kelch nahmen sie mit
S. 23	Ein „pazifistischer“ Bundespräsident
S. 24	Ungarische „Rhapsodien“
S. 27	Viel Müll
S. 28	Mit „Tuch“ und „Händler“ kein Geschäft
S. 33	Vom Schlapphut zum Computer
S. 34	Abwehr und Bekämpfung
S. 36	Die Maßnahme „Vesuv“
S. 37	Arbeit am Mann
S. 37	„Persönlich bekannt mit dem Papst“
S. 39	Spalt-Versuche
S. 41	Zentrale Königstein
S. 42	Theologie der Befreiung
S. 43	Reizthema „Vatikanische Ostpolitik“
S. 47	Aktion „Zitrone II“
S. 52	Operation „Papst“
S. 55	Bulgarische Pfeile
S. 57	Subversive Ansichtskarten
S. 59	Kontrolle
S. 59	Gott ließ sich nicht ausbürgern
S. 62	Quellen

„Den Vatikan darf man nicht als neutrale Kraft in der gegenwärtigen Welt betrachten. Gegen den Vatikan muss ein pausenloser aktiver Kampf geführt werden. Damit erfüllen wir die Politik unserer Parteien mit Leben.“

(Generalmajor Jan Hanuljak bei einem Treffen der sozialistischen Geheimdienste 1977 in Prag)

Spektakuläre Spionagefälle, zumal solche, in die prominente Personen verwickelt sind, und somit auch Dokumente, die diese Vorgänge betreffen, finden gemeinhin größeres öffentliches Interesse als interne Lageberichte und Einschätzungen der politischen und militärischen Nachrichtendienste. In nüchterner Amtssprache verfasst, mit komplexen Fragestellungen und komplizierten Zusammenhängen, liefern diese Informationen jedoch das Basismaterial, auf das sich alle Nachrichtendienste, ob Ost oder West, stützen. Ihre „klassischen“ Aufgaben sind Aufklärung (Gegenspionage) und (Spionage-)Abwehr.<sup>1</sup>

Wer sich zum ersten Mal in die Lektüre nachrichtendienstlicher Informationen vertieft, mag den Eindruck gewinnen, Geheimdokumente aus einer militärischen Operationszentrale in der Hand zu haben. Diese Erkenntnis täuscht nicht. Aufklärung und Spionageabwehr, die „klassischen“ Aufgabengebiete von Nachrichtendiensten, haben ihren Ursprung „unter den Soldaten“, in Verteidigung und Angriff „an der unsichtbaren Front“. Und so werden die meisten Nachrichtendienste, auch solche, die nicht in die Streitkräfte eingegliedert, sondern Zivilbehörden unterstellt sind, militärisch geführt. Ihre Kader oder doch ihre Führungsstäbe werden von militärischen Rängen besetzt.

Dies galt auch für das Ministerium für Staatssicherheit, bis hinauf zum Minister dieser gefürchteten Behörde des SED-Staatsapparates, Erich Mielke. Der Arbeitersohn, gelernter Speditionskaufmann und Reporter der „Roten Fahne“ durfte sich am Ende mit dem höchsten militärischen Titel des Regimes schmücken, dem eines „Armeegenerals“.

Ob Hauptverwaltung, Abteilung oder Referat, die Ämter werden von Offizieren geleitet. Ihre Uniform stammte aus der Kleiderkammer der Nationalen Volksarmee, der sie jedoch nicht unter-, sondern gleichgestellt waren. Äußerlich unterschied sie sich durch den Ärmelstreifen mit silberfarbig eingesticktem Schriftzug: „Ministerium für Staatssicherheit“.

Kaum war der Zweite Weltkrieg dem Papier nach beendet, begann ein neues Säbelraseln, wurde aufeinander geschossen, die Welt durch Mauern und Sperrzäune geteilt in Ost und West. Nun ging es um mehr als um hitlersche Neurosen. Was und wer würde der Welt den ewigen Frieden bringen, die amerikanische Vision vom „pursuit of happi-

---

<sup>1</sup> Auf eine Definition des Begriffs, des Unterschieds zwischen Nachrichtendienst und Geheimdienst, wird an dieser Stelle verzichtet. Im nachfolgenden Beitrag steht nicht zur Diskussion, ob „legal“ und durch parlamentarische Kontrolle (wie etwa der BND in der Bundesrepublik Deutschland) bzw. zumindest durch die jeweilige staatliche Rechtsordnung gedeckt operiert wurde oder allein im Verborgenen, keiner öffentlichen Instanz verantwortlich. Ob der V-Mann, der Undercover-Agent, der IM mit „Deckname“ unter dem Schutzmantel eines Regimes tätig war – wie dies zu bewerten ist, wäre an anderer Stelle zu klären. Die hier vorgelegten und kommentierten Dokumente beschreiben die „nachrichtendienstlichen Mittel“, die gegen Papst und Kirche eingesetzt wurden, die Methoden der Spionage betreffend wie ihre weltanschauliche Begründung.

ness“, oder das sowjetische „Paradies der Werktätigen“? Der Katechismus des dialektischen Materialismus suchte den Wettbewerb mit dem christlichen Evangelium. Nicht im Dialog, sondern zunächst im rücksichtslosen Kampf gegen die Kirchen und Religionsgemeinschaften. „Pardon“ wurde nicht gegeben.

Ein Dokument aus einer heißeren Phase des Kalten Krieges, aus der Mitte der 70er Jahre, belegt mit äußerster Schärfe, von welchem Feindbild das Moskauer Imperium ausging. Im Rahmen einer Beratung vom 11. bis 14. Februar 1975 in Warschau, an der „leitende Genossen der Sowjetunion, der Volksrepublik Bulgarien, der CSSR, der DDR, Kubas, der Volksrepublik Polens und der Volksrepublik Ungarns“ teilnahmen, hielt der „1. Stellvertreter des Ministers für Innere Angelegenheiten der VR Bulgarien“, Generaloberst Georgij Schopow, eine Grundsatzrede. Dabei sagte er: „Der Vatikan ist eine der Zersetzungszentralen, dessen aktive Tätigkeit gegen die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung, gegen das Weltsystem des Sozialismus und die einzelnen sozialistischen Länder, darunter die BR Bulgarien, gerichtet ist. Seine Tätigkeit ist seit Jahrhunderten mit konservativen und reaktionären Kreisen, mit der Strategie und Taktik des Imperialismus verbunden.“

Der bulgarische Stasi-General sagte weiter, „unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das Bewusstsein der Werktätigen nicht mehr die alten Mittel und Methoden in Gehorsam gehalten werden kann“, habe die katholische Kirche begonnen, sich den neuen politischen und sozialen Bedingungen der Welt anzupassen. Er nannte als Beispiel den Einsatz des Vatikans für den Frieden in der Welt, für eine Beendigung des Vietnam-Krieges, die Verurteilung der Kolonialsysteme sowie bestimmte Seiten des Imperialismus. Der Bulgare hätte sich über soviel Übereinstimmung mit den Positionen seines Systems eigentlich freuen müssen, aber das passte dann wohl nicht ins Konzept und musste propagandistisch ins Gegenteil verkehrt werden. Schlussfolgerung: Das mache der Vatikan nur, „um seine Positionen in gewissem Maß zu festigen.“

Einen Schlag drauf setzte auf derselben Tagung der stellvertretende Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, Viktor Tschebrikow, der spätere KGB-Chef. In seinem Referat über die „Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion kirchlicher Organisationen und Zentren gegen die sozialistischen Länder“ – womit dem Vatikan in der seinerzeit üblichen Parteidiktion „Subversion“, „Wühlarbeit“, et cetera in den Ländern des Ostblocks unterstellt wurde – zitiert der Moskauer Geheimdienst-General den Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Leonid I. Breschnew. Dieser hatte laut Tschebrikow in seinem Rechenschaftsbericht an den XXIV. Parteitag der sowjetischen Kommunisten erklärt: „Wir leben unter den Bedingungen des unverminderten ideologischen Krieges, der von der imperialistischen Propaganda gegen unser Land und gegen die gesamte Welt des Sozialismus unter Anwendung raffiniertester Methoden und

unter Anwendung von gewaltigen technischen Mitteln geführt wird.“ Ein um das andere Mal wurde in jenen Jahren der Vatikan beschuldigt, für seine Politik sei es die Regel, „jede antisowjetische und antisozialistische Tätigkeit aktiv zu unterstützen, auch wenn sie nicht von der katholischen Kirche ausgeht.“<sup>2</sup>

Dem Papst wurde der Krieg erklärt. Der Kalte Krieg gegen Religion und Kirche wurde in zwei Richtungen geführt: Der politische Katholizismus – unter diesem Begriff hatten schon die Nazis von der Jugendgruppe in der Gemeinde, über die Laienorganisationen, vom Pfarrer und Bischof bis zur römischen Kurie alle Ebenen der Kirche zum Gegner erklärt – galt als vorrangiges Feindbild. Denn die Zehn auf der Zielscheibe markierte die weltanschauliche Auseinandersetzung. Gott wurde die Eignung zur „sozialistischen Führungspersönlichkeit“ abgesprochen, um einen Standardbegriff zu verwenden, wie er manchem fest zu seinem Glauben stehenden Studenten vom Partei-Instrukteur vorgehalten wurde.

Gleichzeitig stand, respektive: steht der Papst einer auf der politischen Bühne agierenden Institution vor, mit hohem internationalen Ansehen und nicht geringem Einfluss, mit weltweiten internen sowie diplomatischen Verbindungen. Insofern einem Schaltzentrum, wo Informationen aus der ganzen Welt zusammenlaufen. Kein Geheimdienst, ob Ost oder West, der nicht Auge und Ohr begehrlieh auf den Apostolischen Palast richtet. Die Bemühungen, die hohen Mauern des Vatikans zu übersteigen, die „operativen Maßnahmen“, die Flut an so genannten „Informationen“, die in den Jahren des Kalten Krieges sich zum Beispiel in den Dokumentenmaterialien des Ostberliner Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) ansammelten, überraschen insofern nicht. Desinteresse an der Kirche mochte im Klassenzimmer und im Schulungsraum der Parteikader eine Rolle spielen, nicht jedoch in der politisch-ideologischen Auseinandersetzung hinter den Kulissen – an der „unsichtbaren Front“, der Schattenwelt der östlichen Geheimdienste.

Mit welchem Ausgang? Das Ergebnis ist bekannt. Aber in den 50 Jahren, in denen von „Moskau“ die Weisungen an die verbündeten Kader erging, gegen die „subversiven vatikanischen Kräfte“ vorzugehen, sahen sich Christen massivem Druck bis hin zu persönlicher Verfolgung ausgesetzt. Die Kirche wurde in einigen Ländern in die Katakomben getrieben.

Mit welcher Härte kommunistische Geheimpolizei und Nachrichtendienste bereit waren, gegen den ideologischen Erzfeind vorzugehen, enthüllen Blatt für Blatt die schriftlichen Unterlagen aus den Archiven der „Stasi“ in Berlin, Warschau, Prag, Budapest. Allein schon die Militanz der Sprache wirkt erschreckend auf den Leser, der mit der Parteiphraseologie der sozialistischen Diktaturen nicht vertraut ist. Handelte es sich nur um pflichtgemäße Verbalattacken, um die „Entschlossenheit“ zur „Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften“ gegenüber den Vorgesetzten und den „Bruderorganisationen“ zu deklamieren?

---

<sup>2</sup> HA XX/4, Nr. 501.

## Die „Unmoral“ des Vatikans

Jedes Mittel war recht, um das antikirchliche Feindbild auszumalen, in der politischen Schulung die künftigen Mitarbeiter für den Staatssicherheitsdienst „scharf“ zu machen. Das begann in den ersten Winterjahren des Kalten Krieges. So wird in einer „Lektion“ aus dem Jahre 1956 „der Kampf der Organe für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik gegen die feindlichen Elemente und die Agenturen der imperialistischen Geheimdienste unter den katholischen und evangelischen Kirchenanhängern und Sekten“ behandelt. Ein beliebtes Thema, wie auch in den nachfolgenden Jahren, waren die angeblichen finanziellen Machenschaften der Papstkirche, ihre Beteiligungen an Banken, Industriekonzernen und anderen Unternehmungen, die nicht ohne weiteres mit den moralischen Grundsätzen der kirchlichen Lehre korrespondieren würden. Zum Beispiel Anteile an der Spielbank von Monte Carlo.

Anschaulich wurde den Schülern dargelegt, was heute freilich auch Nicht-Kommunisten eher amüsiert: „Der Jesuit Pater Leppich“ habe in Wiesbaden geistvolle Reden gehalten und sich beschwert, dass die Frauen in der Sommerkleidung unkultiviert und widerlich herumlaufen. In Ermangelung eines eigenen Zuhörers beriefen sich die Genossen auf einen Artikel aus dem „Wiesbadener Tageblatt v. 7. August 1952“ und fügten süffisant hinzu, Pater Leppich habe höchstwahrscheinlich nicht gewusst, dass der Vatikan auch Teilhaber eines Unternehmens sei, das „die reizvollste Kunstseidenbekleidung fabriziert.“ Aber darauf kam es in der Unterrichtsstunde nicht so sehr an; wichtiger war der Kernsatz der Klassenarbeit: „Die Tätigkeit des Vatikans bei der Unterstützung des Imperialismus im Kampf um die Weltherrschaft.“

## Eine Papierflut

Eine eigene Bundesbehörde in Berlin verwaltet „die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR“. Die Mitarbeiter überraschte der Umfang des Materials, das den Austausch von Informationen zwischen den Nachrichtendiensten der Staaten des Warschauer Vertrages umfasst, und zwar den Vatikan betreffend. Was immer angebliche Insider erfahren, aus „zuverlässigen und geprüften Quellen“ geschöpft werden konnte, Einschätzungen zu politischen Situationen, Dossiers über Prälaten, „Maßnahmepläne“ und einzelne Operationen füllen die Akten aus den Beständen der Hauptverwaltung Aufklärung HV A, dem Nachrichtendienst des MfS, und speziell aus der Hauptabteilung XX und deren Abteilung 4, zuständig für die „katholische Linie“.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> HV A: Hauptverwaltung Aufklärung, Auslandsnachrichtendienst der DDR, letzter Leiter: Generaloberst Werner Großmann. Sein Vorgänger war der „legendäre“ Markus „Micha“ Wolf, der „Mann ohne Gesicht“ (von 1952-1986). Aufgabengebiet: Aufklärung (Gegenspionage), Spionage-Abwehr und aktive Maßnahmen im Operationsgebiet. A II war zuständig für Aufklärung und Bearbeitung, u.a. auch der Kirchen und religiösen Gemeinschaften, A VII für Auswertung, A IX für Abwehr – Gegenspionage

Hinter den üblichen, den Laien vielleicht irritierenden nachrichtendienstlichen Begriffen steht mehr als die Eigentümlichkeit der ND-Arbeit.<sup>4</sup> So tritt ein Kriterium in den Vordergrund, das gerade für den weltanschaulich geführten Kampf kennzeichnend ist: politisch-ideologische Diversion.<sup>5</sup> Sie wird dem Gegner vorgeworfen – insbesondere dem „politischen Katholizismus“, womit jeder Priester und katholische Laie gemeint sein konnte, der öffentlich das Evangelium in die Hand nahm. Sie konnten wohl nicht anders, mussten, von der eigenen Doktrin überzeugt, die Christenlehre fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Dabei wird selbstverständlich nach außen verschwiegen – aber in den internen Dokumenten ausdrücklich bestätigt –, dass eben dieses Mittel der Diversion und Kompromittierung von den Parteisoldaten raffiniert eingesetzt wurde, letztlich mit dem Ziel, die Welt mit der neuen Religion zu beglücken, der Lehre vom wissenschaftlichen Materialismus, in der Gott nicht vorkommt, oder allenfalls als Wesen, auf

---

(von HA II übernommen), und A X für Desinformation im Operationsgebiet.

Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Kunst, Kultur, Kirche, Untergrund. Leiter: Generalmajor Paul Kienberg (1964-1989), dem Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit, Generaloberst Rudi Mittig, unterstellt. Aufgabenstellung: Federführung auf dem Gebiet der Verhinderung bzw. Aufdeckung und Bekämpfung „politisch-ideologischer Diversion“ (PID) und „politischer Untergrundtätigkeit“ (PUT).

Auswertungs- und Kontroll-Gruppe (AKG): Erarbeitung von Analysen und Informationen, Führung von Speichern, Öffentlichkeitsarbeit, Planung der operativen Arbeit sowie Anleitung und Kontrolle der operativen Arbeit. Arbeitsbereich IV zuständig für den nichtsozialistischen Westen (NSW), Reisekader, also inoffizielle Mitarbeiter IM und offizielle Mitarbeiter: Offiziere in Operationsgruppen im „Bruderstaat“.

Abteilung 4 („Kirchenabteilung“): Oberst Wiegand, Major Baethge. Aufklärung, Bearbeitung, Sicherung der Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie Unterbindung von Erscheinungsformen der politischen Untergrundtätigkeit (im Sprachgebrauch des MfS auch häufig als „Verhinderung des Missbrauchs der Kirchen“ gekennzeichnet).

Referat 2: Bearbeitet die katholische Linie (Referat 1 die evangelische).

Referat 4: Zuständig für Aufklärung und Arbeit im und in das „Operationsgebiet“, also Beauftragung von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM), V-Leuten usw.

Referat 5: Operative Vorgänge und Schwerpunkte. Die östlichen Geheimdienste setzten, den westlichen gleich, selbstverständlich modernste nachrichtentechnische Mittel, „intelligente“ Software ein. „Oldtimer“ Erich Mielke freilich gab der „Human Intelligence“ (HUMINT, im modernen Sprachgebrauch), also der „Arbeit am Mann“, den Vorzug dem V-Mann, dem IM. Sie waren ihm die zuverlässigeren Zuträger von Informationen. Sie waren aber auch „das Werkzeug des Repressionsapparates“, wie Clemens Vollnhals in einer Broschüre der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen schreibt (vgl. BF informiert, Nr. 16).

Abteilung 9: Konnte dementsprechend tätig werden. Referat 1: Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit und „Organisierung einer effektiven Zusammenarbeit und Koordinierung der politisch-operativen Arbeit der operativen Dienstseinheiten“. Referat 3: Bearbeitung feindlicher Stützpunkte und Rückverbindungen sowie Organisierung einer effektiven Zusammenarbeit und Koordinierung der politisch-operativen Arbeit der operativen Dienstseinheiten.

<sup>4</sup> ND: Nachrichtendienstlich.

<sup>5</sup> Politisch-ideologische Diversion: lt. Duden: Ablenkung, Angriff von der Seite, Sabotage durch den Klassenfeind. Angriff auf die theoretischen Grundlagen eines Systems, im Unterschied zur wirtschaftlichen Diversion, also Maßnahmen gegen ökonomische Strukturen eines Landes. Abwehr gegnerischer Maßnahmen wie auch Einsatz der eigenen Mittel zählen zum Instrumentarium aller Nachrichtendienste, das einen ganzen Katalog von nachrichtendienstlichen Mitteln auf der Linie „Aktive Maßnahmen“ bereithält. Dazu zählen auch Desinformation durch entsprechende „Informationen“ an die Medien, Zersetzung und „Untergraben der Motivation der gegnerischen Kräfte“, wobei versucht wird, Gruppierungen gegeneinander auszuspielen. Beispiel Kirche: So genannte progressive, „linkskatholische“ Kräfte, zu denen vor allem Organisationen der Friedensbewegung zählten, ideell und materiell zu fördern und die „herrschenden konservativen Kreise“ zu diskriminieren.

das der Mensch als Schöpfer aller Dinge und seiner selbst nicht angewiesen ist.

Wie das Deutsche Reich unter Hitler ein Weltanschauungsstaat nationalsozialistischer Ausrichtung sein sollte, so gab sich die Deutsche Demokratische Republik eine dem Marxismus-Leninismus verpflichtete „Staatsdoktrin“; wie das Reichssicherheitshauptamt RSHA und sein Nachrichtendienst SD der NSDAP diente, so das Ministerium für Staatssicherheit MfS und sein Nachrichtendienst HV A der SED. Die Losung des MfS, „Schwert und Schild der Partei“ zu sein, spricht für sich selbst. Dieses Prinzip war den deutschen Einparteienstaaten gemeinsam, natürlich abgesehen von den weltanschaulichen Unterschieden.

### Weisungen vom Großen Bruder

Wie die Mauern des Vatikans erstürmen, die Pforten öffnen, in Vorzimmern der Papstgemächer lauschen? In der ersten Folge dieser Berichte zur nachrichtendienstlichen Erfassung der Kirche wurde auf die Frage schon eingegangen.<sup>6</sup> Leitwolf im Verbund der Nachrichtendienste der Staaten des Warschauer Vertrages war der KGB.<sup>7</sup> Direktiven gingen von Moskau aus, Maßnahmen wurden mit der Lubjanka<sup>8</sup> abgestimmt. Die gemeinsame Dienstsprache war Russisch. Die Genossen von Ostberlin bis Sofia waren eingeschworen auf den Stammvater der kommunistischen Geheimpolizei und Nachrichtendienste Felix Dserschinski und „verbrüder“ im Geist der „Tscheka“, in einer Art Internationale des Tschekismus.<sup>9</sup>

---

<sup>6</sup> Vgl. „Die Kirche schlechtmachen“, Teil 1 dieser Reihe, unter <http://blog.kath.de/kaltefleiter>.

<sup>7</sup> KGB: Komitet Gosudarstvennoj Besopastnosti = Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR. 1954 gegründet, Vorläufer waren die sowjetischen Geheimdienste seit 1917. Nach dem Augustputsch 1991 aufgelöst. Nachfolgeorganisationen: FSB (Russischer Föderaler Sicherheitsdienst, Inlandsgeheimdienst), SWR (Auslandsaufklärung), FSK (Spionageabwehr), CSR (Zentraler Geheimdienst), GRU (Hauptverwaltung Aufklärung, militärischer Nachrichtendienst, kurz „Raswedka“ genannt).

Die lange Liste der sich ständig verändernden Strukturen der Geheimpolizei und Nachrichtendienste lässt Vermutungen über Vorgänge innerhalb des zaristischen, bolschewistischen und sowjetischen Sicherheitsapparates zu: Ochrana (1911-1917), Tscheka (1917-1922), GPU (1922-1923), OGPU (1923-1934), GUGB (1934-1941-1943), NKWD (1934-1946), NKGB (1941-1943-1946), Smierz (1943-1946), MGB (1946-1953), MWD (1946-1960), KI (1947-1951), KGB (1954-1991), PGU (1954-1991), FSB (1991-), FSK (1991-).

<sup>8</sup> Lubjanka: Inbegriff des bolschewistischen Terrors, heute Sitz des Inlandsnachrichtendienstes FSB. Das ehemalige Versicherungsgebäude am Lubjanka-Platz Nr. 2 beherbergte das zentrale Gefängnis, das Hauptquartier der sowjetischen Geheimdienste und das Geheimarchiv der Agenturen.

<sup>9</sup> Die Bezeichnung „Tscheka“ geht zurück auf die russische Abkürzung, nach den Anfangsbuchstaben We-Tsche-Ka für „Wserossijskaja Tschereswytschajnaja Komissija po Borbe s Konterrevoljuziej i Sabotashem“ = „All-russische Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage“. Das „Organ der Diktatur des Proletariats zum Schutz der Staatssicherheit“ wurde 1917 von den Bolschewisten ins Leben gerufen. Erster Vorsitzender war Felix Edmundowitsch Dserschinski (polnisch Feliks Dzierzynsky), Sohn eines polnischen Gutsbesitzers. Der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew nannte ihn anlässlich des Gedenktages seines 100. Geburtstages den „Eisernen Felix“. Dserschinski war von 1922 bis 1926 Chef der Geheimpolizei GPU.

## Als der Kalte Krieg begann

Den Namen Dzierzynskys trug auch das „Wachregiment Berlin“ des MfS. Es wurde bereits im November 1949 in Dienst gestellt, „für den Schutz der Arbeiter- und Bauernmacht“, dienstrechtlich der Arbeitsgruppe des Ministers Mielke direkt unterstellt. Zu den „Ruhmestaten“ dieser „Struktureinheit des Staatssicherheitsdienstes“ zählte in der Sprache der SED-Propaganda die Teilnahme von Einheiten des Regiments „an der Zerschlagung des konterrevolutionären Putschversuches am 17. Juni 53“. Dabei sei die „Waffenbrüderschaftsbeziehungen zu Sowjetsoldaten“ geboren worden.

Aus dieser merkwürdigen Geburtsstunde ging ein weiteres Ereignis hervor: die Errichtung des „antifaschistischen Schutzwalles“ am 13. August 1961, der vielen unschuldigen Menschen zum tödlichen Verhängnis wurde. Am 15. Dezember 1967 wurde dem Regiment der „Ehrenname“ verliehen: „Feliks Dzierzynsky“. Anlass war der 50. Jahrestag der „Tscheke“. Die „Struktureinheit“ stellte also nicht nur „die Ehrenformation im Rahmen des Militärischen Zeremoniells beim Antritts- und Abschiedsempfangs des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR“, sondern wurde auch als Verfügungstruppe des MfS eingesetzt, etwa für „Sicherungsaufgaben“ bei Großveranstaltungen. Hauptamtliche Mitarbeiter des MfS leisteten nach der Übernahme in die „Stasi“ den Eid des Tscheken.<sup>10</sup>

Wer zweckmäßigerweise auf den Vatikan angesetzt wurde, entschied schlicht und einfach ein Kriterium: E kamen vorrangig Dienste aus einem Land „mit katholischem Hintergrund“ in Frage, also Polen und Ungarn. Die DDR-Führung mit ihrem überwiegend protestantischen Umfeld zog es vor, sich bedienen zu lassen. „Regelmäßig erhielten wir Informationen von den Aufklärungsdiensten der UdSSR, Polens und Ungarns“, teilte der letzte Chef der Hauptverwaltung Aufklärung, Ex-Generaloberst Werner Großmann, auf Anfrage mit.

Je mehr Material aus den Aufzeichnungen des MfS erschlossen werden, die personenbezogenen Fälle „abgearbeitet“ sind, nähert sich die Forschung dem Bodensatz, in diesem Fall den Anfängen und Gründen der antikirchlichen Maßnahmen der östlichen Staatssicherheitsorgane. Eine Information vom Februar 1959 berichtet vom Informationsaustausch der Ostberliner Staatssicherheit mit den „sowjetischen Genossen“ auf der „Linie Kirchen und Sekten“. Die Ostdeutschen lieferten „halboffizielle Vatikan-Veröffentlichungen“, wozu – richtig – der „Osservatore Romano“ zählte, und – nicht richtig – die Freiburger „Herderkorrespondenz“, die aber für die DDR-Kundschafter so viel über kirchliche Interna zu wissen schien, dass sie als Quelle vorderhand ausreichte.

Vom 11. bis 17. Oktober 1960 kommt es zu einer „Staatskonferenz im demokratischen Sektor von Berlin“, womit der Ostsektor gemeint ist. Es nehmen

---

<sup>10</sup> Vgl. BStU: Daten zur Geschichte des Wachregiments Berlin „Feliks Dzierzynski“. Studienmaterial für die politische Schulung 90/7602.

die Polen, Tschechen und Slowaken sowie die Russen teil. Die Moskauer berichten: Die Kardinäle Giovanni Battista Montini, Augustin Bea und Alfredo Ottaviani seien sofort nach dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz<sup>11</sup> in USA gereist. Montini habe Präsident Eisenhower versichert: Es bestehe „völliges Einverständnis zwischen der Außenpolitik der Vereinigten Staaten und des Vatikans gegenüber der Sowjetunion“.

Der deutsche Kurienkardinal Bea<sup>12</sup> sei beauftragt gewesen, mit evangelischen Organisationen zu verhandeln, um eine einheitliche Front, eine NATO des Geistes, zu bilden. Es sei darum gegangen, dass die westlichen Länder keine Konzession in der Abrüstungsfrage machen.

Damit war das Feindbild „Vatikan“ erneut markiert: Der Papst als Komplize des US-Imperialismus, wie man nicht müde wurde in die Welt zu setzen. Die Sowjetregierung empfiehlt, einen eindeutig antivatikanischen Kurs auf allen Linien aufzunehmen.

Eine der Linien sollte wohl ein „Warschauer Pakt des Geistes“ sein, eine Art politischer Gegenökumene mit der Prager Christlichen Friedenskonferenz und der Russisch-Orthodoxen Kirche als Hauptakteuren. Ferner wurde empfohlen, die Position des Patriarchen von Konstantinopel zu schwächen, denn dieser stehe unter dem Einfluss der amerikanischen Reaktion.<sup>13</sup>

Die Bemühungen von Papst Johannes XXIII., mit den kommunistischen Regimes Möglichkeiten einen modus vivendi im Interesse des religiösen Lebens im Moskauer Herrschaftsbereich zu finden, spielten in den Überlegungen der Staatssicherheit keine Rolle. Wohl aber waren seine Stellungnahmen zu Frieden und Gerechtigkeit in der Welt ganz nach dem Geschmack der Kommunisten. Daraus ließ sich allerhand Propagandamaterial fabrizieren, das für Maßnahmen der „Differenzierung“ eingesetzt werden konnte. In einem der Dokumente wird angeregt, „im Geiste der für uns günstigen Thesen der päpstlichen Enzyklika ‚Frieden auf Erden‘<sup>14</sup> Einfluss auf die breiten Massen der werktätigen Katholiken zu nehmen“ sowie Bestrebungen konservativer Kreise des Vatikans zu entlarven, die versuchten, den Kurs von Johannes XXIII. und der „Liberalen“ zu diskriminieren. Man drängt auf entsprechende Maßnahmen, denn in Rom wird 1963 das Konzil fortgesetzt.

---

<sup>11</sup> Konferenz der vier Siegermächte Großbritannien, Frankreich, Sowjetunion und USA in Paris, scheitert am 17. Mai 1960. Vorausgegangen war der U-2-Zwischenfall, der Abschuss eines US-amerikanischen Aufklärungs-(Spionage)-Spezialflugzeugs in großer Höhe über Swerdlowsk am 1. Mai durch sowjetische Raketen. Chruschtschow verlangt, bevor über andere Punkte gesprochen wird, eine amerikanische Entschuldigung und will über Aufklärungsflüge der Amerikaner über der Sowjetunion verhandeln. Eisenhower lehnt ab. Am 18. Mai droht Chruschtschow, mit der DDR einen Separatfrieden zu schließen.

<sup>12</sup> Augustin Kardinal Bea (1881-1968), Wegbereiter der Ökumene. Beichtvater von Pius XII., 1959 Kardinal, am 5.6.1960 von Johannes XXIII. zum Leiter des „Sekretariats für die Förderung der Einheit der Christen“ ernannt. Maßgeblich an der Vorbereitung des Zweiten Vatikanischen Konzils beteiligt, vor allem die Beziehungen zu den nicht-römischen Christen und zum Judentum betreffend (Erklärung „Nostra aetate“).

<sup>13</sup> Vgl. HA XX/4, Nr. 85; 141; 315.

<sup>14</sup> Enzyklika „Pacem in terris“ – „Über den Frieden auf Erden“, am 11. April 1963, zwei Jahre nach dem Mauerbau und wenige Monate nach der „Kubakrise“ erschienen.

## „Bruderinformationen“

Die Genossen sprachen von „Bruderorganisationen“ und tauschten „Bruderinformationen“ aus – aber diese „Brüderlichkeit“ hielt sich bisweilen in Grenzen: dann, wenn die eigenen nationalen oder auch „sozialistischen“ Interessen im Vordergrund standen. Die Polen zum Beispiel hatten ihre eigenen Leute in Westdeutschland „vor Ort“. Wenn ein Spionagefall ans Licht der Öffentlichkeit gekommen war, kommentierte der ehemalige Chef der HV A das schon mal verärgert damit, dass man nicht alles und jedes sofort dem MfS anhängen solle. Die Unterlagen aus den Akten der Stasi aber belegen, dass die „Normannenstraße“ durchaus dankbar für Informationen war, die ihnen die polnischen Genossen aus der „Bonner Republik“ zukommen ließen. Gleiches gilt für die ungarische Spionage. Auch die Agenten aus Budapest kreisten nicht nur um den Vatikan, sondern setzten ihre Spürhunde auch auf kirchliche Einrichtungen in Westdeutschland an, zumal, wenn die Fäden in den Vatikan führten.

Wie „brüderlich“ polnische Nachrichtenleute mit ihren Ostberliner Genossen zusammenarbeiteten, wird sich vielleicht eines Tages aus den Unterlagen des Warschauer Instituts für das nationale Gedenken herauslesen lassen. Die Erinnerung an geschichtliche Ereignisse zwischen den beiden Nachbarvölkern – um es milde, aber nicht verharmlosend auszudrücken – dürfte auch vom sozialistischen oder tschekistischen Schwur nicht aufgehoben worden sein. Manches war wohl eher Pflichtübung, den vertraglichen Vereinbarungen auf politischer und militärischer Ebene geschuldet. Einige Dokumente aus den zurückliegenden Jahren sollen gleichwohl dokumentiert werden.

Die Zusammenarbeit zwischen den beiden geographisch am engsten verbundenen Nachrichtendiensten im sozialistischen Lager, von Prag einmal abgesehen, gilt sehr früh auch für das Kirchenreferat des MfS. Ein Papier vom 20. November 1964 bestätigt das Interesse der Stasi, denn: „Aus den verschiedenen Informationen der VR Polen ist ersichtlich, dass sie über zuverlässige Informationsquellen zum Vatikan verfügen.“ Dieses Interesse hat einen besonderen Grund: Das Zweite Vatikanische Konzil. Nach Rom reisen in dieser Zeit Bischöfe, Theologen und Laien aus der ganzen Welt. Auch eine ostdeutsche Abordnung unter Führung des Berliner Erzbischofs Alfred Bengsch ist dabei. Da wäre es doch angebracht, die Polen zu bitten, „ihre Informationsquellen nach dem Verhalten der Teilnehmer der Delegation der katholischen Amtsträger aus der DDR“ zu befragen.

Die Gesprächsvorlage der Abteilung XX/4 für ein Arbeitstreffen mit dem polnischen Sicherheitsdienst enthält weitere Vorschläge, wie man in die „westlichen Zentren“ eindringen kann, die für die „Organisation von Untergrundtätigkeit sowohl in der DDR als auch in der Volksrepublik Polen verantwortlich sind.“

Der Berliner Bischof blieb für die Ostberliner Stasi zeitlebens eine „harte Nuss“. Er hatte sich und seinem Klerus geradezu fastenzeitliche Abstinenz im Umgang mit den staatlichen Stellen auferlegt. Öffentlich kam kein Wort zu politischen Fragen über seine Lippen. Unter dem Datum vom 20. Mai 1976 – das Thema „diplomatische Anerken-

nung der DDR“ durch den Papst und eigene Bistümer innerhalb der Staatsgrenzen, also die auch kirchliche Teilung Deutschlands, lässt das Honecker-Regime nicht ruhen – entwirft die Kirchenabteilung des MfS einen „Fragenspiegel zur Kirchenpolitik des Kardinal Bengsch.“ Wie hält er ständig Verbindung mit dem Vatikan? Wer sind dort seine Ansprechpartner und Berater? Wie deutet man Äußerungen, wenn er sich positiv oder negativ über die Zusammenarbeit mit dem Vatikan äußert? Kardinal Bengsch – für die Deuter in der Stasi-Zentrale eine kirchliche Sphinx.

### **Versöhnungsbotschaften**

Das Konzil endete für die Deutschen im geteilten Land mit einer Sensation. Die in Rom anwesenden polnischen Bischöfe richten unter dem Datum vom 18. November 1965 eine Versöhnungsbotschaft an die „deutschen Brüder im pastoralen Dienst“. Die in die Geschichte der beiden Nachbarvölker eingeschriebenen Sätze lauten: „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“ Die deutschen Bischöfe antworten am 5. Dezember: „Mit brüderlicher Ehrfurcht ergreifen wir die ausgestreckten Hände.“ Insgesamt aber ist der Text nicht so glatt, wie die Versöhnungsformel glauben macht. Die Deutschen erinnern an das „Recht auf Heimat“ für Schlesier, Pommern und Ostpreußen, räumen jedoch ein, „dass dort jetzt eine junge (polnische) Generation heranwächst, die das Land, das ihren Vätern zugewiesen wurde, ebenfalls als ihre Heimat betrachtet.“ Die polnischen Oberhirten differenzieren ebenfalls: „Wir sind grundsätzlich einverstanden.“ Das bedeutet aber nicht: in allen Einzelheiten.

Der politische Pöbel hüben und drüben tobt, aber auch viele andere zeigen sich irritiert. In welchem Auftrag sprechen sie, fragen die kommunistischen Hardliner in Warschau, wer spricht da für uns, fragen manche Vertriebenenfunktionäre. Es geht auch um den Verbleib der Gebiete an Oder, Neiße und Ostsee – werden sie von polnischen Bischöfen an die Deutschen „verschenkt“, „verzichten“ die Deutschen? Wer hat Anspruch auf „angestammtes“ Gebiet?

Die polnische Stasi will Einzelheiten wissen. Über die Abteilung X (Internationale Verbindungen) des MfS bitten sie um Klärung der Hintergründe. Oberstleutnant Damm leitet die Anfrage am 11. Januar 1966 an die Hauptabteilung, an den Genossen Oberst Kienberg, weiter. Als erstes wird gefragt, wer die Initiative zum Austausch der Botschaften zwischen dem polnischen und dem deutschen Episkopat gab und welche politischen Kräfte eventuell die Bischöfe beeinflusst haben. Ob die Regierung Westdeutschlands vor der offiziellen Veröffentlichung informiert worden sei? „Welche Rolle spielten in den Gesprächen mit dem polnischen Episkopat der Kardinal Döpfner<sup>15</sup> und der Bischof Hengsbach<sup>16</sup>?“ Wer denn der „Sachwal-

---

<sup>15</sup> Julius August Kardinal Döpfner (1913-1976), Bischof von Würzburg (ab 1948), Bischof von Berlin (ab 1957), Erzbischof von München und Freising (ab 1961), Kardinal (seit 1958). Einer der vier Moderatoren des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-1965), Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz (ab 1965), Präsident der Gemeinsamen Synode der deutschen Bistümer (1971-1975).

<sup>16</sup> Franz Kardinal Hengsbach (1910-1991), erster Bischof des neu gegründeten Bistums Essen (ab 1958),

ter und Repräsentant der katholischen deutschen Kirche beim Vatikan" sei? Und schließlich auch, handschriftlich nachgetragen: „Ob deutsche Bischöfe polnische Westgebiete betreuen?“

Am 19. Januar 1966 antwortet die HA XX/4 (Kirchenabteilung, katholische Linie) mit einer fünfzehseitigen Stellungnahme. Zusammengefasst die wesentlichen Punkte: Am Anfang stand eine Einladung der polnischen Bischöfe vom 29. November 1965, während der letzten Sitzungsperiode des Konzils, an Kardinal Joseph Frings<sup>17</sup> für die Fuldaer Bischofskonferenz, an Kardinal Julius Döpfner für die Bayerische Bischofskonferenz (der inzwischen als Nachfolger von Frings an die Spitze der Bischofskonferenz gewählt worden war), sowie an Erzbischof Alfred Bengsch „als den Vertreter der Bischofskonferenz der DDR.“ Die Einladung galt der Teilnahme an den 1000-Jahrfeiern der Christianisierung Polens.

Vorausgegangen seien scharfe Meinungsverschiedenheiten „zwischen dem polnischen Episkopat und den reaktionären Bischöfen der Bundesrepublik“. Höhepunkt und Auslöser sei die Predigt von Wyszynski<sup>18</sup> anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der Befreiung Polens gewesen. „In dieser Predigt würdigte der polnische Kardinal die Wiedererringung der polnischen Westgebiete“, so das Stasi-Dokument. Kardinal Döpfner habe von „nationalistischen Tendenzen“ in der Predigt des polnischen Primas gesprochen. Schließlich habe (nach bisher unbestätigten Meldungen) zur Beilegung dieser Meinungsverschiedenheiten ein Gespräch zwischen dem polnischen und dem deutschen Kardinal stattgefunden. Döpfner habe dem polnischen Primas die „ernsten Bedenken des deutschen Episkopats zur Haltung des polnischen Episkopats in verschiedenen Fragen, darunter auch in der Frage der Oder-Neiße-Grenze erklärt und geäußert, dass sich seiner Meinung nach in Polen ein Nationalismus entwickelt, der weder für die polnische noch für die deutsche Seite gut wäre.“ Da war wohl ein Problem angesprochen, dass die Ostberliner Stasi-Offiziere vermutlich nicht ungern ihren Warschauer Kollegen unter die Nase rieben.

Döpfner habe auch „ernste Sorgen“ in der Frage der Oder-Neiße-Grenze angesprochen, „weil die kirchlichen Interessen in Polen zur Oder-Neiße-Grenze durch die deutsche katholische Kirche in engem

---

als „Ruhrbischof“ eng mit der Welt der Arbeit (Bergbau und Hüttenindustrie) verbunden. In der Bischofskonferenz zuständig für die Kontakte mit Polen, Gründer von „Adveniat“, dem Bischöflichen Hilfswerk für Lateinamerika, Militärbischof der Bundeswehr (1961-1978), Kardinal (seit 1988).

<sup>17</sup> Josef Kardinal Frings (1887-1978), Erzbischof von Köln (1942-1969), Erhebung zum Kardinal 1946, zusammen mit Konrad Graf von Preysing (Bischof von Berlin) und Clemens August Graf von Galen (Bischof von Münster) Mitbegründer der Hilfswerke „Misereor“ (1958) und „Adveniat“ (s.a. Hengsbach). Mitglied des Präsidiums des Zweiten Vatikanischen Konzils, dem „Reformflügel“ zugeordnet. Der Theologe Joseph Ratzinger (seit 2005 Papst Benedikt XVI.) war sein engster Mitarbeiter.

<sup>18</sup> Stefan Kardinal Wyszynski (1901-1981), Erzbischof von Gnesen und Warschau, Primas von Polen (ab 1953). Von den staatlichen Behörden unter Hausarrest gestellt (1953-1956), Besuch mit einer Bischofsdelegation in der Bundesrepublik Deutschland (1978). Einer seiner Begleiter und Wegbereiter der deutsch-polnischen Aussöhnung war der Krakauer Erzbischof Karol Kardinal Wojtyła (von 1978 bis 2005 Papst Johannes Paul II.).

Zusammenhang mit den staatlichen Interessen der Volksrepublik Polen betrachtet werden müssten.“ Da wurde viel in einen Satz gepackt, was zu mühsamen politischen Verhandlungen bis zum Warschauer Vertrag 1970 führte und zu ziemlichen Reibungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Episkopat. Streitpunkt war vor allem der polnische Anspruch auf die „zurückgekehrten Westgebiete“. Wyszynski setzte sich bei solchen Gelegenheiten den Hut des polnischen Interrex auf, war dann aber – wie auch das Dossier des MfS würdigt – derjenige, der den ersten Schritt zum Briefwechsel mit den Deutschen tat – und sich erheblichen Ärger sowohl im eigenen Volk als auch bei den politischen Machthabern einhandelte.

Die Stasi-Kirchenabteilung teilt auch nach Warschau mit, „nach inoffiziellen, bisher nicht bestätigten Hinweisen“ habe es vor der Veröffentlichung der Versöhnungsbotschaften Besprechungen „zwischen Vertretern der Bischofskonferenz und führenden Vertretern der Bonner CDU/CSU“ gegeben. Von der Bonner Regierung sei der Briefwechsel, wie die vorausgegangene Denkschrift der EKD, „als positiv gewertet“ worden.

Die Ostberliner Experten geben auch zu bedenken, dass es kirchliche Institutionen gewesen seien, die dieses Problem aufgegriffen hätten. Die Regierung sei deshalb „den Angriffen der so genannten Vertriebenenorganisationen“ nicht ausgesetzt gewesen. Es wird auch offen eingeräumt: „Wie inoffiziell bekannt wurde, hat der deutsche Episkopat von der polnischen und der DDR-Regierung eine andere Reaktion auf diesen Briefwechsel erwartet. Man nahm an, dass diese beiden Regierungen betonen würden, dass der Briefwechsel der Verbesserung des Verhältnisses zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk diene.“

Ein bemerkenswertes Dokument. Konnten sie in den Parteigremien nicht ertragen, dass diese Demonstration christlichen Versöhnungsgeistes schwerer wog als die gebetsmühlenartig bei jeder Großveranstaltung auf dem Sportfeld oder in der Kongresshalle beschworene sozialistische Solidarität und Waffenbrüderschaft?

Am 27. April reicht das MfS die genauen Daten nach. Der polnische Brief sei am 29. November 1965 in Rom den Deutschen überreicht worden. (Erzbischof Bengsch wird jetzt korrekt als Vertreter der Berliner Ordinarienkonferenz<sup>19</sup> bezeichnet). Am 5. Dezember hätten die polnischen Bischöfe die deutsche Antwort erhalten, von allen deutschen Bischöfen unterzeichnet.

---

<sup>19</sup> Berliner Ordinarienkonferenz (1961-1976): Nach dem Mauerbau und der Verhinderung der Teilnahme der mitteldeutschen Bischöfe an den Plenarkonferenzen der westdeutschen Bischofskonferenz mit Zustimmung von Papst Johannes XXIII. gebildet, Nachfolgerin der 1950 von Kardinal Preysing gegründeten Regionalkonferenz. Unter der Leitung von Alfred Bengsch (1921-1979), ab 1961 Bischof von Berlin, 1962 persönlicher Titel Erzbischof, 1967 Kardinal. 1976 umgewandelt in die Berliner Bischofskonferenz, vergleichbar einer Regionalkonferenz wie der Bayerischen Bischofskonferenz; der Berliner Bischof bleibt Mitglied Deutschen Bischofskonferenz, vertreten durch den Generalvikar in Westberlin. 1990, im Zuge der deutschen Wiedervereinigung, bilden die bisher getrennten Versammlungen die gemeinsame Deutsche Bischofskonferenz.

## Polnische Ereignisse

Im Verlauf der nächsten Jahre gehen die deutsch-polnischen Besprechungen der Nachrichtendienste wieder den gewohnten Themen nach. In einer „Konzeption“ vom 27. April 1966 soll mit den „Sicherheitsorganen der VR Polen und der DDR auf der Linie XX/4“ unter anderem vereinbart werden: „Rechtzeitiges gegenseitiges Informieren und Bestätigung der Richtigkeit der Informationen durch die polnischen Sicherheitsorgane.“

Als erster Punkt wird genannt: „Übergabe von kompromittierendem Material über deutsche Bischöfe durch die polnischen Sicherheitsorgane.“ Dies war in erster Linie eine Sache des polnischen SB<sup>20</sup>. Zuständig war wohl die „Sudelabteilung“, die offenbar in vielen Geheimdienst-Zentralen ihre eigene Werkstatt hat.

Mit der Wahl des Polen Karol Wojtyła auf den Papstthron am 16. Oktober 1978 beginnt auch für die deutsch-polnischen Spionageaktivitäten eine neue Phase. Diese zieht sich nun hin, mit den bekannten dramatischen Ereignissen in den 80er Jahren – bis in das Jahr, in dem die Mauer fällt. Das Hauptaugenmerk beider Seiten und der Austausch der Informationen konzentriert sich auf die Arbeiterstreiks, die Aktivität der Intellektuellen, die „Kontakte zwischen der illegalen ‚Solidarnosc‘ und dem Vatikan.“

Das Jahr 1981 ist das polnische „annus horribilis“: Die Invasion von Truppen „befreundeter“ Staaten konnte nochmal abgewendet werden. Die 10. Panzerdivision „Heinz Hoffmann“ der Nationalen Volksarmee wartete nur noch auf das Signal „Wintermarsch“. Aber in Rom war am 13. Mai auf den „polnischen“ Papst geschossen worden, und sieben Monate später hat General Jaruzelski das Kriegsrecht über sein Land verhängt. Die ungarischen Kundschafter sind jetzt gefordert, die vatikanische Position herauszufinden und nach Moskau zu melden, von wo sie dann auch nach Ostberlin gelangt. Nachfolgend eine knappe Auswahl der dramatischen Informationen:

- 28. Dezember 1981: Die Verhängung des Kriegszustandes in Polen hat im Vatikan große Besorgnis hervorgerufen. Dort wird der Beginn eines Bürgerkrieges befürchtet, der von ungeheuren Menschenverlusten begleitet sein würde, was zur Einmischung der Kräfte des Warschauer Vertrages führen würde. In den Kreisen des Vatikans wird angenommen, dass sich die Sowjetunion auch indirekt in die Ereignisse einmischen kann, zum Beispiel durch das „Verkleiden“ sowjetischer Soldaten.
- 11. Januar 1982: Der Vatikan schließt die Möglichkeit einer sowjetischen Einmischung nicht aus. Hält sie für vorteilhafter als einen Bürgerkrieg, da die Opposition der Massen gegenüber der Ordnung eindeutig werden würde. Der Appell des Papstes, ein Blutvergießen zu verhindern, ist der versteckte Aufruf an die Massen von „Solidarnosc“, eine Einmischung in die Politik zu vermeiden und die Kräfte für die

---

<sup>20</sup> Sluzba Bezpieczenstwa (SB): polnischer Sicherheitsdienst, ab 1956 Nachfolgeorganisation der politischen Polizei UB und des Komitees für öffentliche Sicherheit KBP. Dem Ministerium des Innern unterstellt. Während der Militärregierung unter General Jaruzelski von Waffengeneral Czeslaw Kiszczak besetzt.

Zeit nach Jaruzelski zur Durchsetzung der Vereinbarungen von Gdansk aufzusparen.

- 28. Januar 1982: Die Verhängung des Ausnahmezustandes in Polen ist nach Einschätzung vatikanischer Diplomatie nur eine Scheinlösung, da man ohne die Kirche und die „Solidarnosc“ nicht aus der Krise herausfinden wird. In dem wieder aufgenommenen Dialog werde die Meinung der Regierung dominieren. Sie werden nach wie vor die Erfüllung der drei Forderungen anstreben: Aufhebung des Kriegsrechts, Freilassung der Internierten und Beginn eines Dialogs zwischen den drei Hauptkräften. Man hofft, dass die polnische Regierung bis Anfang Februar einen Teil dieser Forderungen erfüllt.
- 9. Februar 1982: Nach Ansicht führender Kreise des Vatikans sind der italienische und der westdeutsche Episkopat mit der Haltung von Johannes Paul II. zu Polen nicht einverstanden. Sie beschuldigen ihn, nicht entsprechend den Interessen des Vatikans, sondern von nationalistischer Position aus zu handeln. Sie fordern ihn unter Bezugnahme auf die Menschenrechte auf, entschiedener gegen die Übernahme der Macht durch die Militärs aufzutreten und die katholischen Kirchen der ganzen Welt dazu aufzurufen.
- 15. Februar 1982: Unter dem Gesichtspunkt der Ostpolitik des Vatikans betrachtet Kardinal Casaroli die Tätigkeit des Papstes, die Einfluss auf die Ereignisse in Polen hat, als ungünstig. Zur Ambition Casarolis gehört auch das Bestreben, Papst zu werden.
- 7. September 1982: Materielle Hilfe für die Solidarnosc, vor allem Geld. Dieses fließt über die Vatikanbank IOR. Direktor ist Paul Marcinkus, der mit dem Banco Ambrosiano (Roberto Calvi) kooperiert. Der Papst legt Wert darauf, dass Marcinkus, der auch als Reisemarschall und „Bodygard“ fungiert, „gedeckt“ arbeitet, das heißt, dass für die Transaktionen andere Kanäle benutzt werden. Zunächst wird eine Finanzhilfe von 25 Millionen Dollar bereitgestellt.<sup>21</sup>
- 9. November 1982: Die Ungarn melden: Finanzskandal. Die Casaroli-Kommission überprüft Buchungen des IOR und stößt auf ein Sonderhilfsprogramm für die „Solidarnosc“. Für die Jahre von 1979 bis 1982 kommt eine Gesamtsumme von 65 Millionen Dollar zusammen. Für das Folgejahr sind weitere 35 Millionen vorgesehen. 25 Prozent würden als Reservemittel für illegale Tätigkeit vorgehalten, ein Teil des Geldes für den Kauf von Waffen, die auf dem Territorium Polens konzentriert werden sollten. Das Geld flösse über Banken, die mit dem IOR Verbindung halten, Institute in Nassau auf den Bahamas und in Luxemburg. Auch das Opus Dei wird genannt.

Die Absender der Geheimpost versichern, die Informationen stammten „aus kompetenter vatikanischer Quelle“ und seien „zuverlässig“. Diese Behauptung ist an dieser Stelle en detail nicht zu überprüfen.

---

<sup>21</sup> Der „Banco“ wird den Vatikan kurz darauf in die schwerste Finanzkrise seiner Geschichte stürzen. Aus „moralischen Gründen“ wird die Kurie für eine halbe Milliarde Dollar geradestehen müssen. Der Finanzjongleur Roberto Calvi und einige andere Leute aus der italienischen Geldmafia kommen im Verlauf einer dunklen Geschichte auf mysteriöse Weise ums Leben.

Eines kristallisiert sich aus dem Sammelsurium der „Erkenntnisse“ heraus: Neben Kuriositäten, „Schmarrn“ würde man in Bayern wohl sagen, bergen die Materialien auch Zündstoff, mit dem man Brände hätte legen können. Die Entscheidung lag freilich bei den politischen Führungen, die Dienste lieferten nur die Einschätzungen. Dass Polen den Sowjets letztlich „zu heiß“ wurde, zeigt der Verlauf der weiteren Geschichte.

1983 teilen Nachrichtendienste der politischen Führung mit, dass man nicht mehr mit der Möglichkeit rechnet, „dass die Solidarnosc wiederkommt“. Sie sehen die Gewerkschaftsbewegung, nachdem deren Führer durch Verhaftung, Internierung und Hausarrest durch die Militärregierung kaltgestellt worden waren, wohl am Boden liegen. Jetzt begnüge man sich damit, dass die aus dem Westen eintreffende Hilfe (Lebensmittel, Bekleidung usw.) gegen die Staatsmacht eingesetzt werden kann. „Diese Hilfe wird vom Vatikan aus organisiert und über die Caritas realisiert.“ Aber der „Alarmzustand“ ist nicht aufgehoben. Johannes Paul II. wird zu seinem zweiten Heimatbesuch<sup>22</sup> erwartet. Das MfS registriert: „Der „Untergrund“ möchte, daß der Papst auch diesmal den Kurs fortsetzt, den er während seines Besuches 1979 eingeschlagen hat.“

Wie der amerikanische Papst-Biograph George Weigel schreibt<sup>23</sup>, war diese zweite Pastoralreise nach Polen von Trauer überschattet, ausgelöst durch die Zerrissenheit des Landes und seiner Menschen. Eine Wiedergeburt der Solidarnosc sei nicht nur durch das rohe Vorgehen der Regierung gegen die Opposition verhindert worden, sondern auch durch den Zusammenbruch der flammenden Solidarität unter den Polen, die ihr Landsmann auf dem Papstthron vier Jahr zuvor entzündet hatte.

Ursprünglich habe Johannes Paul II. vorgehabt, schon 1982 ein zweites Mal nach Polen zu reisen, schreibt Weigel. Anlass wäre das 600jährige Jubiläum des Gnadenbildes der Schwarzen Madonna von Tschenschow gewesen. Das herrschende Kriegsrecht habe den Plan jedoch vereitelt.

Auch 1983 zeigte sich das Jaruzelski-Regime wenig kooperativ. So wollte die Staatssicherheit allein die Routen festlegen, auf denen der Papst durch Polen fahren sollte. Man würde unterwegs ein dichtes Netz von Personen-Kontrollstellen für die erwarteten Pilgerströme einrichten. Die Sicherheitsorgane ließen sich ein eher plummes als raffiniertes Argument einfallen: Die CIA wolle einen Zwischenfall organisieren und ihn anschließend der polnischen Regierung in die Schuhe schieben.

Der schwierigste Punkt aber sei der Wunsch des Papstes gewesen, sich mit Lech Walesa zu treffen, erfährt George Weigel bei seinen Recherchen im Vatikan. Innenminister General Czeslaw Kiszczak habe dieses Thema mit dem päpstlichen Reisemarschall Jesuitenpater Roberto Tucci besprochen. Warum denn der Papst unbedingt „diesen Burschen“ (der Geheimdienstgeneral habe es vermieden, den Namen des Gewerkschaftsführers zu nennen) sehen wolle, „diesen Mann, der niemanden in diesem Land vertritt“? Tucci sei es aber gelungen, auch zur Überraschung des

---

<sup>22</sup> Zweite Polenreise vom 16. bis 23. Juni 1983: Warschau, Niepokalanow, Tschenschow, Posen, Kattowitz, Breslau, St. Annaberg, Krakau.

<sup>23</sup> Vgl. George Weigel: Witness to Hope. The Biography of Pope John Paul II, New York 1999.

Papstes, die Behörden zu der Zusage zu bewegen, ausreichende Sendezeit für Übertragungen im staatlich kontrollierten Rundfunk bereitzustellen. Die Menschen sollten im ganzen Land und zur selben Zeit die Ansprachen von Johannes Paul II., die Stimme „ihres“ Papstes hören können.

Wir nähern uns dem Ende. Das Jahr 1988 sieht allerdings weiter einen regen Informationsaustausch: Armeegeneral Mielke und der polnische Waffengeneral Kisczak führen am 27. Juni 1988 ein Gespräch. Der Pole bekundet sein „Interesse am Erhalt von periodischen Einschätzungen und Informationen bezüglich von Erscheinungen, Formen und Initiativen verschiedener oppositioneller und antisozialistischer Strukturen und Fakten in der DDR unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zu polnischen politischen Gegnern.“

Im Gegenzug bietet der polnische Gesprächspartner an: „Unsererseits stellen wir solche Einschätzungen der OG<sup>24</sup> bei der Botschaft der DDR in Warschau zur Verfügung.“ Er fügt hinzu: „Ich würde mich freuen, wenn Sie meine Meinung teilen würden, dass die Notwendigkeit besteht, den bisherigen Charakter auf diesem Bereich der Zusammenarbeit um ein zusätzliches Element zu erweitern, das die offensive Bearbeitung auf dem Abschnitt Vatikan betreffen würde, und zwar die Platzierung von Personen an solchen Stellen des Vatikans, die die feindlichen Aktivitäten des Vatikans beeinträchtigen könnten.“ Wie sagte Ex-CIA Direktor Gates 2007 in München: „Old Spys“ sprechen eine klare Sprache.

### **Bis die Mauer fällt**

Es gilt weiterhin: Das Feindbild Vatikan bleibt. 1986 war ein „Perspektivplan“ für die Zusammenarbeit zwischen der HA XX des MfS und dem III. Department des polnischen Innenministeriums festgelegt worden, der abgestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung klerikaler Organisationen, koordiniertes Vorgehen gegenüber dem Vatikan sowie zur operativen Kontrolle der Kontakte zwischen der katholischen Kirche in der DDR und der VR Polen vorsah. Dabei waren insbesondere die in der DDR lebenden polnischen Priester, die am Katholikentreffen 1987 in Dresden teilnehmen würden, zu beobachten.

Ein baldiges Ende ihrer Diensttätigkeit hatten die Stasi-Offiziere diesseits und jenseits der Oder wohl noch nicht vor Augen. Ihr Plan schloss das Jahr 1990 mit ein. Diese bilateralen Vereinbarungen wurden ergänzt durch Absprachen mit anderen Sicherheitsorganen „der befreundeten Staaten“, zum Beispiel mit den Sowjets, den Ungarn, den Tschechen und den Slowaken. Die gemeinsamen „Maßnahmepläne“ der Kirchenabteilungen kennen nur ein Thema und Ziel: Bekämpfung klerikaler Zentren und

---

<sup>24</sup> OG: Operativgruppe des MfS in der VR Polen.

der kirchlichen Feindorganisationen. Das sind der Vatikan, der Lutherische Weltbund, der Ökumenische Rat der Kirchen, die Christliche Friedenskonferenz, die Berliner Konferenz Europäischer Christen.

Im Jahr, in dem das System kollabieren wird, halten sie immer noch an ihrer Überzeugung fest – manche auch dann noch, als die Mauer längst in Scherben gefallen war. Die „sozialistische Verbrüderung“ ist bei einigen der bisherigen „Freunde“ dem politischen Egoismus gewichen: Wie schaffen wir schnell und möglichst schmerzlos den Abschied von der „Volksdemokratie“? Da beraten im März 1989 die immer noch für den Kirchenkampf gerüsteten Kalten Krieger aus Ostberlin und Warschau über die alten Strategien: „Festlegung abgestimmter Maßnahmen zur Bekämpfung von Personen und Gruppieren politischer Untergrundtätigkeit und feindlicher Kräfte im Operationsgebiet, klerikaler Organisationen, des koordinierten Vorgehens gegenüber dem Vatikan sowie zur operativen Kontrolle der Kontakte zwischen der katholischen Kirche in der DDR und der VR Polen, insbesondere der polnischen Priester in der DDR.“

Der Terminplaner der Hauptabteilung XX des MfS vom 17. Oktober 1989 – „streng vertraulich“ – sieht „Arbeitsberatungen mit den Sicherheitsorganen der befreundeten sozialistischen Staaten“ auch für das Jahr 1990 vor. Für eine Konferenz in Berlin, vorgesehen im ersten Quartal, sind drei Tage angesetzt. Die Themen sind mehr oder weniger die selben wie bei den vorausgegangenen Koordinierungsgesprächen: „Bekämpfung innerer und äußerer feindlicher Kräfte und ihrer Aktivitäten zur Formierung anti-sozialistischer Oppositionsbewegungen“. Da gab es natürlich in den Hauptstädten für die Stasi einiges zu tun. Kirchenräume – „klerikale Zentren und kirchliche Feindorganisationen“ – waren für Stasi-Lauscher und Provokateure kein Tabu. Ebenso blieben auf höherer Ebene die IM und V-Männer, Gewährsleute und Zubringer im „Fronteinsatz“: gegen den Vatikan, die Kirchenzentralen in Genf, und erstmals wird auch der Jüdische Weltkongress als Zielobjekt genannt.

### **Auf schmalem Grat**

Wie im „kleinen Grenzverkehr“, so funktionierte die Kooperation auf internationalem Gebiet. Der Informationsaustausch erfolgte in der lingua franca des Warschauer Paktes, also auf Russisch. Die „Lieferanten“ in Rom legten nicht nur eine erhebliche Sammelleidenschaft an den Tag, wie die Fülle der Papiere zeigt, die sehr zum Erstaunen der Mitarbeiter der „Birthler-Behörde“ vorgefunden wurden. Sie „bedienten“ die jeweiligen nationalen Dienste entsprechend den dortigen speziellen Interessen. Werner Großmann: „Sicher war die Haltung des Vatikans in den verschiedenen Phasen des Kalten Krieges für uns nicht uninteressant, und wir sammelten auch entsprechende Informationen“. Aber sonst sei der Vatikan für das MfS nie von besonderem Interesse gewesen, erklärt der frühere Leiter des Nachrichtendienstes der Stasi. „Uns interessierten in erster

Linie die deutschen Fragen, sowie die NATO.“ Was „die ND-Tätigkeit<sup>25</sup> in Richtung Vatikan“ betroffen habe, „war das bei uns kein Schwerpunkt“.

Die „deutschen Fragen“: Diese betrafen zunächst das hartnäckige und mit propagandistischem Aufwand betriebene Festhalten an der „staatlichen Souveränität“ der DDR statt Wiedervereinigung. Offizielle Beziehungen zum Heiligen Stuhl, mit einem Apostolischen Nuntius in Ostberlin und selbständigen Bistümern innerhalb der Staatsgrenzen, standen ganz oben auf der Wunschliste, um die internationale Reputation aufzupolieren. Die Verhandlungen mit dem vatikanischen „Chefdiplomaten“ und „Architekten der Ostpolitik“ waren nicht nach Wunsch Ostberlins verlaufen. Papst Johannes Paul II. hatte die Linie seines Vorgängers Paul VI. korrigiert und die Uhr auf langsam gestellt. Für den Polen auf dem Papstthron stand der Ausgang der Geschichte, als er sein Pontifikat aufnahm, wahrscheinlich vorhersehbar fest.

Der Ostblock begann sich zu destabilisieren. Es kam nur noch darauf an, welches der erste Dominostein sein würde. Die Bischöfe in Ost- und Westdeutschland könnten wohl etwas deutlicher werden und nicht auf hundert Jahre warten. Für den Ostberliner Auslandsnachrichtendienst saßen die härteren Gegner, die man wohl ernster nahm, nicht in der „Ortskirche“, sondern in Rom: der Pole an der Spitze der Kirche, der Deutsche an der Spitze der Glaubensbehörde: das Team Wojtyla-Ratzinger. Man ist versucht, gewisse Parallelen zur Zeit des Zweiten Weltkrieges zu ziehen.

Versuche, in die Gedanken und Worte der beiden hereinzuhören, scheiterten mehr oder weniger. Ostdeutsche Kleriker, die bei Hofe vorgelassen wurden, kehrten mit Informationen zurück, die jeder katholischen Nachrichtenagentur zu entnehmen waren oder faselten etwas zusammen, immer auf dem schmalen Grad, die eigene Kirche zu verraten und es sich nicht mit den Staatsorganen zu verscherzen, auf deren Wohlwollen man in der Heimatgemeinde angewiesen war. Der Autor dieser Arbeit will es bei allgemeinen Bemerkungen aus vertraulichen Gesprächen belassen. Die Kluft zwischen wahr und unwahr und „nichts gewusst und nichts gesagt“ ist in manchen Punkten unüberbrückbar. Deckeln, Schweigen und andere Verfahren, den Mantel der Vergebung über alte Sünden zu decken, bekommt zu spüren, wer sich in die Materie vertieft.

In den zurückliegenden Jahrzehnten hat sich der Verfasser immer wieder mit der Situation der Kirchen „hinter dem Eisernen Vorhang“ beschäftigt, den Leidtragenden eine Stimme zu geben. Wenn das Visum verweigert wurde, war man auf Informationen aus zweiter Hand angewiesen. Auf den Veranstaltungen in „Königstein“, im „Haus der Begegnung“, dem „Vaterhaus der katholischen Vertriebenen aus dem Osten“, von „Kirche in Not“ und der „Ostpriesterhilfe“, für die der legendäre „Speckpater Werenfried van Straaten“ steht, liefen die Nachrichten des „Samisdat“ zusammen. Ebenso in Zürich bei „Glauben in der Zweiten Welt“. Polen, die baltischen Sowjetrepubliken, Ungarn, die Ukraine bildeten Schwerpunkte, und ganz besonders die Nachbarn auf der anderen Seite des Bayerischen und des Böhmerwaldes.

Die Kirche in der Tschechoslowakei musste, von Albanien vielleicht abgesehen, seit der stalinistischen Zeit die rüdeste Form der Verfolgung ertragen. Gelegentlich gelang

---

<sup>25</sup> ND: Nachrichtendienst.

Zeugen der Weg in den Westen, oder die Nachrichten erreichten Freunde und Bekannte im Exil. Natürlich war der Spitzel immer irgendwie dabei, ob man in der Pressekonferenz in Königstein saß oder sich auf den Weg zu einem Hintergrundgespräch machte. Denn die Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen durften sich des besonderen Interesses der Staatssicherheitsorgane aus Prag, Ostberlin und so weiter sicher sein. Ebenso gerieten Priester und Bischöfe, die sich von der Bundesrepublik oder von Österreich um die Katholiken in Böhmen, Mähren und der Slowakei kümmerten, in den Fokus der östlichen Geheimdienste. Die Bischöfe von München, Köln, Essen und Paderborn standen – sie konnten nicht überrascht sein – ganz oben auf der Gegner-Liste.

Wo ND-Agenten der Zutritt erschwert war, wurde versucht, im christlichen Gewand auftretende Informanten einzuschleusen: die Christliche Friedenskonferenz in Prag, mit dem System sympathisierende oder wenigstens zur Kollaboration bereite Priesterorganisationen wie die später durch den Vatikan verbotene Gruppierung „Pacem in terris“ in der CSSR, sowie einige als „linkskatholisch“ etikettierte westdeutsche Kreise sollten die Plattform geben. In den Informationen des MfS tauchte jetzt ein Prager Studien-Institut (Studijni Institut) auf, das verdeckt mit der Hauptabteilung Kirchenfragen des Innenministeriums zusammenarbeitete. Schwerpunkt der „Studienarbeit“: Die Politik des Vatikans und des Weltkirchenrates. Vorrang bei der Informationsbeschaffung hatten natürlich für die DDR die Beziehungen des Vatikans zu Polen, denn der Nachbarstaat galt allein schon auf Grund seiner geopolitischen Lage im sozialistischen Machtbereich speziell für die Achse Ostberlin-Moskau als Unsicherheitsfaktor Nummer eins. Die Wahl eines polnischen Bischofs zum Papst und dessen Unterstützung des Protestes aus dem Volk ließ in den Parteizentralen die Alarmglocken schrillen. Erich Honecker war der Erste und Schärfste, der auf der Geheimkonferenz vom 5. Dezember 1980 in Moskau gegen die Warschauer Genossen zu Felde zog.

### **Auch den Kelch nahmen sie mit**

Aus der Tschechoslowakei gelangten die schlimmsten Meldungen in den Westen. Die Kommunisten gebärdeten sich auch noch nach den stalinistischen Verfolgungsaktionen gegen die katholische Kirche in den 50er Jahren wie besessen. Insbesondere der Klerus bekam den Hass zu spüren. Priester wurden willkürlich verhaftet, eingesperrt, zu „niedrigen“ Arbeiten gezwungen, um sie in aller Öffentlichkeit zu demütigen. Es genügte offenbar nicht, die neue Weltanschauung mit rüdesten Mitteln durchzusetzen. Die Kommunisten meinten wohl, so scheint es, als müssten sie alte historische Rechnungen gegen die ehemaligen Herren über Böhmen, das einstige katholische Habsburg, begleichen. Als Beispiel sei der Fall eines Dominikanermönchs in Erinnerung gerufen, über dessen Erfahrungen in einem sozialistischen Willkürstaat das Zweite Deutsche Fernsehen Anfang 1990 berichtete.<sup>26</sup>

---

<sup>26</sup> Aus: Der Spitzel war immer dabei – Eine unglaubliche Wende in der CSSR. Dokumentation von Werner Kaltefleiter, ZDF vom 7. Februar 1990.

Jaroslav Duka arbeitet bei Skoda als sogenannter Reißer. Er bereitet Werkstücke für die Herstellung von Horizontalbohrmaschinen vor. Das macht er fachmännisch. Und doch ist dies nicht sein eigentlicher Beruf. Jaroslav Duka ist Priester. Er gehört dem Orden der Predigerbrüder an, er ist Dominikaner und Oberer seines Ordens in der Tschechoslowakei.

Nach der Schule wollte er das Priesterseminar besuchen. Aber er musste auf Grund der scharfen Kirchengesetze zunächst einen Handwerksberuf erlernen und den Wehrdienst absolvieren. 1970 wurde er zum Priester geweiht – von Kardinal Trochta, der 1974 nach einem Verhör auf ungeklärte Weise starb.

Pater Duka ging in die Pfarrseelsorge. 1975 wurde ihm die staatliche Genehmigung entzogen. Unter anderem, weil er es abgelehnt hatte, der vom Regime geförderten und von Rom verbotenen Priestervereinigung „Pacem in terris“, das heißt „Frieden auf Erden“, mitzuarbeiten. Seit dieser Zeit arbeitet er bei Skoda. Unter den neuen Kollegen verspürte Jaroslav Duka starke persönliche Solidarität. Sie waren beeindruckt, dass einer, der so viel durchgemacht hatte, ein guter Mensch geblieben ist. Und sie warnten ihn rechtzeitig, wenn wieder einmal die Staatssicherheit Erkundigungen einholte.

Pater Duka hat seinen Arbeitsvertrag Ende Januar 1990 beendet. Es war eine Zeit, die ihm ganz neue seelsorgliche Erfahrungen vermittelt hat. Er teilt eine Privatwohnung in einem Arbeiterviertel mit zwei Mitbrüdern. Auch die Mitbrüder gehen tagsüber in die Fabrik. Der eine ebenfalls bei Skoda, der andere als Elektroingenieur in der Nachbarstadt. Nach einer internen Anweisung der kommunistischen Partei sollten Priester mit Berufsverbot harte körperliche Arbeit leisten. Pater Wojtek stammt aus der Slowakei. Er wurde in den 80er Jahren zum Priester geweiht, hat dies aber seinem Vater bis heute verschwiegen. Er glaubt, dass der Vater Angst um seinen Sohn gehabt hätte.

Im Keller des Hauses hatten sie eine Privatkapelle eingerichtet: Eine „Kirche in der Katakombe“. Die Privatgottesdienste in der Privatkapelle blieben den Spitzeln nicht lange verborgen. 1981 griff die Geheimpolizei zu, nach einer Eucharistiefeier, an der eine Familie aus Pilsen und zwei Priester aus der Bundesrepublik Deutschland teilgenommen hatten. Das Mobiliar, die liturgischen Geräte und selbst die Ordenstracht wurden beschlagnahmt, mit der Begründung, es handele sich um Instrumente zur Vorbereitung einer kriminellen Handlung. Pater Duka erhielt fünfzehn Monate Gefängnis, weil er gegen die Aufsicht des Staates über die Kirchen und Religionsgemeinschaften verstoßen habe. (Am 24. Juli 1981 war Pater Duka verhaftet worden. Nach vier Monaten kam es zum Prozess. Dann das Urteil und Anrechnung der Untersuchungshaft.)

Ende Januar 1990: Wir begleiten Pater Duka in die Haftanstalt Bory in einem Vorort von Pilsen, wo er seine Strafe abgesessen hat. Für uns alle ein beklemmendes Gefühl. Für uns alle überraschend. Das Gefängnistor öffnet sich für die Fernsehkamera. „Glasnost“ auch in der Tschechoslowakei nach der politischen Wende. Ein Major, der früher für die „Erziehung“ der Gefangenen zuständig war, ist jetzt stellvertretender Direktor der Haftanstalt. „Sie wollten aus uns einen neuen Menschen sozialistischen Typs machen“, sagt Pater Duka. Man sprach nie von einem Gefängnis, sondern von einer Besserungsanstalt.

„Wiedersehen“ mit der Zelle, in der Pater Duka einsaß. Sein Nachbar war Vaclav Havel, inzwischen zum Staatspräsidenten der neuen Tschechoslowakei gewählt. „Wir waren Nachbarn“, sagt Pater Duka, „und hatten die Möglichkeit, nach der Arbeit beim Spaziergang im Gefängnishof und auch von Zelle zu Zelle miteinander zu sprechen. Er war der erste, der mir ausgeholfen hat: mit Tee und mit dem sogenannten ‚Bory-Geld‘, der Gefängniswährung, mit der Häftlinge Kleinigkeiten im Gefängnisladen kaufen konnten. Wir haben über Literatur, Geschichte, Religion gesprochen. Das war das Wichtigste, wichtiger, als materielle Dinge zu tauschen.“ Gedankenaustausch als geistiges Lebensmittel.

„Politische Häftlinge haben es immer so empfunden, in besonderer Weise diskriminiert worden zu sein, indem man sie mit gewöhnlichen Strafgefangenen zusammenschloss. Aber das war nicht mein Problem und auch nicht für Vaclav Havel. Er war mit allen Häftlingen solidarisch. Und die ‚unpolitischen‘ Häftlinge haben das gedankt. Sie haben uns sehr oft geholfen. Insbesondere bei der Arbeit. Sie hatten ja spezielle Gefängniserfahrungen und haben uns vor den echten Kriminellen geschützt.“ Im Gefängnis musste er für Skoda Kleinteile für Telefonanlagen vorbereiten. Das Plansoll war wie üblich hoch, die Norm für Ungeübte kaum zu leisten.

Wer die Arbeit nicht schaffte, musste mit drakonischen Strafen rechnen. Schnell war ein „Sabotage“-Urteil gefällt. Es folgte das, was die Willkürjustiz als „Korrektur“ bezeichnete. Dafür gab es einen besonderen Raum im „Keller“: Eine kleine Zelle mit kahlen Betonwänden, und nur mit einer Holzpritsche „möbliert“. Auch Pater Duka lernte den „Keller“ kennen, zweimal. Nicht, weil er die Arbeitsnorm nicht erfüllt hätte. Man warf ihm vor, unerlaubtes Eigentum zu besitzen. Der Schließer hatte, wie sich herausstellte und womit jederzeit gerechnet werden musste, in Abwesenheit des Häftlings dessen Zelle „gefilzt“ und Pater Dukas Brevier gefunden, das dieser für seine täglichen priesterlichen Pflichtgebete benutzte. Ein anderes Mal „entdeckte“ der Wärter ein spanisches Wörterbuch. Das wurde als unerlaubter „Besitz“ geahndet.

Nach zwei Stunden Filmaufnahmen sind wir wieder draußen. Alle sind erleichtert, die peinliche Situation einigermaßen überstanden zu haben. Wir verabschieden uns. Natürlich sagt man an einem solchen Ort nicht „Auf Wiedersehen“. Wie selbstverständlich kommt uns der vertraute Gruß über die Lippen, der selbst – wenn auch nicht gerade lautstark – in der kirchenfeindlichsten Zeit galt: „Z’bohem“ – „Mit Gott“.

## **Ein „pazifistischer“ Bundespräsident**

Zu den „deutschen Fragen“ zählten auch innenpolitische Vorgänge der „Bonner Republik“. Ende Juni 1969 erhält die Abteilung X des MfS<sup>27</sup> eine Information der ungar-

---

<sup>27</sup> Abteilung X: Internationale Verbindungen. Leiter: Generalmajor Willi Damm (direkt dem Minister für Staatssicherheit, Armeegeneral Erich Mielke, Mitglied des Politbüros der SED, unterstellt). Aufgabenstellung: Koordinierung der Zusammenarbeit und der Beziehungen der Diensteinheiten des MfS zu anderen Sicherheitsorganen sozialistischer Länder sowie Gestellung von Dolmetschern (Übersetzungsdienst), im Amtsdeutsch der Stasi: Erledigung „sprachmittlerischer Aufgaben“.

schen Sicherheitsorgane.<sup>28</sup> Die Agenten berichten aus Rom: „Unseren Informationen zufolge ist man in diplomatischen Kreisen des Vatikans über die Wahl Heinemanns<sup>29</sup> zum Präsidenten der BRD nicht erfreut“. Man halte ihn zwar „nach seinen persönlichen Eigenschaften“ für einen „sympathischeren“ Menschen als Schröder<sup>30</sup>, sei aber der Meinung, „dass er wegen seiner pazifistischen Ansichten und seiner Zugehörigkeit zur protestantischen Kirche weniger für den Posten des Präsidenten geeignet ist als Schröder.“

Heinemann sei auch gegen eine „Verschmelzung der katholischen und protestantischen Kirche“, er gebe „der Herstellung eines Bündnisses zwischen ihnen unter Führung der protestantischen Kirche den Vorzug“. Die ungarischen Genossen wollen erfahren haben, dass es dem Vatikan auch nicht gefalle, „dass Heinemann Verfechter der Trennung von Kirche und Staat ist.“

Was sich da liest, als handle sich um Premium-Qualität aus dem vatikanischen Nähkästchen, schätzten die geübten Analysten der MfS-Zentrale allerdings zurückhaltender ein und kommentierten diese Mitteilung als „Information“ mit dem Zusatz: „Die Information spiegelt nur die Meinung eines Teils der diplomatischen Kreise des Vatikans wider, jedoch können die aufgezählten Fakten die gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Vatikan und der BRD beeinflussen.“

### Ungarische „Rhapsodien“

Auf die Ungarn war Verlass, das wussten schon die Experten des SD. Für die Bespitzelung des Vatikans schienen sie geradezu die idealen Kundschafter zu sein. Wer würde schon hinter einem Besucher aus diesem erzkatholischen Land einen falschen Fuffziger vermuten, zumal, wenn er in Soutane erschien. Wie schon an anderer Stelle erwähnt, „bedienten“ sie die Ostberliner Stasi-Genossen auch mit speziellen Deutschland-Informationen, respektive: die Kirchenabteilung bat die Budapester um „brüderliche“ Hilfe bei der Aufklärung von katholischen Angelegenheiten. Diese betrafen nicht nur innervatikanische Themen oder die vatikanische Diplomatie.

---

<sup>28</sup> Vgl. Abteilung X: Information der Sicherheitsorgane der UVR. Die Meinung des Vatikans über den neuen Präsidenten der BRD, Übersetzung aus dem Russischen, Berlin, den 30. 6. 1969.

<sup>29</sup> Gustav Heinemann: Bundespräsident (1969-1974), „überzeugter Pazifist“. Seit 1934 Mitglied der Bekennenden Kirche, 1949-1955 Präses der Synode der EKD, 1950 Rücktritt als Bundesinnenminister aus dem Kabinett Adenauer aus Protest gegen die Wiederbewaffnung, 1952 Austritt aus der CDU, 1957 Wechsel zur SPD.

<sup>30</sup> Gerhard Schröder: Bundesminister des Inneren (1953-1961), des Äußeren (1961-1966), der Verteidigung (1966-1969). In der Außenpolitik ein „Atlantiker“ mit Anlehnung an die USA, bei der Wahl zum Bundespräsidenten als Kandidat der CDU und CSU gegen Gustav Heinemann (SPD) im 3. Wahlgang knapp mit 506 zu 512 Stimmen unterlegen.

Am 2. und 3. Juli 1987 fand in Berlin-Ost eine Beratung „mit den ungarischen Sicherheitsorganen statt, auf der eine „Konzeption“ über das Katholikentreffen vom 10. bis 12. Juli des Jahres in Dresden besprochen wurde.<sup>31</sup> Die ungarische Seite wurde nach dem Austausch vorliegender Informationen „um weitere Unterstützung gebeten“. Laut Protokoll ging es um die „Beschaffung von Informationen über Pläne und Vorhaben des Vatikans und anderer klerikaler Kräfte vor und nach dem Katholikentreffen“. Es geht auch um die „Verhinderung von Einreisen negativer Kräfte zum Katholikentreffen nach Dresden“. Die Ungarn ihrerseits informieren ihre Ostberliner Genossen, dass „bisher keine Pläne und Vorhaben klerikaler und gegnerischer Kräfte bekannt (sind), das Katholikentreffen politisch zu missbrauche oder zu stören.“ Sie sagen weitere Unterstützung zu.

Die Ungarn werden versuchen, speziell zu Kardinal Joseph Ratzinger, dem Präfekten der Glaubenskongregation, sowie über den Kölner Kardinal Joseph Höffner als Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und seinen Stellvertreter, den Mainzer Bischof Karl Lehmann, Informationen zu beschaffen, sowie über Pläne von Papst Johannes Paul II., in sozialistische Länder (auch in die DDR) zu reisen. Es wird über die „Absicht des Vatikans“ gesprochen, in Warschau eine Nuntiatur zu errichten, um von dort aus die sozialistischen Länder zu kontrollieren.

Schließlich noch: Genosse Gorbatschow wolle noch 1987 dem Papst einen Besuch abstatten. Der Schriftführer zögert nicht, auch Biertisch-Jargon in das Protokoll aufzunehmen: Der Papst würde seine Seele dem Teufel verschreiben, wenn er einmal seine Beine in die SU stellen könnte.

Aus Ungarn reisten nicht nur militärisch und nachrichtendienstlich geschulte Agenten an. Informanten stellte auch der Klerus. Die Kirche des Heiligen Stephan zahlte, wie die (umstrittene) Veröffentlichung erster Listen mit vermuteten Stasi-Mitarbeitern aus dem ungarischen Klerus, einen hohen Preis für die „Freiheiten“, die Casarolis „Ostpolitik“ hatte aushandeln können.

„Waren wir zu den ungarischen Studenten in der Via Giulia eingeladen“, erinnert sich ein deutscher Prälat in Rom, „dann waren wir vorgewarnt. Mir kam es vor, als sei die ganze Bude verwandt gewesen.“ Wen konnte das wundern. Im Erdgeschoss befand sich das staatliche ungarische Kulturinstitut. Da wurde sicherlich nicht nur über Michele Ongaros Bilder aus dem 15. Jahrhundert gesprochen, über Ferenc Molnars Dramen diskutiert und Franz Liszt gehört. Den Beobachtern im unauffälligen Zivil oder in der unverdächtigen Soutane entging nichts, was sie den Residenten zusteckten und diese zusammengefasst an ihre Heimatadressen weitergaben.

Das MfS stellt zur Arbeit der „Sicherheitsorgane der UVR<sup>32</sup>“ zufrieden fest: „Die Informationen stammen aus Kreisen des Vatikans. Sie sind zuverlässig. Oder von kompetenten Kreisen. Info gilt als über-

---

<sup>31</sup> Vgl. HA XX/4, Nr. 2157 vom 7. Juli 1987.

<sup>32</sup> UVR: Ungarische Volksrepublik.

prüft.“ Aber das sollte wohl eher Eindruck bei den vorgesetzten Dienststellen machen.

Nichts, was unwichtig gewesen wäre, um nicht aufgesammelt zu werden. Wenige Beispiel von Ende 1960 / Anfang 1970 sollen genügen:

- Der Vatikan habe im ersten Halbjahr 1969 „beträchtliches Kapital in der Chicagoer National Bank angelegt“. Es sei zuvor von italienischen Banken abgezogen worden. Präsident Nixon habe angeblich dem Papst Steuerfreiheit zugesichert.
- Eine Rivalität im Staatssekretariat zwischen Amleto Cigognani und Giovanni Benelli<sup>33</sup>: Es geht um den Posten des Staatssekretärs Seiner Heiligkeit. Der eine sitzt noch drauf, der andere drängt danach.

Hat der Vatikan einen eigenen Geheimdienst? Die Ungarn erfahren allerdings auch nicht mehr, was auch anderen Insidern bekannt ist. Zu hoch ist die Mauer der strengen Verschwiegenheit, die vor allem den Entscheidungsträgern und hochrangigen Prälaten in den Kurienbehörden auferlegt ist. Es gilt das „Päpstliche Geheimnis“. Je nach Dienststellung und Aufgabe sind verschiedene Amtseide zu leisten. Bunt am Petersdom und im Apostolischen Palast paradiert und präsentiert sich nur die Schweizer Garde: Die zivil gekleideten Leibwächter aus ihren Reihen machen sich unsichtbar. Die Gendarmerie sorgt für Ordnung im Gelände und an den Pforten. Der italienische Staat stellt Sondereinheiten der Polizei für Sicherungsaufgaben ab. Wer also käme sonst – „ganz geheim“ – als Quelle in Frage, an die man ohne allzu große Probleme herankommt? Der Staatssekretär Seiner Heiligkeit sowie der „Außenminister“ und vielleicht mehr noch der „Innenminister“ (der Substitut) scheiden aus. Unnahbar für Fremde.

Die Ungarn glauben, doch noch einen brauchbaren „Geheimnisträger“ gefunden zu haben. Sie empfehlen indirekt, sich um den Regenten des Päpstlichen Gerichts zu kümmern, „dessen Aufgabe es ist, zu den wichtigsten und eiligen Angelegenheiten unmittelbar dem Papst und dem Staatssekretariat zu berichten“.<sup>34</sup> Ob die Spitzel zum Zuge kamen, ob überhaupt ein Kontaktversuch stattfand, darüber geben die vorliegenden Unterlagen keine Auskunft.

Auch über Details einer engen Zusammenarbeit des Vatikans mit den italienischen Sicherheitsbehörden berichten die ungarischen Informanten. Die „Politische Polizei“ habe über die „Inspektion für die Gewährleistung der Sicherheit“ direkt, „ohne Wissen der vatikanischen Gendarmerie“ mit Perso-

---

<sup>33</sup> Amleto Giovanni Kardinal Cigognani: Kardinalstaatssekretär (1961-1969). Giovanni Benelli: Substitut = Sekretär für die allgemeinen Angelegenheiten des Staatssekretariats, „Innenminister“ (1969-1977), galt als potentieller Nachfolger von Paul VI. Ab 1977 Erzbischof von Florenz und Kardinal, 1982 unerwartet gestorben.

<sup>34</sup> Gemeint ist der damalige Regens der Apostolischen Pönitentiarie. Diese päpstliche Verwaltungsbehörde sitzt über niemand zu Gericht und spricht keine Urteile, sondern gewährt Ablass, Gnadenerweise und Befreiung von Strafen; deshalb auch „Oberster Gnadenhof“ genannt. Allerdings werden die ihm vorliegenden Anträge äußerst streng, durch besondere Geheimhaltungsvorschriften geschützt, behandelt. Sie werden als „Forum internum“ bezeichnet und betreffen Angelegenheiten streng privaten Charakters, sowohl sakramentale Fragen, wie die des Bußsakraments berührend, ebenso zivile von der Kirche geahndete Vergehen.

nen Kontakt aufgenommen, „welche in verschiedenen Behörden der Kurie tätig sind.“ „In Bedarfsfällen“ werde das Staatssekretariat informiert.

Andererseits besuchten die Italiener den päpstlichen Hof nicht nur in freundschaftlicher Absicht, wenn man den „Sicherheitsorganen der VR Ungarn“ glauben darf. Denn: „Gleichzeitig nutzen die Organe des MdI (des italienischen Innenministeriums) ihre Verbindungen in der Inspektion für die Beschaffung von Nachrichten über den Vatikan und die Kurie usw.“ – Wie in alten Zeiten, möchte man sagen, als Mussolinis Gestapo, die OVRA<sup>35</sup>, in vatikanischen Büros mithörte und mitschrieb.

## Viel Müll

Von welcher Qualität manche Informationen aus der Feder der „Bruderorgane“ waren, schwankt zwischen haarsträubendem Unfug und differenzierter Aussage. Es blieb den Auswertern in den Zentralen überlassen, sich einen Reim auf die Mitteilungen von draußen zu machen, um zuverlässige Einschätzungen zu erstellen.<sup>36</sup> Wer einigermaßen mit vatikanischen Strukturen, Interna und Usancen vertraut ist, kann sich nur wundern, wie wenig substantiell und mitunter bar jeder Sachkenntnis „Informationen“ zustande kamen, welcher „Müll“ mit der Geheimpost nach Moskau, Warschau und Ostberlinging, bis hin zur falschen Schreibweise von Namen jener Personen, über die man angeblich „zuverlässig“ zu berichten vorgab. Nicht wenige Informationen entsprangen wohl eher der „Inspiration“ des Informanten, wie der Heimatoffizier mit leicht ironischem Unterton unter einem dieser Berichte vermerkte. Die Experten in der Ostberliner Hauptverwaltung<sup>37</sup> waren mit ihrer Erfahrung nicht allein.<sup>38</sup>

---

<sup>35</sup> OVRA: Organizzazione di Vigilanza Repressione dell'Antifascismo. Organisation zur Überwachung und Bekämpfung des Antifaschismus, Benito Mussolinis Politische (Geheim)-Polizei, vergleichbar mit der Gestapo des Hitler-Regimes.

<sup>36</sup> Im Hintergrund wirkend, spektakulärer Auftritte entsagend, sind sie die „tragenden Säulen“ jedes Nachrichtendienstes: Die Auswerter. Die Analysten des Vatikans, zwar nicht für einen „Geheimdienst“ im herkömmlichen Sinne tätig, aber das Staatssekretariat mit Grundlagen versorgend, genießen unter den „Kollegen“ in den weltlich-politischen Zentralen große Hochachtung. Im MfS hielten sich die HV A sowie die diversen Hauptabteilungen an die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe ZAIG. Ihr vermutlich zugeordnet war eine angeblich geheime Auswertungsgruppe mit dem Tarnnamen „Wandlitz“. Sie fungierte, wie ein ehemaliger Stasi-Offizier schätzt, als Verbindungsstelle zwischen ZAIG und dem Politbüro der SED. Zu ihren Aufgaben zählte auch die Bearbeitung der Informationen über den Vatikan und andere kirchliche Fragen. Die Herkunft des Namens beruht auf der Vermutung (weitere Details lagen bei Niederschrift des Beitrag nicht vor), dass sich die Bezeichnung auf die „Waldsiedlung Wandlitz“ bezieht, die Ende der 50er / Anfang der 60er Jahre von Walter Ulbricht für die Mitglieder des SED-Politbüros, des höchsten Führungsgremiums der Staatspartei, errichten ließ, zur Außenwelt hin hermetisch abgeiegelt, als eine Art Schutzgebiet für die Nomenklatura der DDR. Vor wem eigentlich?

<sup>37</sup> Dienstsitz der Leitung und wichtigsten Abteilungen (auch der HV A und der HA XX) in Berlin-Lichtenberg, Normannen-/ Gotlindestraße.

<sup>38</sup> „Unsere Nachrichtendienste haben im Ausland nicht wenig für unser Land getan“, erinnert sich der ehemalige ZK-Sekretär und Politbüro-Mitglied Alexander Jakowlew. Agenten erschien das Leben außerhalb des Sowjetreiches im kapitalistischen Westen recht verlockend, und sie taten alles, dass sie es mög-

## Mit „Tuch“ und „Händler“ kein Geschäft

An dieser Stelle zur „Entspannung“ ein wenig Lektüre aus dem geplagten Alltag der Stasi-Auswerter, die ja, wie ihre Kollegen von der „anderen Feldpost-Nummer“, stets auf der Hut sein mussten, nicht irgendeiner Desinformation auf den Leim zu gehen. Die Praktiken waren ihnen aus dem eigenen „Laden“ bekannt, von den Spezialisten der Abteilung X der HV A her.

Selbst beim Vatikan konnte man offenbar nicht sicher sein – obwohl man dort doch mit ehrlichen Leuten hätte rechnen können. Oder etwa nicht?

In einem Arbeitsbericht aus den frühen 60er Jahren werden „einige Fragen der operativen Aufklärungstätigkeit in Bezug auf Einrichtungen des Vatikans“ behandelt. Als Beispiel dient ein Vorgang Ende 50er Jahre. Agent „Knabe“ der römischen Residentur bittet einen „operativen Mitarbeiter“ zum Treff. „Knabe“ teilt mit, er habe einen Verwandten, Deckname „Tuch“. Dieser wiederum habe einen Freund, Deckname „Händler“. Dieser verfüge über Zugang zu wichtigen geheimen Dokumenten des Vatikans. „Händler“ sei bereit, diese zu verkaufen. „Tuch“ soll einen Kaufinteressenten finden; „Knabe“ meint, sein „operativer Mitarbeiter“ könne behilflich sein. Ein Deal um Ecken herum, aber man kommt doch irgendwie mit. Später stellt sich heraus: „Knabe“ war eingeschleuster Agent.

„Tuch“ trifft sich, auf Weisung der römischen Residentur, unter Ausschluss von „Knabe“ mit dem operativen Mitarbeiter. „Tuch“ erklärt, sein Freund „Händler“ sei Angestellter des Staatssekretariats und bereit, für 500 bis 600 italienische Lire aus dem vatikanischen Archiv 40 bis 45 „uns interessierende Materialien im Monat zu übergeben.“ Aber nur für zwei Stunden. Dann müssen die Unterlagen wieder zurück ins Archiv. „Händler“ meint, man müsse damit rechnen, dass sein Chef jederzeit nach den Akten verlangen könnte.

Es kam also zu dem Geschäft, jedenfalls zunächst. Die Residentur ist überzeugt, „einen wertvollen Agenten-Dokumentaristen“ gewonnen zu haben. Die ersten Dokumente erscheinen als glaubwürdig, erregen keinen Verdacht. Aber nach zwei Monaten schöpfen die Auswerter Verdacht: Das sind doch speziell für uns angefertigte Informationen. Die Unterlagen waren inhaltlich zwar zuverlässig, aber nicht geheim; andere Themen wurden nur oberflächlich oder zweitrangig behandelt. Zur „Neuen NATO-Strategie“, die das MfS natürlich brennend interessierte, seien „Desinformationen untergeschoben“ worden.

Schlimmer noch: Gleiches Material sei auch an Vertreter der Aufklärungen anderer sozialistischer Länder und an die „italienischen Freunde“ gegangen. Der Nuntiatur-Bericht sei auf ein und derselben Maschine geschrieben worden. Die Unterschrift des Kardinalstaatssekretärs Tardini stimme mit der auf Original-Briefbögen nicht überein. Die Analysten der Zentrale kommen zu der „Erkenntnis“, dass sie es mit den

---

lichst lange „genießen“ konnten. Entsprechend ihr Fleiß, mit Produktionsaustausch, über Plansoll. Auch wenn Flaute war. „Vieles, was die Agenten lieferten“, so Jakowlew ironisch, „war schlichtweg Stuss.“

Spezialdiensten Italiens und des Vatikans zu tun haben. „Künstlerpech“ also. Konnte allerdings auch anderen passieren, die von Westen her operierten.

Wer aber war „Tuch“? Den ungarischen Genossen gelang es, eine Liste der Mitarbeiter der italienischen Abwehr zu beschaffen. Diese enthielt die Namen von Ausländern in Italien, auch „Tuchs“ Namen. Sein wirklicher Auftraggeber schien also identifiziert worden zu sein, der Klurname von „Tuch“ aber bleibt geheim. Bislang fehlen Hinweise, um entsprechende Recherchen zu vertiefen.

Das MfS reagierte auf die Pleite mit entsprechenden Weisungen an die Residenten, das heißt die Agenten vor Ort wie auch an die Auswerter in der Zentrale: Spezialorgane des Gegners seien am Werk. Es müsse versucht werden, „ihre Agenten in unser Agenturnetz einzuschleusen.“ Die eigenen Leute werden leicht gerüffelt: In Zukunft überlegter „die Bearbeitung der wichtigsten Einrichtungen des Vatikans organisieren. Eintreffende Informationen sorgfältiger analysieren“.<sup>39</sup>

Der KGB praktizierte in fast neunzig Prozent der Fälle von der geographischen Basis osteuropäischer Länder aus, wie von einer Insider-Quelle zu erfahren war. Dabei setzte er das umfangreiche Netzwerk der Nachrichtendienste der Warschauer-Pakt-Staaten ein und erteilt seine Aufträge im Rahme der bereits erwähnten zweckmäßig erscheinenden Arbeitsteilung. Bei regelmäßigen Dienstbesprechungen der beteiligten Staatssicherheitsdienste wurden Maßnahmepläne aufgestellt, deren Zielsetzung auch hinter der Partei-Phraseologie eindeutig genug zum Ausdruck kommt. Aus den inzwischen zur öffentlichen Einsicht vorliegenden Unterlagen des MfS lassen sich einige dieser Treffen rekonstruieren und ihr Zustandekommen erklären. Denn reibungslos verlief die Zusammenarbeit unter den „Freunden“ und „Brüdern“ vorher nicht, und auch später nicht ganz so geschmiert.

Die weitere Erschließung der Aufzeichnungen aus den Archiven des Ostberliner Ministeriums für Staatssicherheit erlaubt tiefere Einblicke in die Strukturen der Zusammenarbeit der östlichen Nachrichtendienste, ohne die Ergebnisse der mühsam anlaufenden Forschungen in Moskau, Warschau, Prag und Budapest abwarten zu müssen. Wenig Aufmerksamkeit wurde bisher den so genannten Operativgruppen (OG) geschenkt, also den Stützpunkten des MfS zum Beispiel in Polen, Ungarn, Bulgarien.

Auch für die dort eingesetzten Stasi-Offiziere galt, in enger Zusammenarbeit mit den nationalen „Sicherheitsorganen“, der Auftrag: „Aufklärung, Verhinderung und Bekämpfung von imperialistischen Geheimdiensten, gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten gerichtete Spionage und andere subversive Aktivitäten.“ Dieses System funktionierte bis zur letzten Minute, wie der von Erich Mielke erteilte Befehl Nr. 13/89 vom 14. Juli 1989 bestätigt. Er beschreibt den „Einsatz, die Führung und Leitung der Operativgruppen / Verbindungsoffiziere des Ministeriums für Staatssicherheit bei befreundeten ausländischen Sicherheitsorganen Ministerrat der DDR Ministerium für Staatssicherheit“ und

---

<sup>39</sup> Vgl. HA XX/4, Nr. 141.

befasst mit der Aufgabe die Abwehrabteilung des MfS (HA II) sowie die Abteilung für die internationalen Verbindungen (Abteilung X). Interessant ist, wer in diesem wohl letzten Befehl Mielkes in dieser Richtung zu den „Freunden“ zählte und wer nicht: Die Vereinbarung betraf nur noch den sowjetischen KGB sowie die Staatsschutzabteilungen der Innenministerien der Tschechoslowakei, Polens, Bulgariens, Ungarns und Vietnams. Die Rumänen beispielsweise stehen nicht auf der Liste.

Dieser internationale Verbund war Ergebnis des Kalten Krieges. Nationale Interessen sollten bei den übergreifenden nachrichtendienstlichen Aufgaben zurücktreten. Das galt auch für die „Bekämpfung“ der Religion und ihrer Institutionen, insbesondere den Vatikan betreffend, als einer Führungszentrale mit weltweitem diplomatischem Einfluss und entsprechenden politischen Informationen. Dies kann beim Rückblick auf etwa drei Jahrzehnte dieser tschekistischen Internationalen an einigen Beispielen erläutert werden:

- 1960: In einer Analyse stellt das Ministerium für Staatssicherheit fest: Es fehlen gemeinsame Konzepte der Zusammenarbeit unter den Sicherheitsorganen der sozialistischen Staaten. Zwar gibt es Absprachen zwischen den einzelnen „Staatsämtern für Kirchenfragen der Volksdemokratien“. Aber diese sind nicht ausreichend, eher mangelhaft. Vermisst wird der Austausch von Erfahrungen und Abstimmungen zu der Frage, welche „großen Möglichkeiten zur Festlegung einer einheitlichen, gemeinsamen Linie“ mit Inoffiziellen Mitarbeitern zu erzielen waren.<sup>40</sup>
- 1963: Besprechung der sozialistischen Nachrichtendienste: „Festlegung gemeinsamer operativer Maßnahmen während der Fortsetzung des II. Vatikanischen Konzils“. Es wird gefragt, welche Agenturen und sonstige Möglichkeiten der Ausforschung eingesetzt werden können. Wie können die Mitglieder der Kirchendelegationen hinsichtlich politischer und kirchenpolitischer Fragen beeinflusst werden?

Mit den Jahren wächst die Informationsflut an. Man mag sich fragen, wer die Papierberge, die sich da auf manchen Schreibtischen auftürmten, überhaupt noch erstiegen hat, oder ob dieser Ausstoß eben nichts anderes war als das Ergebnis einer Anweisung, die nun einmal „von oben“ auf die einzelnen Büros niederging. Der Apparat versorgte sich entsprechend selbst, wie in jeder Bürokratie der Welt, die Stasi nicht ausgenommen. Zwei Beispiele des „Plansolls“, das in den vorliegenden Fällen wohl übererfüllt wurde – ob zur Freude der Empfänger, ist in den Unterlagen nicht dokumentiert.

- Am 15. September 1966 übermittelt die HA XX/4 (die MfS-Kirchenabteilung) an die „Sicherheitsorgane der VR Ungarn“ eine 156seitige Dokumentation „über feindliche Konzeptionen und andere revanchistische katholische Organisationen in Westdeutschland“.
- Am 4. August 1967 erhält die HA XX/4 von der Abteilung X (für internationale Verbindungen) „Material über einige Fragen der operativen Aufklärungstätigkeit in Bezug auf die Einrichtungen des Vati-

---

<sup>40</sup> Vgl. den Plan für die Zusammenarbeit mit den Volksdemokratien v. 11.5.1960: BStU: ZA, HA XX/4, Nr. 315.

kans". Es enthält speziell Informationen „über die Feindseligkeit des Vatikans und der unierten Geistlichkeiten auf dem Territorium der Sowjetunion<sup>41</sup> sowie das Vorgehen der KfS<sup>42</sup> dagegen.“ Das Konvolut umfasst 120 Blatt.

- 1967: „Multilaterale Beratungen zur Analyse und Festlegung gemeinsamer Maßnahmen gegen den Vatikan“ in Budapest. Diesmal nehmen auch die Rumänen teil.

Die „Planungssitzungen“ setzen sich mit gleichförmiger Gewohnheit Jahr für Jahr fort. Die Themenliste folgt gleichförmiger Routine. Aber so leicht soll man sich die Sache nicht machen. Für die Betroffenen aber bedeutete dies eine fortdauernde Bedrohung.

- 1975: Symposium der Sicherheitsorgane der sozialistischen Länder in Warschau. Tagesordnungspunkt: „Operative Tätigkeit – Problem der ideologischen und politischen Diversion, die vom Gegner von kirchlicher Seite durchgeführt wird“. Generalleutnant Viktor Tschebrikow, stellvertretender KGB-Vorsitzender, schärft den verbündeten Genossen ein: „Für die Politik des Vatikans war und ist die Regel, jede anti-sowjetische und antisozialistische Tätigkeit aktiv zu unterstützen, auch wenn sie nicht von der katholischen Kirche ausgeht“.
- 1977: In Prag findet vom 26. bis 29. September eine größer angelegte „Internationale Beratung von Vertretern der befreundeten Abwehrorgane“ statt. Diesmal stehen auf der Themenliste die Prager Christliche Friedenskonferenz (CFK), die Berliner Konferenz Europäischer Katholiken (BK) und die „Aktivitäten des Vatikans gegenüber den sozialistischen Staaten“. Der Konferenz wird offenbar einiges Gewicht beigemessen, denn an der „multilateralen Tagung“ nehmen „Vertreter der Sicherheitsorgane der UdSSR, CSSR, VR Polen, VR Ungarn, VR Bulgarien und der Republik Kuba“ teil.

Der Inhalt der offiziellen Reden liegt schriftlich vor. Soweit die Texte wiedergegeben werden, soll nicht ihr Wahrheitsgehalt untersucht werden, sondern die ideologische Grundlage, die Ziele und die Methode ihrer Durchsetzung sollen verdeutlicht werden. Auch wenn die Geschichte einen anderen Verlauf genommen hat, so bleiben diese Dokumente doch ein aufschlussreiches wie auch mahnendes Zeugnis dieser zweiten Zeitepoche der Diktaturen, nach dem Nationalsozialismus und Faschismus in Europa.

Bereits in seiner Begrüßungsansprache bringt der Gastgeber der Konferenz, der Erste Stellvertreter des Ministers des Innern der CSSR, Generalmajor Ing. Jan Hanuljak die Absicht der versammelten Nachrichtendienste auf den Punkt: „Der Vatikan, der Weltkirchenrat und andere kirchliche Zentren werden sich nie mit der sozialistischen Wirklichkeit abfinden können. Für den

---

<sup>41</sup> Gemeint sind vermutlich Priester der mit Rom unierten Kirche des byzantinischen Ritus in der Ukraine.

<sup>42</sup> KfS: Nach DDR-Sprachregelung das Komitee für Staatssicherheit KGB.

Aufklärungsapparat der kapitalistischen Länder wird die Kirche im Kampf gegen die sozialistischen Länder auch weiterhin einen bedeutenden Platz einnehmen, sie bilden die Basis, auf die sich die religiös-fanatischen Vertreter im Kampf gegen das eigene Volk und die sozialistische Gesellschaft stützen und die sie ausnutzen."

Von sowjetischer Seite sekundiert dem Tschechen der Stellvertreter des Leiters der V. Abteilung, Generalmajor Chali Machmejew<sup>43</sup>: „Die Praxis zeigt klar, dass die aktive Unterstützung jeglicher antisowjetischer und antisozialistischer Tätigkeit nach wie vor die Hauptsache in der Politik des Vatikans bleibt. Darum verbreiten alle mächtigen modernen Propagandamittel der katholischen Kirche alle möglichen Lügenmärchen über das Gesellschaftssystem und über die Stellung der Religion in der Sowjetunion. Nach wie vor bleibt für den Vatikan der Sozialismus und Kommunismus der Hauptgegner auf dem Gebiet der Politik, der Philosophie und im Sozialen. Er ist bemüht, den sozialistischen Aufbau in unseren Ländern zu kompromittieren."

Der Moskauer Ideologie-Offizier fährt fort: „Eine vorrangige Aufgabe aller Kommunisten, besonders von uns Tschekisten muss die allseitige und aktive Gewährleistung der Friedenspolitik sein, wie das im Programm des XXV. Parteitages der KPdSU gesagt wird, ein Beschluss, dem sich alle Bruderparteien angeschlossen haben."

Der Redner führt die „Weltkonferenz religiöser Vertreter für dauerhaften Frieden, Abrüstung und gerechte Beziehungen zwischen den Völkern" an, die im Juni 1977 in Moskau stattfand. Wer aus dem Westen an dem Treffen teilgenommen haben sollte, wird wohl nicht so naiv gewesen sein, um nicht sehr schnell gespürt zu haben, woher der Wind wehte. Teilnehmer aus dem Osten, auch regimekritische, brauchten solche Nachhilfe nicht. Für General Machmejew jedenfalls war der Großeinsatz seiner Leute, und dass die Konferenz ganz nach Moskauer Wunsch verlief, „eines der praktischen Beispiele der Anstrengungen auf der Linie unserer Arbeit, mit Unterstützung der sowjetischen Regierung und der effektiven Abwehrarbeit der 5. Verwaltung des KfS".

1978 werden, Konsequenz der Prager Besprechung, die „Arbeitsbeziehungen zwischen dem MfS und dem KGB", das heißt der HA XX und V. Verwaltung des KGB, erstmals vertraglich festgelegt, die „Bekämpfung der ideologischen Diversion der Geheimdienste und anderen subversiven Zentren und Organisationen der imperialistischen Staaten" wird vereinbart.

---

<sup>43</sup> V. Verwaltung des KGB: Ideologie und Dissidenten.

## Vom Schlapphut zum Computer

Anfang der 70er Jahre wird verstärkt eine die Welt der Planungsstäbe revolutionierende „Waffe“ eingesetzt: Die Sicherheitsdienste von sechs Warschauer-Pakt-Staaten und von drei weiteren Verbündeten vernetzen ihre Arbeit mit Hilfe des Systems SOUD<sup>44</sup>, einem streng geheimen Informationsverbund. Die elektronische Verarbeitung und Übertragung von Daten soll dazu beitragen, „operativ bedeutsame Informationen“ und „Erkenntnisse über gegnerische Geheimdienste sowie über Personen und Institutionen“ zusammenzuführen, „von denen nach dem Verständnis der SOUD-Teilnehmer eine Gefahr für die innere Sicherheit ausging“. Eine von der Bundesbehörde für die Erfassung der MfS-Unterlagen erstellte Studie stellt fest, „ein vergleichbares multinationales nachrichtendienstliches Informationssystem“ habe es „bis dahin in der Geschichte der Geheimdienste noch nicht gegeben.“ Es habe zum Beispiel die Vereinbarungen der Geheimdienste im Rahmen der NATO noch übertroffen.<sup>45</sup> Ein entsprechendes Abkommen wurde Ende 1977 von den für die Staatssicherheit ihrer Länder verantwortlichen Ministern der SU, der CSSR, der DDR, Ungarns, Polens, Bulgariens, Kubas und der Mongolei unterzeichnet.

Am 7. Juni 1979 folgt eine von Mielke genehmigte Anordnung „über die Zusammenarbeit der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe“ (ZAIG) mit dem Auslandsnachrichtendienst (HVA) sowie weiteren operativen Hauptabteilungen des MfS „zur Gewährleistung der Aufbereitung und Erfassung von Informationen im SOUD-System“. Die Intensivierung der Datenerfassung wird mit der stets wiederkehrenden Formulierung begründet, „die Wirksamkeit des abgestimmten Kampfes gegen die subversive Tätigkeit des Gegners (zu) erhöhen.“

Die Anordnung erfolgte „auf Grundlage von Befehl 11/79 des Genossen Minister“. Es ist bezeichnend für das „Feindbild“ der sozialistischen Geheimdienste, in welches Umfeld sie die Kirchen und religiösen Gemeinschaften einordneten:

- Geiselnnehmer, Flugzeug- und Schiffsentführer, Terroristen
- „Leitende Mitarbeiter der Zentren der politisch-ideologischen Diversion sowie Mitarbeiter dieser Zentren, die eine direkte subversive Tätigkeit gegen die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft betreiben“
- „Mitglieder zionistischer, feindlicher Emigranten-, klerikaler und anderer Organisationen, die eine direkte subver-

---

<sup>44</sup> SOUD: System der vereinigten Erfassung von Daten über den Gegner (abgeleitet von der russischen Bezeichnung „Sistema objedinnjonnogo utschjota dannych o protivnike“).

<sup>45</sup> Vgl. Bodo Wegmann und Monika Tantzsch: SOUD. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnisystems. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Abt. Bildung und Forschung, Reihe B: Analysen und Berichte, Nr. 1/1996.

sive Tätigkeit gegen die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft betreiben"

- „Personen, die Aufträge gegnerischer Geheimdienste, der Zentren der politisch-ideologischen Diversion, zionistischer, feindlicher Emigranten-, klerikaler sowie anderer Organisationen zur Durchführung subversiver Tätigkeit gegen die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft ausführen"

In den 80er Jahren trifft das Ostberliner MfS, vertreten durch die HA XX, „längerfristige Rahmenvereinbarungen, die auch die ‚Kirchenlinie‘ festlegen“ mit den Sicherheitsdiensten, die den Innenministerien einiger sozialistischer Staaten angegliedert sind. Folgende Dienste werden aufgeführt: „Korps für Nationale Sicherheit des Föderativen Ministeriums des Innern der CSSR; VI. Verwaltung des Ministeriums des Innern der Volksrepublik Bulgarien; IV. Departement des polnischen Innenministeriums, II. Verwaltung des ungarischen Innenministeriums“. An einigen dieser Besprechungen nehmen auch Geheimdienst-Offiziere aus Kuba und Nordvietnam teil.

### **Abwehr und Bekämpfung**

Die Zwischenüberschrift könnte über jedem der Kapitel dieser Arbeit stehen. Die Vereinbarungen für eine enge Zusammenarbeit der kommunistischen Sicherheitsdienste werden Jahr um Jahr fortgeschrieben, wie eine Auswahl der in den Stasi-Archiven aufgefundenen Dokumente belegt. Jedes Mal geht es, wie immer auch die Wortwahl sein mochte, um „Die Hauptrichtung der Organisierung der Abwehrarbeit der Sicherheitsorgane der sozialistischen Staaten bei der Bekämpfung der subversiven Tätigkeit des Vatikans.“

Im November 1983 treffen sich in Sofia die Leiter der Sicherheitsorgane der sozialistischen Staaten. 1984 – im Juli – treffen sich in Moskau die Verwaltungs- und Abteilungsleiter der Nachrichtendienste Bulgariens, der DDR, Kubas, Polens, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Ungarns und Vietnams. KGB-Chef Viktor M. Tschebrikow hielt die übliche Begrüßungsrede unter Zuhilfenahme des üblichen Wörterbuchs. Das Arbeitstreffen sei ein „nützlicher Informationsaustausch über die operative Lage in den sozialistischen Staaten und über die gesammelten Erfahrungen in der Arbeit zur Bekämpfung der feindlichen Bestrebungen des Vatikans“. Es werden die „Hauptrichtungen der Abwehrarbeit“ festgelegt.

Die Maßnahmen zielen wiederum gegen „die katholische Kirche als der sozialistischen Gesellschaftsordnung entgegenwirkende politische Kraft“. Es sind einige Punkte herausgegriffen, ohne jedes einzelne Verb in Anführungszeichen zu setzen:

- Informationen über Pläne, Formen und Methoden der subversiven Tätigkeit des Vatikans und der von ihm kontrollierten Kirchen und Organisationen gegen die Staaten der sozialistischen „Gemeinschaft“;
- Position des Papstes und seiner engsten Umgebung zu wichtigen und internationalen Problemen (Ost-West-Dialog, politische und militärische Entspannung, Wettrüsten, Abrüstung);
- Vatikan-Beziehungen mit den größten Staaten der kapitalistischen Welt sowie mit der Volksrepublik China, Koordinierung dieser Politik, Zusammenarbeit mit den USA und anderen NATO-Staaten zur Unterminierung der Positionen des Sozialismus, einschließlich des Zusammenwirkens mit den Geheimdiensten;
- Ausdehnung und Verstärkung des Katholizismus in Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas;
- Römische Kurie: Kräftekonstellation, Kampf um den Einfluss der verschiedenen Strömungen und Gruppierungen.

Es folgt eine Reihe von Vorschlägen zu den Maßnahmen, die ergriffen werden sollen; ein Sammelsurium, das die unterschiedlichen Interessen der Teilnehmer und ihrer politisch-ideologischen Orientierung erkennen lässt:

- Differenzen zwischen Anhängern der harten Linie bei der Durchführung der sogenannten Ostpolitik – der Papst und seine Umgebung und ihrer Gegner, die sich um Kardinal Casaroli gruppieren – erweitern und vertiefen;
- Materialien über die antihumane und verräterische Tätigkeit des Vatikans und des katholischen Klerus sammeln (Inquisition, Verbindungen mit dem Faschismus im Zweiten Weltkrieg, Unterstützung reaktionärer Regimes wie des Franco-Regimes, Beteiligung an der Unterdrückung der Demokratie in Spanien, Verbindung mit kapitalistischen Monopolen). Suche nach Möglichkeiten zur Veröffentlichungen in Verlagen der kapitalistischen und Entwicklungsländer<sup>46</sup>;
- Aufdeckung der Verlogenheit der provokatorischen Kampagne über die angebliche Beteiligung des bulgarischen Bürgers Antonow am Papst-Attentat und der verwerflichen Position des Vatikans in diesem Fall vor den Augen der Weltöffentlichkeit;
- Schaffung einer Front gegen den Papst im Rahmen der Ökumenischen Bewegung;
- Aufdeckung und Unterbindung von Versuchen der römischen Kurie, die gesellschaftsfeindliche Tätigkeit der reaktionären Elemente in katholischen und unierten Kreisen auf dem Gebiet der sozialistischen Staaten zu verstärken;
- Einsatz von Massenmedien, „um Johannes Paul II. als Protege der reaktionärsten Kreise des Westens zu diskreditieren und seinen wütenden Antikommunismus und Antisowjetismus zu entlarven“;
- verstärkte Bearbeitung von Emissären, Kurieren und Missionaren des Vatikans und anderer klerikaler katholischer Zentren, die auf verschiedenen Kanälen in unsere Länder einreisen und subversiv gegen die sozialistischen Staaten wirken. Unter ihnen sind Agenten des Gegners ausfindig zu machen und in den Fällen, in denen dies

---

<sup>46</sup> Vgl. die Maßnahme „Vesuv“; siehe weiter unten.

zweckmäßig erscheint, Maßnahmen zu deren Überwerbung zu unternehmen;

- Berliner Konferenz Europäischer Katholiken (DDR), „Pacem in Terris“ (Priesterorganisation in der CSSR), Assoziation der Solidarität von patriotischen Katholiken Vietnams;
- katholische Kräfte, die von der Position der Theologie der Befreiung aus gegen die antikommunistische Politik des Vatikans auftreten, unterstützen;
- bevorstehende Jubiläumsfeiern „neutralisieren“: 1100. Todestag von Method 1985; 600-Jahr der Christianisierung Litauens 1987; 1000-Jahr-feier Annahme des Christentums im alten Russland 1988.<sup>47</sup>

### Die Maßnahme „Vesuv“

Literatur zu fabrizieren, deren Absicht dem Leser nicht von vornherein ersichtlich sein, sondern vielmehr seine Überzeugungen ansprechen sollte, war in erster Linie Aufgabe der Desinformations-Spezialisten. Es gehört zu dem weiten undurchsichtigen Feld der Zersetzungsmaßnahmen. Ein Beispiel liefert ein Projekt aus dem Jahr 1988: die Maßnahme „Vesuv“. Es soll versucht werden, ein Buch mit dem Titel „Vatikan und katholische Kirche am Scheidepunkt“ in den Westen zu lancieren. Die Kontaktperson KP „Dole“<sup>48</sup> werde die „Publizierung im Operationsgebiet“ organisieren. Mit der Publikation werde unter anderem angestrebt:

- den Differenzierungsprozess in der katholischen Kirche und im Vatikan zu fördern, realistisch denkende Kirchenkreise zu stärken und das Zusammenwirken von Christen und Nichtglaubenden im Interesse des Überlebens der Menschheit weiter zu entwickeln;
- die missbräuchliche Einflussnahme auf den Klerus durch rechtskonservative Kreise innerhalb und außerhalb der katholischen Kirche sowie durch geheimdienstliche Operationen der CIA und des BND zu enthüllen und zurückzudrängen;
- den von Papst Johannes XXIII. und dem II. Vatikanischen Konzil eingeleiteten Prozess der „Öffnung der Kirche zur Welt“ und zur „Demokratisierung der Kirche“ zu fördern und damit restaurativen Bestrebungen in der Kirchenhierarchie entgegenzuwirken.<sup>49</sup>

---

<sup>47</sup> Vgl. HA XX, Nr. 11474.

<sup>48</sup> KP = Kontaktperson; auch „operativ bedeutsamer Kontakt“. U.a. die Beziehung zwischen einer Person der DDR und einer Person, Einrichtung oder Organisation des nichtsozialistischen Auslandes, die durch das MfS zur Lösung operativer Aufgaben nutzbar ist bzw. die die Möglichkeit der operativen Nutzbarkeit erkennen lässt. Der Begriff wurde auch in Bezug auf die Gegenseite, also bei DDR-Bürgern, die durch den „Gegner zur Realisierung subversiver Ziele missbraucht werden könnten“, verwendet.

<sup>49</sup> Vgl. HV A, Nr. 928, Betr.: HV A Abteilung X / 5, 21. Oktober 1988.

## **Arbeit am Mann**

Es fehlte im Maßnahmen-Katalog nie die „Arbeit am Mann“, die der Alt-Kommunist Erich Mielke zum Credo der geheimpolizeilichen Maßnahmen erklärte. Auf die „operative Bearbeitung“ der Kirche bezogen hieß das: „Einbeziehung von Bischöfen und jungen Geistlichen in deren Tätigkeit“. Man suchte sie als Informanten zu gewinnen, und wo eine aktive Spitzeltätigkeit nicht gelang, wurden nicht wenige, auch ohne ihr Wissen, als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) geführt, ausgeforscht, zu Gesprächen „gebeten“, wenn es sein musste, auch mit Nachdruck.

Undercover-Agenten in den Vatikan einzuschleusen kam für Profis der ND-Arbeit wohl eher nicht in Frage. Laien als Priester oder Theologiestudenten zu tarnen, damit hatten schon die Nazis Pech gehabt. Zu stümperhaft inszeniert, waren die falschen Geistlichen ziemlich schnell aufgefliegen.<sup>50</sup> Wie viel weniger hätten Leute eine Chance gehabt, unentdeckt zu bleiben, die bis dahin selten eine Kirche von innen gesehen haben dürften.

Zwar hat ein ehemaliger rumänischer Geheimdienstgeneral im Februar 2007 enthüllt, drei seiner Mitarbeiter, in Soutanen gesteckt, seien bis in die päpstlichen Geheimarchive vorgedrungen – aber das dürften Ausnahmen gewesen sein.<sup>51</sup> Wie andere Nachrichtendienste, westliche wie östliche, wird auch die HVA in den Auslandsmissionen der DDR, also auch in Rom, als Botschaftsangehörige getarnte eigene Leute platziert haben. Aber die übernehmen vorrangig Führungsaufgaben. Gerade auch um die Mauern des Vatikans zu durchdringen bedurfte es einer anderen Spezies von Spionen, über die das MfS in Divisionsstärken verfügte. Das waren die Informanten, Gewährleute, Zubringer oder wie immer man sie auch nennen mag mit der verharmlosenden Bezeichnung „Inoffizieller Mitarbeiter“, wobei diese entsprechend ihrer Verwendung und Operationsgebiete kategorisiert wurden. In der Erwartung, näher an den geheimsten Quellen zu sein, wurden Geistliche bevorzugt, die zur Kollaboration bereit waren oder leicht ausgeforscht, „abgeschöpft“ werden konnten.

## **„Persönlich bekannt mit dem Papst“**

Mancher Kleriker „aus dem Osten“ erkennt sich allerdings in den Aufzeichnungen des MfS selbst nicht wieder. Dies mag zum Beispiel für den katholischen Geistlichen gelten, der von den Vollzugsbeamten des SED-Überwachungsstaates unter dem Decknamen „Martin“ geführt wurde. Als Sorbe war er natürlich auch auf der anderen Seite des Erzgebirges zu Hause, zählte die Tschechen zu seinen Sprachverwandten und nicht wenige seiner geistlichen Mitbrüder dort zu seinen Freunden. Der Stasi genügte das schon als

---

<sup>50</sup> Vgl. Werner Kaltefleiter / Hanspeter Oswald: Spione im Vatikan, Kapitel „Experten gesucht“, S. 84.

<sup>51</sup> Vgl. ebd., Kapitel „Feind hört mit“, S. 53: Im Zweiten Weltkrieg war es dem Auslands-SD gelungen, den SS-Hauptsturmführer Georg Elling, einen abtrünnigen Priester, ab 1943 als „wissenschaftlichen Mitarbeiter“ in den Mitarbeiterstab der Vatikanbotschaft „einzubauen“.

„operativ interessantes Merkmal des IMS.“<sup>52</sup> Kontakte zu höchsten vaticanischen Kreisen machten ihn interessant. „Persönlich bekannt mit dem Papst“ wurde fein säuberlich per Hand in seiner Akte notiert. Doch konnten sie wohl nicht von der angenommenen Qualität sein, wenn man den Apostolischen Palast „von innen kennt.“

Besuchern von außen, ob mit oder ohne Priester-Kollar, wurde a priori mit einer gewissen Diskretion begegnet, und Besuchern aus Ländern des kommunistischen Machtbereichs dürfte ein spezielles Misstrauen nicht entgangen sein. Konzelebration bei einem Gottesdienst mit dem Papst in dessen Privatkapelle, wie „Martin“ als einen Augenblick höchster Ehre erinnert, und anschließend ein paar freundschaftliche Worte über diese und jene persönliche Erinnerung, machten aus ihm noch keinen Konfidenten.

Aber es hat Gespräche mit örtlichen MfS-Führungsoffizieren gegeben. Die Kontakte mit den Sicherheitsorganen waren, folgt man seiner Aussage, wohl unumgänglich gewesen, wollte man die eine oder andere „Genehmigung“ erreichen, ob zum Wohle der ihm anvertrauten Gläubigen oder zur kurzfristigen Auslieferung eines „vor 13 Jahren bestellten Pkw Wartburg“, nicht dem privaten Vergnügen zuliebe, sondern in der Seelsorge eingesetzt. So kam eben beides zusammen, wie die allgegenwärtige „Staatssicherheit“ wohl ganz richtig zur „politischen Einstellung“ ihres Opfers notierte: „Als Geistlicher kath. Glaubens bezieht er immerhin noch eine realistische Weltanschauung. Er geht Objektivitäten nicht aus dem Weg. Ist allerdings ein echter Verfechter seines Glaubens.“ Immerhin, Herr Stasi-Offizier, möchte man da hinzufügen. Denn in der „Beurteilung“<sup>53</sup> kam er nicht umhin festzustellen, grammatikalisch etwas hastig niedergeschrieben: „Das Motiv über die Bereitschaft für die Zusammenkünfte sind teils noch unklar.“

Die „Qualität“ des IMs dürfte sich also in Grenzen gehalten haben. Wie er beteuert, hat er „niemals“ sich „zur Zusammenarbeit mit dem MfS verpflichtet oder einen Decknamen vereinbart“. Wohl aber seien „einige Treffs“ in Bautzen (Hotel Lubin) vereinbart worden. „No big deal“ also. Mit dem Teufel zu tanzen – schon eine schwere Sünde? Ja, er habe den Herren schon auch mal deutlich die Meinung gesagt. Wie die Tschechen mit Priestern und Gläubigen umgingen, das sei eine Schweinerei. Da seien seine Zuhörer ziemlich kleinlaut geworden. Die staatlichen Aufpasser hatten also nicht so ganz unrecht, wenn sie „Martin“ „als katholischer Geistlicher“ der IMS „eine kritische politische Haltung zugunsten seines Glaubens“ bescheinigten. Aber ein Held will er doch wohl nicht gewesen sein, der „Martin“. Und – er habe den „folgeschweren Fehler“ begangen,

---

<sup>52</sup> IMS: Inoffizieller Mitarbeiter zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereiches. Über dessen Funktion wird u.a. gesagt: „Seine Arbeit muss der umfassenden, sicheren Einschätzung und Beherrschung der politisch-operativen Lage im Verantwortungsbereich und der Weiterführung des Klärungsprozesses ‚Wer ist wer‘ dienen.“

<sup>53</sup> Zum Kriterium „Beurteilung“ besagt eine Fußnote auf dem Bewertungsbogen: „Es sind insbesondere einzuschätzen: die operative Entwicklung des IM, seine operativen Fähigkeiten, tatsächliche Wirksamkeit, Einsatzbereitschaft, Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Einhaltung der Konspiration sowie die Voraussetzungen für die weitere Zusammenarbeit.“

sich nicht „strikt an die Weisungen der Berliner Bischofskonferenz gehalten zu haben, von jedem Gespräch ein Gedächtnisprotokoll anzufertigen und seinem Bischof zuzuleiten.“ Das bereue er aufrichtig.

## Spalt-Versuche

Sich den ideologischen Gegner dienstbar zu machen, ihn aus den Reihen des Klassenfeindes zu rekrutieren, das heißt den Klerus in den jeweiligen Ländern für eine Mitarbeit zu gewinnen, gegebenenfalls zu zwingen (es gab Wege und Mittel), hatte Methode. Fünfzehn Jahre nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers erst wird das ganze Ausmaß offenkundig, etwa nach den Veröffentlichungen von Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes SB<sup>54</sup> durch das polnische „Institut des Nationalen Gedenkens“ IPN<sup>55</sup>.

In seiner Rede auf der bereits erwähnten Prager Geheimdienstkonferenz von 1977 hatte der sowjetische KGB-General Machmew gefordert, „weiterhin Informationen über die Taktik des Gegners, die Möglichkeiten religiöser Organisationen im ideologischen Kampf gegen die sozialistischen Länder auszunutzen, auszutauschen“. Der Zweck der Übung wurde von ihm ebenso klar definiert: „differenzierte Anwendung der Materialien zur Vertiefung von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Vatikan und den Kirchenleitungen in jedem sozialistischen Land.“ Auf den Punkt gebracht hieß das: Einen Keil zwischen Papst und Bischöfe zu treiben. Eine Wunschvorstellung, bar jeder Kenntnis der innerkirchlichen hierarchischen Strukturen und Gehorsamsprinzipien. Gleichwohl: Was man dem Gegner ständig vorhielt, die politisch-ideologische Diversion, gehörte zu den eigenen Instrumenten aus der Waffenkammer des Kalten Krieges.

Für Kommunisten, die ihren Marx vermutlich einigermaßen auswendig konnten, die Bibel aber als ein Buch mit sieben Siegeln betrachteten, erwies es sich als einigermaßen schwierig, in die Innenräume der Kirche zu gelangen. Auch „hilfsbereiten“ Laien war dies nur bedingt möglich. Was lag da näher, als sich den Klerus unmittelbar nutzbar zu machen?

Es gelang bis zu einem gewissen Grad, aber es scheiterte ebenso an der Loyalität derjenigen, die sich nicht beugten. Zurück bleibt ein trauriges Kapitel der Kollaboration mit denjenigen, die den Kontakt mit der Kirche eher mieden, wie eben der sprichwörtliche Teufel das Weihwasser.

Schon in der Zeit des Kalten Krieges sickerten Einzelheiten über die „Friedenspriester“ in der Tschechoslowakei und ähnliche Zusammenschlüsse in Ungarn und Jugoslawien in den Westen durch. Man wusste, dass es sich um erzwungene Zusammenschlüsse handelte; die örtlichen Bischöfe, soweit sie selbst nicht diesen subversiv program-

---

<sup>54</sup> SB: Sluzba Bezpieczenstwa.

<sup>55</sup> IPN: Instytut Pamięci Narodowej.

mierten Organisationen angehörten, waren gewarnt. Der Vatikan wusste Bescheid. Die Kollaborateure blieben isoliert. Wie „freiwillig“ sie zur Mitarbeit bereit waren, sei dahingestellt. Hinter jedem Fall steht ein persönliches Schicksal, das vielen der Betroffenen bis heute schwer auf der Seele lastet.

Wie sich die Stasi-Werber speziell um den Klerus bemühten, so hielten sie ein scharfes Auge auf geduldete christliche Vereinigungen, zumal, wenn diese internationale Beziehungen unterhielten, von der Staatsführung und den Nachrichtendiensten insofern gern gefördert. Es verwundert also nicht, wenn in den Listen des MfS und auf den Arbeitstagen der Dienste diesbezügliche Organisationen genannt werden: die Berliner Konferenz Europäischer Christen zum Beispiel, deren Vorsitzender als eifriger IM in den Akten der Stasi einen bevorzugten Platz einnimmt.

Die ökumenisch ausgerichtete Prager Christliche Friedenskonferenz zählt ebenso dazu wie der Zusammenschluss „Christen für den Sozialismus“. Divergierende Meinungen innerhalb der Kirche gegeneinander auszuspielen war das Grundmuster. Also kam es darauf an, mit nachrichtendienstlichen Mitteln jene Kreise zu fördern, die selbst im eigenen Lager als „links“ stehend galten. Die internationale katholische Friedensbewegung „Pax Christi“, insbesondere auch die deutsche Sektion, sah sich auf diese Weise etikettiert, nicht zuletzt durch ihre Position in der Nachrüstungsdebatte Ende der 70er / Anfang der 80er Jahre.

Auch der Päpstliche Rat „Justitia et Pax“ und seine nationalen Kommissionen seit Ende der 60er Jahre in der Bundesrepublik und seit 1978 bei der (ostdeutschen) Berliner Bischofskonferenz gerieten ins Blickfeld des KGB und seiner nationalen „Unterorganisationen“. Wer immer zum „politischen Katholizismus“ gerechnet wurde, galt für den Osten als vom Vatikan gesteuert. Es war nur noch herauszufinden, wer im kirchlichen Umfeld politische Meinungen, etwa zur Friedensfrage, vertrat, die sich für das sozialistische Konzept ausbeuten ließen.

Auch Stimmen der römischen Kurie, wenn sie auch nur andeutungsweise interessant genug erschienen, kamen aufs Sammelkonto. Und so forderte der bereits mehrfach zitierte Sowjet-General Machmejew auf der Prager Arbeitstagung von 1977, „die progressiveren Organe des Vatikans“ zu stärken, um „den reaktionären Flügel noch anschaulicher der Römischen Kurie gegenüberzustellen.“ Machmejew sprach Klartext: „Wir müssen mit unseren gemeinsamen Möglichkeiten eine koordinierte Arbeit zur Vertiefung des Zwiespaltens in der römischen Kurie leisten, die Autorität der progressiven Kräfte stärken und ihre Gegner kompromittieren.“<sup>56</sup>

---

<sup>56</sup> Man erinnert sich an das „Bonmot“ des US-Verteidigungsministers Robert Gates als Antwort auf eine Verbalattacke des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Gates: „Spione sprechen eine klare Sprache“. Gates musste es wissen, als ehemaliger CIA-Direktor, und Putin ihn verstanden haben, als ehemaliger KGB-Offizier. Der Russe hatte als erster russischer Präsident an der Sicherheitskonferenz in München vom 9. bis 11. Februar 2007 teilgenommen und eine „unverblümete Abrechnung mit den USA“ (Wiesbadener Kurier v. 12.2.2007) vorgenommen. Er hatte, angesichts der geplanten Raketenabwehr der Amerikaner und deren militärischem Vorgehen in der Welt, die „gesamte globale Sicherheitsarchitektur“ in Frage gestellt. Der Wiesbadener Kurier spürte in seiner Artikel-Überschrift einen „Hauch von Kaltem Krieg in München“, nicht ohne den Kommentar von Robert Gates festzuhalten, der „unter

## Zentrale Königstein

Ein Dorn im Auge der kommunistischen Nachrichtendienste waren, kaum überraschend, die „Königsteiner Anstalten“, benannt nach dem Taunusstädtchen nahe Frankfurt. Im Mittelpunkt der dort angesiedelten katholischen Organisationen stand die „Vertriebenenarbeit“, die Situation der verfolgten Kirche im Ostblock. Kongresse im „Haus der Begegnung“, verbunden mit stark beachteten Pressekonferenzen, auf denen Vertreter des katholischen Exils, aber auch der eine oder andere Gast, der den Weg durch den „Eisernen Vorhang“ geschafft hatte, auftrat. Besonderen Ruf erlangte „Königstein“ durch das Hilfswerk „Kirche in Not / Ostpriesterhilfe“ des belgischen Prämonstratenserpaters Werenfried van Straaten.<sup>57</sup>

Für die westdeutschen Bischöfe, aber auch für vatikanische Stellen war „Königstein“ eine Möglichkeit, Verbindungen zur Kirche im Osten zu halten. Gewiss gingen von „Königstein“ auch vernehmbare Stimmen aus, die in vatikanischem Interesse und ohne direkte römische Interventionen Einfluss und Druck auf politische und kirchenpolitische Entscheidungen in Bonn hinsichtlich der kirchlichen Situation im Osten nehmen konnten. Die Phantasie der Moskauer Nachrichtendienste wurde jedenfalls durch Informationen dieser Art belebt, zumal wenn sie angeblich aus „zuverlässiger Quelle“ oder von einer „engen Vertrauensperson“ dieses oder jenes Kardinals stammten.

Die Situation veränderte sich nach dem „Fall der Mauer“. Die „Wiedervereinigung“ war zwar physisch rasch vollzogen, „in den Herzen“ der Menschen, die politische Lösung aber zog so schnell nicht nach. Noch existierte der „zweite deutsche Staat“, wenn auch nicht mehr nach „volksdemokratischen Muster“. Dennoch stellte sich die Frage nach der gesellschaftlichen Entwicklung in den Regionen Mitteldeutschlands, die man später die „neuen Bundesländer“ nennen würde.

Den Kirchen war selbstverständlich klar, was auf dem Spiel stand, sie bedurften der Warnung Gorbatschows vor Verspätung nicht. Die staatlich verkündete Lehre, auf einen Gott „im Himmel und auf Erden“ verzichten zu können, hatte sich wie ein Pestizid vor allem auf die junge Saat der Menschen eingewirkt. Johannes Paul II. zeigte sich besorgt, die Rückkehr der Freiheit im Osten Europas führe nicht zwangsläufig zu einer religiösen Wiedergeburt, sondern drohe vielmehr, den überwundenen wissenschaftlichen Materialismus durch den des Genusses abzulösen. Von ähnlichen Motiven ließen sich wohl auch die Organisatoren der Internationalen Jugendseelsorger-Konferenz leiten, die vom 5. bis 10. November 1989 in Heiligenstadt stattfand. Thema: „Die Lebenswelt der Jugendlichen als Herausforderung für die Ortskirche“. Die deutschen Bischöfe knüpften hohe Erwartungen an dieses Treffen. Auch die Stasi hatte auf Alarmstufe geschaltet. In den Termin von Heiligenstadt fiel die Nacht vom 9. November am Brandenburger Tor – wer hatte das voraussehen können. Aber es hatte schon lange etwas in der Luft gele-

---

Beifall des Publikums“ nüchtern reagiert habe: „Ein Kalter Krieg ist genug.“

<sup>57</sup> In Deutschland erlangte er nach dem Krieg dank seiner Hilfsaktionen als „Speckpater“ eine bleibende Popularität. Das Hilfswerk trägt mittlerweile nur noch den Namen „Kirche in Not“.

gen, ausgehend von den Friedensgebeten, den „Montagsdemonstrationen“, der Stimme des Volkes in Leipzig, Dresden, Berlin und in anderen Städten der DDR.

Würde die katholische Kirche, die es in den winterlichen Jahren der DDR vorgezogen hatte, sich in die hauseigene Wärmestube zurückzuziehen, den Anschluss an die evangelischen Christen halten? Könnten die Bischöfe, Herren über die kirchenpolitische Richtlinie gegenüber dem sozialistischen Staat, sich von dem frischen Luftzug anstecken lassen und deutlicher dem morschen System ins Gesicht blasen, dessen Ende zu beschleunigen? Die vatikanische Haltung schien wieder einmal, wie zu Zeiten der ostpolitischen „Anpassung an die Realität“, unter entgegengesetzten Vorzeichen, drängender zu sein als die der Bischöfe „vor Ort“. Die Kirchenspezialisten der Ostberliner Staatssicherheit waren jedenfalls ganz Ohr bei Informationen aus Rom, die sich als Kontroverse zwischen „Rom“ und den deutschen Episkopaten ausspielen und geheimdienstlich instrumentalisieren ließen.

Ebenso mussten die Dominikaner in Walberberg und die Jesuiten in München auf der Hut sein. Publikationen, die auf kirchliche und kirchenpolitische Themen spezialisiert waren, durften sicher sein, in östlichen Geheimdienstbüros intensive Leser zu finden, nicht zuletzt in den Desinformationsabteilungen. Der vatikanische „Osservatore“ zählte sozusagen zur Standardlektüre, aber auch westdeutsche Publikationen mit vorwiegend kirchlichen und kirchenpolitischen, aber auch theologischen und gesellschaftlichen Themen wie etwa die „Herder-Korrespondenz.“

### **Theologie der Befreiung**

Besonderes Gefallen fanden die roten Kirchengegner offenbar an den innerkatholischen Auseinandersetzungen um die so genannten Theologie der Befreiung, die vor allem in Lateinamerika prominente Vertreter auf akademischem Niveau (Gustavo Gutierrez, Leonardo Boff, Jon Sobrino u.a.) und in nicht wenigen christlichen „Basisgemeinden“ Zustimmung gefunden hatte – wobei die Frage der Erlaubtheit der Mittel, ob Zusammenarbeit mit Kommunisten, Anwendung von Gewalt, vom zivilen Ungehorsam bis zum Griff zur „Kalaschnikow“, zu Zerreißproben innerhalb der Bewegung führte. An „Solidaritätsbekundungen“ für den „Kampf an der Seite der unterdrückten Massen“ fehlte es aus dem sozialistischen Lager nicht, verbunden mit massiver Kritik an den angeblichen feindlichen Kräften, die die Befreiungstheologie zu „vernichten“ drohten.

Die Veröffentlichung der „Instruktion über einige Aspekte der Theologie der Befreiung“ vom 6. August 1984, verantwortet von der römischen Glaubenskongregation, lieferte den kommunistischen Exegeten reichlich Munition für gezielte Angriffe gegen den Präfekten der Kongregation, den deutschen Kurienkardinal Josef Ratzinger. Er und Johannes Paul II. werden als diejenigen gezeichnet, die in engster Übereinstimmung ein Unglück darin sahen, dass marxistisch-leninistische Kräfte in die Glaubensgemeinden eingedrungen seien.

Neben der kontroversen Frage nach dem gesellschaftlichen Auftrag der Kirche an der Seite der Armen stellte sich, für „Rom“ nicht weniger provozierend, die Forderung nach

einer „Kirche von unten“, die sich als eine „Kirche des Volkes“ aus ihrer Mitte heraus gestaltet, nicht „von oben“ dirigiert, sondern mit einer von der Gemeinde demokratisch bestimmten Gemeindeleitung – eine die geltende Ekklesiologie revolutionierende Idee. Für die hierarchisch geführte, sich auf das das Petrus-Mandat berufende Papstkirche war dies eine völlig unannehmbare Strukturveränderung.

In die Schusslinie der Ostberliner Stasi gerieten neben Südamerikanern wie dem Bischof von Bogotá, Lopez-Trujillo, vor allem auch westdeutsche Bischöfe wie der Kölner Kardinal Josef Höffner und der Paderborner Erzbischof Johannes Joachim Degenhardt sowie der Essener Bischof Franz Hengsbach.

Mit der Materie vertraute Leser werden die Auseinandersetzung um das Memorandum vom 21. November 1977 erinnern, mit dem westdeutsche Theologen, an der Spitze Karl Rahner und Johann Baptist Metz, Partei für ihre Kollegen in Peru und Brasilien ergriffen. Die hitzige Debatte, die um Hengsbachs Studienkreis „Kirche und Befreiung“ ausbrach, ein Konflikt, der die kirchliche Hilfsaktion „Adveniat“ heftig in Mitleidenschaft zog unter dem Vorwurf, sie unterstütze jene Teile der Kirche, die sich massiv gegen die Theologie der Befreiung stellten, mithin den staatlichen Unterdrückungsapparaten in die Hände spiele. Das war nun nicht gerade „tägliches Brot“ der wohl im Katechismus des dialektischen Materialismus geschulten Kader in der Normannenstraße. Der schon vor einem Jahrzehnt in den Akten aufgefundene Lesestoff macht nicht den Eindruck, zur bevorzugten Lektüre der Milke-Truppe gezählt zu haben. Im Kontext der neuerdings aus den Unterlagen der Kirchenabteilung erschlossenen Informationen habe ich in meinen alten Beständen nachgeschlagen und ihn, weil doch recht passend, an dieser Stelle noch einmal zur Sprache bringen wollen.

### **Reizthema „Vatikanische Ostpolitik“**

Mit einem baldigen Zusammenbruch des Moskauer Imperiums, noch innerhalb der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, rechneten in den politischen Zentralen des Westens vielleicht einige Philosophen, die Realisten gingen vom Hundertjährigen Kalender aus. Auch die vatikanische Diplomatie legte eine längere Kälteperiode für das Leben der Kirche östlich des Eisernen Vorhangs für ihre Überlegungen zugrunde. Wie konnte ein „modus vivendi“, eine einigermaßen annehmbare und verlässliche Lösung mit den Regimes erreicht werden, um den Lebensalltag der christlichen Gemeinden zu ermöglichen, respektive zu erleichtern? Die Erfahrungen mit Hitler-Deutschland waren nicht gerade ermutigend.

Alle Päpste der Nachkriegszeit, von Pius XII. bis Johannes Paul II., ließen nichts unversucht, auf schmalem Grad mit den politischen Systemen, aber auch gegen manchen Widerspruch der Kirchenleitungen „vor Ort“, wie am deutlichsten das polnische Beispiel zeigte.

Pius XII., noch konfrontiert mit der harten Anfangsphase des Kalten Krieges, wandte sich 1952 an „Das dem unbefleckten Herzen Marias geweihte Russland“. Das Apostoli-

sche Rundschreiben<sup>58</sup> ist auf den Festtag der Heiligen Kyrill und Method datiert, der „Apostel der Slawen“. Der Papst überantwortet Russland dem Schutz der Gottesmutter – welch „Sakrileg“ in den Augen der roten Zaren. Pius XII. sagt auch warum: „Wir haben uns nicht gescheut, die Fehler des atheistischen Kommunismus anzugreifen.“ Ein solcher Satz war noch im Stil von „Divini Redemptoris“ geschrieben, der 1937 gegen den atheistischen Kommunismus gerichteten Enzyklika.<sup>59</sup>

Pius XI. hatte sie zwar unterzeichnet, sie war aber doch wohl von Pacelli stark mitformuliert worden. Glaubte Pacelli hoffen zu dürfen, „die Irrenden wieder zur Wahrheit zurückzuholen“, so war er doch als Papst realistisch genug, gegenüber möglichen Kontakten mit Moskau nicht absolut abstinent zu bleiben. Stalin fürchtete angeblich die Divisionen des Papstes nicht. Er würde seine Statthalter entsprechend gewähren lassen. Die Kirche in der Tschechoslowakei bekam es besonders leidvoll zu spüren. Rom musste Wege und Mittel finden, um das Los der Gläubigen unter kommunistischer Zwangsherrschaft zumindest zu lindern.

Der in den 60er und 70er Jahren gehandelte politische Begriff von der friedlichen Koexistenz fand auch Eingang in die vatikanische „Ostpolitik“, als eine Chance, im atheistischen Staat einen Platz zum Leben und Überleben der örtlichen Kirchen zu finden. Allerdings weigerten sich die Katholiken in der DDR, im Unterschied zu den Protestanten, sich als „Kirche im Sozialismus“ zu verstehen. Wobei die Ausgangssituation der Evangelischen als überwiegende Mehrheit der sich weiterhin zum Christentum bekennenden DDR-Bürger zu berücksichtigen war. Für den Heiligen Stuhl wurde der Erzbischof und spätere Kardinal Agostino Casaroli der „Reisediplomat“ in Sachen „Ostpolitik“. Er selbst allerdings zog es vor, von einer Diplomatie der Seelsorge zu sprechen, um die Unterscheidung kirchlichen Engagements in der Welt des Säkularen hervorzuheben.

Casaroli mochte sich durch Pius XII. bestätigt finden. Dieser hatte seine Radio-Botschaft vom 2. September 1956 an den Katholikentag in Köln zum Anlass genommen, von Minimalbedingungen für die Koexistenz mit einem kommunistischen Staat zu sprechen. Natürlich hatte er nicht dessen Ideologie bejaht, sondern die Freiheit der Verkündigung des Evangeliums als unverzichtbar gefordert: „Das ist nicht mehr, als die Kirche von jedem anderen Staat verlangt, in dem Trennung zwischen den beiden Bereichen besteht.“ Damit hatte er die Linie für die vatikanische Ostpolitik der folgenden Jahrzehnte vorgegeben.

Aus dem Staatssekretariat kommend und anschließend für die „operative Arbeit“ der Glaubensbehörde verantwortlich, die noch Heiliges Uffizium hieß, dem Papst direkt unterstand und noch keinen eigenen Präfekten (Amtsleiter) kannte, galt Kardinal Alfredo Ottaviani (1890-1979) als der „scharfe Hund“, der den Kommunisten nicht über den Weg traute. In den Jahren, als sich der übelste Stalinismus gegen die Kirche etwa in der Tschechoslowakei austobte, hatte er wohl auch keinen Grund zu einem Sinneswandel. Andererseits hat den oft und nicht zuletzt aus „Feindesland“ Geschmähten sein Votum

---

<sup>58</sup> Apostolisches Schreiben „*Sacro vergente anno*“ vom 7. Juli 1952.

<sup>59</sup> Eine Woche zuvor war „*Ardente Cura*“ – „Mit brennender Sorge“, das päpstliche Rundschreiben gegen den Nationalsozialismus, in deutscher Sprache erschienen, und am Palmsonntag von den Kirchenkanzeln verlesen worden.

„Bellum omnino est interdicendum“ – „Krieg ist in jeder Hinsicht zu ächten“ in der Geschichte verewigt. Der Satz, der die Erfahrung einer Menschheitsepoche von 1914 bis 1945 spiegelt, wurde vom Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) übernommen. Der Gedanke findet sich wieder in der pastoralen Konstitution „Gaudium et spes“ – „Über die Kirche in der Welt von heute“<sup>60</sup>.

Aber noch stellten sich die Kreml-Herren und Ostberliner Vasallen taub. Es blieb bei der Linie, die ausgerechnet ein ehemaliger Priester als Expertise vorlegte. Im Reiche Walter Ulbrichts hatte Eduard Winter, ein bekannter „Ostforscher“ der Nationalsozialisten, eine neue Wirkungsstätte gefunden. Nach Tätigkeiten für die SS-Publikationsstelle Bautzen und die Heydrich-Stiftung in Prag kam er nach dem Zusammenbruch über Umwege an die Berliner Humboldt-Universität, leitete das Institut für Geschichte der Völker der UdSSR, richtete eine Abteilung „Ostpolitik des Vatikans“ ein und kam auf Grund seiner „wissenschaftlichen“ Erkenntnisse zu dem Ergebnis, der Vatikan sei bestrebt, „die Sowjetunion international mit allen verfügbaren Kräften zu bekämpfen.“

Winter fand Zugang zu vatikanischen Archiven und zum Russischen Kolleg in Rom und suchte Kontakte zu den Jesuiten in Rom und in der DDR. Wie die Nazis gegenüber abtrünnigen Priestern einen Rest an Misstrauen behielten, so wohl auch die noch mehr gottfernen Führungskader der SED. Man konnte ja nie wissen, ob die ehemaligen Kleriker nicht doch auf zwei Schultern trugen, mit anderen Worten, insgeheim für den Vatikan spionierten. Ein Eiserner Vorhang war also nicht nur quer durch Europa niedergegangen, um Churchill zu zitieren, sondern trennte auch die Kirche in eine Welt der Freiheit und der Katakombe.

Johannes XXIII. spürte eine Klimaänderung. „Aggiornamento“ – „Heutigwerden“ war nicht nur für die Kirche intern angesagt. Es galt, nach einem anderen Wort des Roncalli-Papstes, die „Zeichen der Zeit“ zu erkennen. Der Papst nahm das Stichwort von der Koexistenz wieder auf. Es könnte der Fall eintreten, dass Fühlungen und Begegnungen über praktische Fragen, die in der Vergangenheit in keinerlei Hinsicht sinnvoll erschienen, jetzt wirklich fruchtbringend seien oder es morgen sein könnten.

Die Entscheidung, in welcher Weise und bis zu welchem Grade eine nützliche Zusammenarbeit gesucht werden sollte, auf sozialem, wirtschaftlichem, kulturellem und politischem Gebiet, stehe allein der Klugheit zu. Es waren nur Frühlingstage, eine zu kurze Periode, um das Eis des Kalten Krieges bis in seine Permafrost-Schichten zu schmelzen. Dennoch war es dem „Papa buono“, dem „guten Papst Johannes“, gelungen, Vertrauen im Osten zu gewinnen. Wobei seinen „Annäherungsversuche“ an Moskau bei dem Katholiken Adenauer alles andere als Begeisterung auslösten, sondern zu einer Phase erheblicher Spannungen zwischen Bonn und dem Vatikan führte.

Dramatisch sein Friedensappell, als die Welt den Abgrund eines drohenden Atomkrieges erblickte, „Kuba-Krise genannt. Geheime Kontakte zwischen Washington und Moskau, die sich drohend gegenüberstanden und nach Wegen suchten, statt der Militärs ihre Diplomaten sprechen zu lassen, liefen über den Apostolischen Palast. Johannes

---

<sup>60</sup> Vgl. Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“, Nr. 82.

XXIII. schenkte der Welt seine Friedens-Enzyklika „Pacem in terris“, bis heute ein Vademekum für verantwortungsbewusste Politik.

Durfte der „Heilige“, wie ihn Chruschtschow nannte, Gegenleistungen für die Christen in der Sowjetunion erwarten? Rada Nikititschna, die Tochter des Kremlchefs, war zusammen mit ihrem Ehemann Alexej Iwanowitsch Adschubej am 7. März 1962 von Johannes XXIII. im Rahmen einer Audienz empfangen worden. Adschubej, Chefredakteur der regierungsamtlichen „Iswestija“ („Nachrichten“), galt in der Zeit der Kubakrise als einflussreicher Ratgeber seines Schwiegervaters.

Intensivere Bemühungen, die unter dem Nachfolger Paul VI. einsetzten und insbesondere den Sonderdiplomaten Casaroli in den Hauptstädten des Ostens sahen, zeitigten gewisse Erfolge. Vereinbarungen zugunsten des kirchlichen Lebens wurden erreicht, einige Erleichterungen, allerdings auch zu einem „gewissen“ Preis – von der Gegenseite eingefordert, wie die Akten aus den Stasiarchiven der vereinten Sicherheitsorgane heute schmerzlich enthüllen. Das „Feindbild“ Vatikan aber änderte sich nicht um ein Jota.

1970: In den Unterlagen des MfS aus diesem Jahr findet sich eine „Konzeption“, die als Vorlage für eine Besprechung mit den „Sicherheitsorganen“ Ungarns erarbeitet wurde. Bei dem Arbeitstreffen in Ostberlin soll den Budapester Genossen die Einschätzung der Stasi-Kirchespezialisten vorgetragen werden, denn die Ungarn haben inzwischen wohl den Polen auf dem „vaticanischen Kriegsschauplatz“ den Rang abgelaufen. Die Dokumente aus dem Archiv der HA XX und der Vierten Abteilung (katholische Linie) lassen jedenfalls darauf schließen. Es häufen sich die Herkunftsbezeichnungen „Informationen der Sicherheitsorgane der UVR“<sup>61</sup>. Die Gesprächsvorlage hält fest: „Das Staatssekretariat des Vatikans in Rom ist das wesentlichste Koordinierungsorgan der feindlichen Tätigkeit gegen die sozialistischen Länder durch die katholische Kirche. Das Ziel ihrer Ostpolitik besteht darin, mit variablen und differenzierten Methoden die Positionen der katholischen Kirche in den sozialistischen Ländern zu festigen, ohne eine Verschärfung der Spannungen zwischen Staat und Kirche in diesen Ländern herbeizuführen.“

Der sowjetische General Machmejew, den wir inzwischen mehrfach aus seiner Rede vor den Nachrichtendienstoffizieren der Warschauer-Pakt-Staaten zitiert haben, sieht auch in der „vaticanischen Ostpolitik“ einen Ansatzpunkt für die von ihm besonders herausgestellt politisch-ideologische Diversion. Er meint, es sei „wahrscheinlich zweckmäßig, die Anhänger der ‚Ostpolitik‘ und die maßgeblichen Persönlichkeiten des Vatikans aktiver auszunutzen, dahin zu kommen, dass sie in einer uns vorteilhaften Hinsicht die Initiativen unserer Staaten unterstützen, der vom Gegner erdachten ‚Verletzung der Menschenrechte in den sozialistischen Ländern‘ eine entschiedene Abfuhr erteilen“. Aber, so der KBG-Chef, „Augen auf“, nicht die Grenzlinie überschreiten: Auf dem Gebiet

---

<sup>61</sup> UVR: Ungarische Volksrepublik.

der Ideologie dürfe man es nicht zu einem „Dialog“ kommen lassen, „weil die Kirche im wesentlichen die gleiche Taktik verfolgt wie der Imperialismus“.

Für Machmejew bedeutet dies die Gefahr der „Aufweichung des Kommunismus“ sowie „revisionistische Tendenzen“. Er schließt daraus: „Folglich wird die ‚Ostpolitik‘ zu einer eigentümlichen Wasserscheide innerhalb der katholischen Kirche selbst, hinsichtlich auf die sozialistischen Staaten und den Sozialismus im Allgemeinen. In der römisch-katholischen Kirche haben sich obwohl unterschiedliche, so doch bestimmte Strömungen herausgebildet, mit dem Sozialismus und Frieden sympathisierende oder ihnen feindlich gegenüberstehende.“ Der Moskauer KGB-General empfiehlt, „die Ostpolitik des Vatikans für Ziele auszunutzen, die für unsere Staaten von Vorteil sind.“

Dann das Jahr 1978. In den Zentralen der kommunistischen Führung sollte man nicht überrascht gewesen sein, dass ein Pole die Leitung der katholischen Kirche übernimmt. Der Name des Krakauer Erzbischofs und Kardinals Karol Wojtyla war schon zwei Jahre zuvor auf einer Liste von Kandidaten, die als „papabili“ gelten, aufgeführt worden. Nach „Erkenntnissen“ der Späher aus dem Osten ist die Wahl das „Ergebnis deutsch-österreichischer Lobby“. Eine in der Literatur nicht weiter erwähnte nachrichtendienstlich aktive Maßnahme unter dem Decknamen „Zitrone II“ soll dazu führen, den Vatikan massiv ideologisch zu unterwandern.

### **Aktion „Zitrone II“**

Ein Jahr später, 1979, hat sich einiges mehr an „Bruderinformationen“, also von polnischen und ungarischen Nachrichtendiensten auch beim Ostberliner MfS angesammelt. Die Auswerter legen anhand dieser Mitteilungen eine neue „Einschätzung“ über die personelle Veränderung im Apostolischen Palast fest: Nach Aussagen vatikanischer Kreise werde Papst Johannes Paul II. die „Ostpolitik seiner Vorgänger generell fortsetzen.“ Die „politische Generallinie des Vatikans – Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten“ – werde sich nicht ändern. Es werde jedoch zu bestimmten Änderungen im taktischen Vorgehen bei der Führung des Dialogs mit den Regierungen dieser Länder kommen, die aus den persönlichen Erfahrungen des Papstes sowie aus den aktuellen Tendenzen in der internationalen Politik resultieren.

Diese Prognose sollte sich schon bald als zutreffend erweisen: in Polen standen die Arbeiter und Intellektuellen gegen das Regime auf, die Welt schaute auf die Gewerkschaftsbewegung „Solidarnosc“, ihren Wortführer, den Betriebselektriker von der Danziger Lenin-Werft und den „Schutzpatron“ dieses Aufstandes für die Rechte der Arbeiter, der Menschenwürde und der Religionsfreiheit, den „polnischen“ Papst Johannes Paul II. Sein Bild erschien auf einer Serie illegaler Briefmarken, herausgegeben von einer

antikommunistischen Untergrund-Organisation, die sich als „Solidarnosc Walczaca“ – „Kämpfende Solidarität“ – bezeichnete und ihre Botschaften auch heute noch mit den Anfangstakten der patriotischsten aller polnischen Kampfhymnen, der „Rota“, einleitet. Die gefälschten Postwertzeichen sollten zur Finanzierung der Widerstandsbewegung beitragen.<sup>62</sup>

Die Weltpolitik wurde in diesen Jahren durch die Konfrontation der Supermächte bewegt, die Diskussion um Abrüstung, Nachrüstung, „nuklearem Gleichgewicht“ – kurzum: der ohnehin dünnhäutige Frieden in Europa bekam eine Gänsehaut. Polen drohte im Dezember 1980 die Invasion von Truppen einiger Warschauer-Pakt-Staaten, voran die Sowjetunion und das SED-Regime in Ostberlin.<sup>63</sup>

1983 treffen sich die „Leiter der Sicherheitsorgane der sozialistischen Staaten“ in Sofia. 1984 folgt ein „Arbeitstreffen zu Vatikanfragen“. Diese Konferenz, vom 25. bis 26. Juli in Moskau, steht unter dem Eindruck des neuen Mannes an der Spitze der katholischen Kirche. Die befürchtete Invasion Polens konnte abgewendet werden, um den Preis des „Kriegsrechts“ in Karol Wojtylas Heimat. Papst Johannes Paul II. hatte einen bewegenden Brief an Kreml-Chef Leonid Breschnew geschrieben. Dann aber, am 13. Mai 1981, waren die Schüsse auf dem Petersplatz gefallen, der Papst nur um Haaresbreite dem Tod entkommen – für ihn ein von der Jungfrau Maria bewirktes Wunder. Sie habe die Kugel abgelenkt. Gläubige sahen schon die Weissagung der Seher-Kinder verwirklicht.

„Spys“, um den ehemaligen CIA-Direktor Gates beim Wort zu nehmen, beeindruckten solche übernatürlichen Erscheinungen wenig. Auf wessen Kappe der Anschlag auf dem Petersplatz ging, diese Frage liefert bis heute reichlich Stoff für Vermutungen und Gerüchte, ohne eindeutige Belege. Wer schon würde einen solchen Auftrag, ob Töten oder „nur“ Warnschüsse, denn auch „verschriften“?

Für den Westen war die Frage geklärt: Die Drahtzieher konnten nur in Moskau sitzen, ihre willigen Helfer, bekannt für Erfahrung auf dem Gebiet, das in der Unterwelt als „mokrije djelo“ – „feuchte Arbeit“ beschrieben wird, also Mord, in diesem Fall aus politischen Gründen. Der Osten hielt vehement dagegen: Was hätte ein toter Papst genützt, als Polen beinahe in Flammen stand? „Mr. Gorbatschow – turn down the wall“ haben wir noch im Ohr, bevor die Mauer fiel; „Mr. Putin – open the minutes“ möchte man heute hinzufügen und wissen wollen, welche Antworten in den Archiven des ehemaligen KGB liegen.

Das „Feindbild“ hatte sich nicht geändert: Ronald Reagan sieht rund um Moskau das „Reich des Bösen“, und dieser amerikanische Präsident schmiedet eine „heilige Allianz“ mit dem katholischen Papst. So will es die Propaganda, die auch im Westen manche Zustimmung findet. Ein ehemaliger Abwehroffizier der Stasi, Oberstleutnant Helmut Wagner (HA II – Gegenspionage), behauptet in seinen Aufzeichnungen<sup>64</sup>, Präsident Ronald Reagan und Papst Johannes Paul II. hätten bei ihrer Begegnung am 7. Juni 1982

---

<sup>62</sup> Im Übrigen ist das auch ein Standardmittel von Geheimdiensten für Desinformation und „Schwarze Propaganda“.

<sup>63</sup> Vgl. Werner Kaltefleiter / Hanspeter Oschwald: Spione im Vatikan, München 2006.

<sup>64</sup> Vgl. Helmut Wagner: Schöne Grüße aus Pullach, Berlin 2001, S. 187-188.

in Rom vereinbart, „die Kapazitäten der katholischen Kirche und der CIA für eine verdeckte Kampagne in Polen zu nutzen, um den Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in Polen herbeizuführen“. Eine Schlüsselrolle habe dabei die polnische Gewerkschaftsbewegung „Solidarnosc“ gespielt. Sie sei mit Geld, technischen Hilfsmitteln sowie Beratung versorgt worden, finanziert vom US-Geheimdienst CIA, von der „National Endowment of Democracy“<sup>65</sup>, vom Vatikan und westlichen Gesellschaften. Interessanterweise bezieht sich der Ex-Stasi-Offizier nicht auf eigene Quellen, sondern auf eine westdeutsche Publikation.<sup>66</sup>

Das Ergebnisprotokoll des Moskauer „Arbeitstreffens“ von 1984 trägt die Überschrift: „Die Hauptrichtungen der Organisation der Abwehrarbeit der Sicherheitsorgane der sozialistischen Staaten bei der Bekämpfung der subversiven Tätigkeit des Vatikans“. Es stellt fest:

„Mit der Wahl von Johannes Paul II nahm die Politik des Vatikans gegenüber den sozialistischen Staaten einen aggressiveren Charakter an. Unter dem Deckmantel der berühmten Losung des ‚Schutzes der Rechte der Gläubigen‘ versucht der Vatikan, sich in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten einzumischen. Er ist der Initiator von entfaltetem antisozialistischen Propagandakampagnen. Die von ihm entworfene so genannte ‚Ostpolitik‘ ist auf die Diskreditierung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in den Augen der Gläubigen und auf die Inspirierung ihres offenen Aufbegehrens gegen die Machtorgane der sozialistischen Staaten ausgerichtet.“

„Der Vatikan ist um den Zusammenschluss verschiedener gesellschaftsfeindlicher Elemente auf antisozialistischer Grundlage bemüht. Im Bereich der so genannten ‚ökumenischen Politik‘ verfolgt er das Ziel, eine antikommunistische klerikale Allianz unter Beteiligung von Vertretern verschiedener religiöser Vereinigungen zusammen zu schmieden.“

„Die Antisozialistische Tätigkeit des Vatikans ist eng verbunden mit der Politik der imperialistischen Staaten und der aktiven Unterstützung der reaktionärsten, gegen die kommunistische, Arbeiter- und nationale Befreiungsbewegung auftretenden Kräfte. Die Römische Kurie unterstützt insbesondere den aggressiven Kurs der USA-Administration in den Ländern Lateinamerikas, unternimmt Angriffe auf Geistliche, die von der Po-

---

<sup>65</sup> Korrekt: National Endowment for Democracy (Nationale Stiftung für Demokratie), 1983 als Non-Profit-Organisation gegründet, um die Entwicklung demokratischer Strukturen zu unterstützen. Von Präsident Reagan favorisiert. Finanzielle Mittel flossen ihr bisher aus staatlichen Mitteln, von den Kongressparteien, der US-Handelskammer und der Gewerkschaft AFL-CIO zu. Dem amerikanischen Liberalismus verbunden, kritisiert von „links“ wie „rechts“ als verlängerter Arm der US Außenpolitik bzw. wegen seiner Versuche, „progressive“ Bewegungen mit sozialistischen und kommunistischen Tendenzen zu destabilisieren.

<sup>66</sup> Erich Schmidt-Eenboom: Schnüffler ohne Nase, Düsseldorf 1993.

sition der ‚Theologie der Befreiung‘ und der so genannten ‚Volkskirche‘ aus auftreten und versucht, eine Teilnahme der Katholiken dieser Region am revolutionären Prozess zu verhindern.“

„Er wirkt der internationalen Solidarität der Christen mit der sandinistischen Revolution und den patriotischen Kräften El Salvadors entgegen. Die Schritte der ‚Friedensstifter‘ unternimmt der Vatikan lediglich aus taktischen Erwägungen heraus, um die notwendigen Zugeständnisse von den sozialistischen Staaten zugunsten der katholischen Kirche zu bekommen.“

Da ist also noch nichts von den Worten der Sympathie aus dem Munde eines Michael Gorbatschow zu spüren, die ihn eines Tages bis in die obere Etage des Apostolischen Palastes führen wird, wo zwei Slawen eine Art „Seelenverwandtschaft“ entdecken.

Im letzten Teil des Abschlussberichtes der Moskauer Konferenz werden die innerkatholischen Auseinandersetzungen um die lateinamerikanische Version der „Theologie der Befreiung“ angesprochen, die nach damaliger Auffassung ihres „geistigen Vaters“ Gustavo Gutierrez in praktischen Aktionen auch ein Zusammengehen mit Kommunisten zulassen sollte, ohne sich mit den ideologischen Grundlagen zu identifizieren – eine Auffassung, der „Rom“ scharf widersprach. Sowohl Johannes Paul II. erteilte dieser Linie eine klare Absage, wie sein vielleicht engster theologischer Berater, der deutsche Kurienkardinal Joseph Ratzinger, Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre – inzwischen als Benedikt XVI. der unmittelbare Nachfolger des Polen.

Die Ostberliner Stasi hat sich mit diesbezüglichen Hintergrundinformationen reichlich eingedeckt, um sie gegebenenfalls für Zwecke der politisch-ideologischen Diversion – im Klartext: zur Kompromittierung Ratzingers – einzusetzen. Das „solidarische“ Augenmerk der europäischen Genossen richtete sich damals vor allem auf die Vorgänge in El Salvador und in Nicaragua. Die öffentliche Zurechtweisung des Priesters Ernesto Cardenal durch Johannes Paul II. während seines ersten Besuches in Managua (1983) ging per Fernsehen um die Welt.

Das Protokoll des Moskauer Geheimdienst-Treffens enthält abschließend einen Katalog von Vorschlägen „angesichts des feindlichen Kurses des Vatikans“ zur „Bekämpfung seiner subversiven Tätigkeit“ sowie die „Hauptrichtungen der Abwehrarbeit“ betreffend.

1986: Der Rote Stern am kommunistischen Horizont beginnt zu verblassen. Untergangsstimmung beeindruckt die Krieger an der unsichtbaren Front wenig. Wieder setzen sie sich zusammen, diesmal nur die Genossen Offiziere aus Ostberlin und Moskau. Auf der Tagesordnung: Ein weiterer Maßnahmeplan zur „Durchsetzung der 1984 multilateral festgelegten operativen Maßnahmen zur Organisation der Abwehrtätigkeit gegen die subversive Tätigkeit des Vatikans.“ Beauftragt sind wiederum die Abteilungen für politisch-ideologische Diversion. Schießt man nicht mit Raketen auf den Papstpalast?

Den „Plan für die Zusammenarbeit zwischen der Hauptabteilung XX des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demo-

kratischen Republik und der V. Abteilung des Komitees für Staatssicherheit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für den Zeitraum 1986-1990" wird von „ganz oben“ unterzeichnet, von Erich Mielke und Viktor Tschebrikow, dem Vorsitzenden des KGB von 1982-1988.

Wiederum lässt der Text keinen Zweifel an Militanz gegenüber Papst und Kirche aufkommen: „Ausgehend von den Beschlüssen des XI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des XXVII. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion konzentrieren sich die Hauptabteilungen XX und die V. Verwaltung bei der Abwehr der imperialistischen Konfrontationspolitik, der rechtzeitigen Aufdeckung und Vereitelung der subversiven Pläne, Absichten und Aktivitäten des Gegners auf die gemeinsame Lösung folgender Hauptaufgaben“. Punkt 2.6 bestimmt die „Durchsetzung der 1984 multilateral festgelegten operativen Maßnahmen zur Organisierung der Abwehrtätigkeit gegen die subversive Tätigkeit des Vatikans.“ Im Einzelnen werden unter anderem folgende Maßnahmen aufgeführt:

- Vertiefung der Widersprüche im Vatikan vor allem hinsichtlich einer zu starken Betonung der „Ostpolitik“;
- Aufdeckung und Dokumentierung kompromittierender Fakten zur Politik des Vatikans in der Vergangenheit und Gegenwart (Beziehungen zu faschistischen Regimen, zu Geheimdiensten der NATO-Staaten u.a.);
- Beeinflussung internationaler religiöser Organisationen zur Verstärkung antikatholischer Stimmungen;
- Unterstützung realistischer Kräfte und Äußerungen des Vatikans;
- verstärkte Bearbeitung von Emissären, Kurieren und Missionaren des Vatikans und anderer katholischer Zentren.

Vom 8. bis 14. Juni 1987 besuchte Johannes Paul II. zum dritten Mal seine Heimat. Das Jahr führte ihn auch nach Nord- und Südamerika sowie in die Bundesrepublik Deutschland – nicht ohne „Fernglas“ und „Mikrofon“ der Interessenten aus dem Osten.

Der Papstbesuch in Polen war nun auch Hauptpunkt einer „Beratung“ der Nachrichtendienste vom 29. bis 31. März 1988 in Warschau. Dieser Besuch sei „in die Ostpolitik des Vatikans gegen die sozialistischen Länder einzuordnen“, wurde festgestellt. Und weiter ging es in diesem feindseligen Ton: „Unter Vorspiegelung religiöser Motive hatte dieser Besuch einen zutiefst politischen Charakter“. Der „vom Papst mit der Volksrepublik Polen praktizierte Dialog“ sei „prinzipiell darauf gerichtet, die Position der katholischen Kirche in der Volksrepublik Polen zu stärken und die Personen, die sich von der Kirche abgewandt haben zu erreichen, beziehungsweise zurück zu gewinnen.“ Die Teilnehmer des Treffens vereinbarten, „verstärkt Informationen über Pläne und Absichten des Vatikans auszutauschen“,

insbesondere über „seine Ostpolitik, über feindlich-negative Kräfte, die unter Missbrauch der Religion wirksam sind“, sowie „über vatikanische Stellen“. – Der Kalte Krieg hatte längst noch nicht die Waffen gestreckt. Niemand hörte die Signale am Horizont.

### Operation „Papst“

Ein vornehmer Pius XII., ein jovialer Johannes XXIII., ein zurückhaltender Paul VI. – zwar scheuten sie nicht die Begegnung mit dem Volk, doch hielt sich der Wunsch nach einem „Bad in der Menge“ in Grenzen, und die bei Hofe gepflegte Aura des Heiligmäßigen nötigte wohl auch die Gläubigen zu respektvoller Distanz. Bis der Mann aus Polen kam, einer, der auf die Menschen zuing, zu Fuß oder in einem neuen offenen Gefährt, weiß gehalten wie seine Soutane, mit dem päpstlichen Wappen geschmückt. Das Kirchenglossar wurde um eine Wortschöpfung bereichert: Papamobil. Der Papst, stehend, an der Griffstange Halt findend, konnte seine Runden drehen bis an die Enden der Stadien und durch die freigehaltenen Gassen auf dem Petersplatz. Er konnte sie alle sehen, grüßen und segnen, und alle konnten ihn sehen, ihm zujubeln. Ein Papst „zum Anfassen“. Bis ein ausländischer Mann eine Pistole zückte.

Das Unvorstellbare geschah am 13. Mai 1981. Der Mann, der auf Johannes Paul II. feuerte, wurde als Mehmet Ali Agca identifiziert, ein türkischer Staatsbürger kurdischer Nationalität (falls die diversen Angaben zur Person zutreffen). Er wurde zu lebenslanger Haft verurteilt, im Jahr 2000 vom italienischen Staatspräsidenten amnestiert und anschließend an die Türkei ausgeliefert. Dort hat er noch eine Reststrafe wegen anderer schwerer Verbrechen<sup>67</sup> zu verbüßen; nach einer überraschenden Freilassung im Januar 2006 wurde er nach einem Einspruch des obersten türkischen Gerichts erneut verhaftet.

Kriminalexperten war klar, dass ein einzelner Mann eine solche Tat nicht ohne Hilfe planen und ausführen konnte. Wenn es aber Hintermänner gab, wer dann waren die Drahtzieher?

Westliche Vermutungen wie Anschuldigungen zeigten auf Moskau und Sofia. Fotos von einem angeblichen Mittäter tauchten auf, Bulgaren wurden verhaftet und wieder freigelassen. Es gab mysteriöse Todesfälle in der Türkei. Drogenkartelle und Terrororganisationen wurden mit dem Komplott in Verbindung gebracht. Und natürlich die Geheimdienste in Ost und West. Wenn nicht an der Operation beteiligt, so ließ sich diese zu einem Propagandafeldzug nach allen Regeln der nachrichtendienstlichen „Kunst“ ausnützen, um die Gegenseite zu treffen.

Als Karol Wojtyła das Papstamt übernahm, saß im Kreml Leonid Breschnew (als Partei- und Staats-Chef). Leiter des KGB war in dieser Zeit Jurij Wladimirowitsch Andropow (1967-1982; anschließend, 1982/83, bis zu seinem plötzlichen Tod Partei- und Staatschef); Nachfolger wurde Viktor Tschebrikow, bis dahin Andropows Stellvertreter.

---

<sup>67</sup> U.a. Ermordung von Abdi Ipekci, den jüdischstämmigen Chefredakteur der liberalen Zeitung „Milliyet“.

Hatten sie schon 1979 vom Politbüro oder dem Zentralkomitee der KPdSU einen Auftrag erhalten, gegen den Vatikan vorzugehen, den Papst und dessen Ostpolitik zu diskreditieren? Auszuschließen wäre das nach Kenntnis der Dokumente aus den diversen Geheimdienstbesprechungen nicht.

Enthielt eine solche Order auch eine Anweisung, den Papst zu töten? Den Auftrag weiterzugeben an den bulgarischen DS?<sup>68</sup> Eine Reihe von „Sachbüchern“ leben von dieser Version. Wer nachbohrt, stößt schnell auf Sand. Wem soll man glauben? Michail Gorbatschow, seinerzeit bereits auf der höheren politischen Führungsetage (seit 1979/1980 Mitglied des Politbüros) und befreundet mit Andropow, dem Landsmann aus dem südrussischen Stawropol, beteuert, nichts von solchen Plänen gewusst zu haben, wie er dem Autor in einem persönlichen Brief mitteilte. Andererseits sagen Insider: Entscheidungen solchen Kalibers, wenn sie denn getroffen wurden, blieben nur einem engsten Kreis von Mitwissern vorbehalten.

Im Spätsommer 1982 erreichte ein Blitz-Telegramm aus Sofia die diplomatischen Vertretungen der sozialistischen Mitgliedsländer in den Hauptstädten der RGW-Staaten.<sup>69</sup> Absender des Notrufes war das Zentralkomitee der bulgarischen Kommunistischen Partei. Die Genossen in Sofia beklagen sich und versuchen zugleich jeden Verdacht von sich zu weisen: Insbesondere werde von italienischer Seite eine antibulgarische Kampagne geführt und die Volksrepublik Bulgarien beschuldigt, „an dem Attentat auf den Papst mitgewirkt zu haben, bzw. es inspiriert zu haben.“ Die antibulgarische Kampagne komme zu einem Zeitpunkt, „wo der Prozess der Konsolidierung der VRB<sup>70</sup> voran schreitet und die innenpolitische Lage sich in Polen günstiger entwickelt“.

Ein weiteres Telegramm (mit Datum vom 26. August 1982) erreicht Generalmajor Willi Damm, den Leiter der Internationalen Abteilung des MfS (Abteilung X). Dieser leitet die Sendung weiter an Oberst Rolf Wagenbreth, den Leiter der Abteilung aktive Maßnahmen (AM). Generaloberst Markus Wolf, der Chef des MfS-Nachrichtendienstes HV A wird informiert. Die Bulgaren bitten um Unterstützung – die Sache eilt. Armeegeneral Erich Mielke und der bulgarische Innenminister General Dimitar Stojanow „segnen“ den Plan „von ganz oben“ ab.

Die Aktion trägt den Decknamen „Operation Papst“. Sie folgt der dringenden Bitte aus Sofia, etwas gegen die „Massenmedien der kapitalistischen Staaten“ zu unternehmen, um „die tendenziösen Lügenmaterialien“ zu widerlegen, dass der Mordanschlag im Jahre 1981 das Werk der Organe des KfS<sup>71</sup> und der bulgarischen Sicherheitsorgane sei, die dem Terroristen Mehmet Ali Agca unmittelbare Unterstützung gewährt hätten, in dem sie ihn mit Waffen und Geld versorgten. Offenbar sei dies eine von den Geheimdiensten des Gegners dirigierte Kampagne, die das Ziel verfolgte, Bulgarien zu diskreditieren, indem man ihm Verbindungen zu Terrororganisationen unterschiebt.

---

<sup>68</sup> „Komitet za Darzhavna sigurnost KDS“ – bulgarisches „Komitee für Staatsicherheit“.

<sup>69</sup> RGW: Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, das östliche Gegenstück zur EWG.

<sup>70</sup> VRB: Volksrepublik Bulgarien.

<sup>71</sup> KfS: Komitee für Staatssicherheit, sowjetischer KGB.

Nun wurden die Spezialisten für „Desinformation“ (HV A – Abteilung X)<sup>72</sup> auf den Plan gerufen. Um insbesondere die westdeutschen Medien zu erreichen, musste zunächst eine verfängliche Spur gelegt werden, wie einer der beteiligten Offiziere nach der „Wende“ erläuterte. Ausgewählt wurden die „Grauen Wölfe“ (türkisch: Bozkurlar), der militante Arm der extrem nationalistischen türkischen Idealisten-Partei<sup>73</sup>. Von einem gefälschten Brief, der dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß untergeschoben wurde, adressiert an Alparslan Türkeş, angeblich abschätzig Äußerungen über Johannes Paul II. beinhaltend, erhofften sich die Ostberliner Spezialisten einige Schlagzeilen.

War man so stümperhaft oder tat man nur so? Die Sache war zu durchsichtig. Noch heute streiten sich einige alte Stasi-Kontrahenten, ob den Bulgaren zu trauen war oder ob nicht doch etwas faul war an der Angelegenheit. Vier Jahre dauerten die Bemühungen, den Bulgaren einen überzeugenden „Persilschein“ zu fabrizieren. Den gewünschten Erfolg hat die Operation Papst nicht erbracht, trotz allen Bemühungen auf der „Linie Aktive Maßnahmen“, und, wie General Stojanow in einem Dankschreiben hervorhob, „im engen Zusammenwirken mit den Bruderorganen zur Entlarvung der Initiatoren und Ausführenden des Attentats und der in diesem Zusammenhang entfachten zügellosen Verleumdungskampagne gegen die VRB und die sozialistische Gemeinschaft“.

Als die neue, demokratische Regierung bei der Birtler-Behörde nach Unterlagen fragte, konnte man nur aushändigen, was schon bekannt war: keine Beschuldigung, aber auch keine Entlastung in der bis heute auf den Bulgaren lastenden Frage. Irgendwann hieß es dann, und eine parlamentarische Untersuchungskommission in Italien nahm das auf, nicht der KGB, sondern der sowjetische militärische Geheimdienst GRU habe bei der Organisation des Anschlags seine Finger im Spiel gehabt. Auch das MfS traf der Strahl der Verdächtigungen. Andere Stimmen deuteten eine Mitwirkung der Rumänen an.<sup>74</sup>

Die Sache auf den Kopf stellte schließlich CIA-Chef Bill Casey. Er wird mit der Aussage zitiert: „Wir müssen Dokumente fabrizieren, die beweisen, dass die Sowjetunion es dirigiert hat.“ Aber vielleicht ist auch das eine Desinformation. Welcher Geheimdienst wird eine Aktion dieses Kalibers auch nur mit Zettelnotizen aktenkundig machen? Und wenn – dann dürften die entsprechenden Ordner, bevor der Letzte das Licht ausgemacht hat, entsprechend „gereinigt“ worden sein. Auch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Reste, die von „Langley“ (dem CIA-Hauptquartier im US-Bundesstaat Virginia) eingesammelt wurden, sorgfältig unter die Lupe genommen wurden.

---

<sup>72</sup> HVA Abteilung X: Desinformation. Organisation „politisch-aktiver Maßnahmen“, insbesondere spezifischer Maßnahmen zur Desinformation und Aufklärung sowie Bearbeitung von bedeutsamen Medien-einrichtungen und wichtigen Journalisten der Bundesrepublik Deutschland; Lancierung von bearbeiteten Materialien (Dokumente, Briefe, Informationsdienste etc.) und finanzielle Unterstützung von Publikationen; Einflussagenten.

<sup>73</sup> Partei der Nationalistischen Bewegung MHP, 1961 von Alparslan Türkeş gegründet.

<sup>74</sup> Vgl. „Die Kirche schlechtmachen“, Teil 1 dieser Reihe, unter <http://blog.kath.de/kaltefleiter>.

Überraschend tauchte Ende 2006 in den Unterlagen der Kirchenabteilung des MfS eine „Information“ auf, die von den „Sicherheitsorganen der UVR“ (also dem ungarischen Nachrichtendienst) an die Abteilung X (internationale Beziehungen) übermittelt und von dort an die HA XX/4 unter dem Datum vom 7. Juli 1981 weitergegeben wurde: „Das Staatssekretariat des Vatikans, das das auf Papst Johannes Paul II. verübte Attentat untersucht, hält es für nicht ausgeschlossen, dass es sich hierbei um eine vorsätzliche Aktion moslemischer Kreise handelt, begangen, um die Ausbreitung des Katholizismus in der ‚Dritten Welt‘ zu verhindern.“<sup>75</sup>

Also eine „islamische Spur“? Der Verdacht wurde immer wieder mal in die Welt gesetzt. Schon möglich, dass so kurz nach den Schüssen auf dem Petersplatz die Auftraggeber nicht etwa im „kommunistischen Osten“, sondern im islamischen Nahen Osten vermutet wurden. Hatte Ali Agca doch öffentlich verkündet, er werde „diesen religiösen Führer, (...) den getarnten Kommandanten der Kreuzritter, umbringen“.<sup>76</sup> Haben die Ungarn nur aufgeschnappt, was in jenen Tagen so alles an Gerüchten über mögliche Hintermänner, Auftraggeber, Drahtzieher besonders in Rom kursierte; sollte die Information, wahr oder gestreut, dazu beitragen „Moskau und Sofia“ zu entlasten?

Ob oder welche Rolle der bulgarische Staatssicherheitsdienst bei dem schweren Anschlag auf Johannes Paul II. gespielt hat, wird wohl für immer in den Archiven versenkt bleiben. Sofern es überhaupt schriftliche Hinweise gibt. Die Kirche erinnert sich schmerzhaft an jenen Vorgang, als Pius XII. auf der Abschussliste der Nazis gestanden haben soll.<sup>77</sup>

## **Bulgarische Pfeile**

Sieht man von den schweren Verdächtigungen einmal ab, lehrt ein Blick in die Dokumente, die bulgarische Aussagen überliefern, dass aus Sofia in den Jahren vor den Schüssen auf den Petersplatz nichts Gutes über Papst und römische Kirche zu hören war.

Das Christentum, ob lateinisch oder orthodox, war nun einmal der weltanschauliche Gegner, der Vatikan, nach kommunistischer Klassifikation, der Komplize des Imperialismus, der natürlich die Fahne „Stars and Stripes“ bis an die Enden der Erde einzupflanzen versuchte, oder doch die Philosophie des american way of life, gleichgesetzt mit kapitalistischer Ausbeutung und Unterminierung des Sozialismus. Im Redetext las sich das dann so: „Von der katholischen Kirche zur Erweiterung ihrer Basis und ihres Einflusses in den sozialistischen Bruderstaaten zum Einsatz gebrachten neuen Methoden, Formen und Mit-

---

<sup>75</sup> Vgl. HA XX/4, Nr. 408.

<sup>76</sup> Vgl. <http://www.wdr.de/themen/kultur/stichtag/2006/05/13.jhtml>.

<sup>77</sup> Vgl. Werner Kaltefleiter / Hanspeter Oswald: Spione im Vatikan, München 2006.

tel decken sich immer mehr mit den Methoden und Formen des subversiven ideologischen Vorgehens der USA und ihrer westlichen Verbündeten. "

Auf der Tagung der sozialistischen Nachrichtendienste in Prag 1977 vertraten Generalmajor Iwan Dimitroff, der stellvertretende Leiter der VI. Verwaltung des Innenministeriums, und Oberst Todor Toderow den bulgarischen Staatssicherheitsdienst. Auf den Vatikan gemünzt, sagte Dimitroff in seiner Rede: „In ihren Beziehungen mit dem Vatikan wird unsere Partei auch in Zukunft beharrlich ihre elastische Politik betreiben, die auf die Ausweitung des Einflusses und der Autorität der VRB im Ausland gerichtet ist. Wir werden einen Zugang unserer Gelehrten und Geschichtswissenschaftler zu Materialien und Dokumenten in den Archiven und Bibliotheken des Vatikans schaffen. "

Der Bulgare berief sich auf eine Zusage von Erzbischof Casaroli, „das in dieser Hinsicht Notwendige zu tun, um im gegebenen Moment die Entsendung von Spezialisten und Gelehrten der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften besprechen zu können. " Diese Offerte des päpstlichen Diplomaten gehe zurück, wie Dimitroff sagte, auf den Besuch einer offiziellen Delegation des Vatikans, die vom 3. bis 10. November 1976 auf Einladung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten nach Sofia gereist war. Delegationsleiter Casaroli hatte eine umfangreiche Wunschliste in seiner Aktentasche. Dem Heiligen Stuhl ging es um

- die juristische Anerkennung der katholischen Kirche in Bulgarien;
- eine Neuordnung der kirchlichen (katholischen) Verwaltungsstruktur;
- den Neubau einer Kirche;
- die Ausbildung von bulgarischen Theologiestudenten in Rom;
- die Einfuhrerlaubnis für religiöse Literatur;
- die Aufenthaltsorte und Wohnsitze für Priester.

Casaroli bot als Gegenleistung an, Vertretern der bulgarischen Orthodoxie ein Studium an vatikanischen ostkirchlichen Instituten zu ermöglichen.

Den Forderungen Casarolis seien ausweichende Antworten gegeben worden, stellt General Dimitroff gegenüber den Genossen der „Bruderorganisationen“ fest. Er legt die Platte auf, die selbst eingefleischten Stasi-Leute ermüdet haben dürfte. Man kannte das Ritual. Pflichtübung. Hohlworte – und dennoch erschreckend genug, wenn dies ein Mensch aus dem vatikanischen Rom zu Gehör bekommen hätte: „Eingedenk der Aktivitäten des Gegners auf dem Gebiet des Katholizismus, organisieren die Organe für Staatssicherheit der VRB ihre Abwehrarbeit unter Berücksichtigung des Eindringens in den Vatikan und der mit ihm verbundenen subversiven Zentren, was es möglich macht, Kanäle ideologischer und anderer subversiver Tätigkeit, die von ihnen betrieben wird, zu entdecken, erfolgreich zu bearbeiten und Personen zu entlarven, die der Betei-

ligung an der Arbeit von Spezialeinheiten des Gegners überführt werden können.“

Wenn alles so exekutiert wird, wie der Stasi-General ankündigt, dann wird es winterlich für Christgläubige am Schwarzen Meer: „Mit der uns zur Verfügung stehenden Agentur und den Mitteln der Masseninformatio n werden von uns entsprechende Maßnahmen zur stufenweisen Eingrenzung und Neutralisierung der Tätigkeit der katholischen Kirche in der VRB getroffen.“ Undweiterim Text: „Unserer Ansicht nach ist es auch in der Zukunft notwendig, gemeinsame Maßnahmen mit den Bruderorganen für Staatssicherheit zur Bearbeitung von Missionaren und Emissären des Vatikans durchzuführen, die die sozialistischen Länder besuchen.“ „Es wäre zweckmäßig, den Austausch operativer Informationen über die Tätigkeit des Vatikans gegen unsere Länder zu verstärken.“

### **Subversive Ansichtskarten**

1980 meldet sich Sofia erneut zu dem angesprochenen Thema zu Wort.<sup>78</sup> Die Quelle für das Papier, das von der Internationalen Abteilung des MfS in Umlauf gegeben wird, ist wie immer allgemein gehalten, ohne konkreten Bezug.

In dem fünfseitigen Bericht heißt es – in der Sache sich wiederholend: „Zur Realisierung seiner subversiven Pläne nutzt der Vatikan auch den sich beständig erweiternden internationalen Austausch. Emissäre und Missionare des Vatikans, die unser Land aus verschiedenen Gründen besuchen, sammeln Informationen über die Lage und über die sich unter den Mitarbeitern der katholischen Kirche vollziehenden Prozesse sowie über die ‚Beeinträchtigung der Rechte und Freiheiten‘ der Katholiken.“

„Vatikan-Mitarbeiter versuchen, in unser Land religiöse Literatur und andere Materialien einzuschleusen und erweisen den Gläubigen materielle und moralische Unterstützung. Im Jahre 1978 wurde in einem Fahrzeug von in unser Land eingereisten Geistlichen – drei Italienern und zwei nicht zurückgekehrten Bulgaren – eine große Menge von Kreuzen, religiöser Literatur und ebensolcher Ansichtskarten sowie von Kautschukformen für Gipsabgüsse zu religiösen Themen festgestellt und konfisziert. Einen analogen Vorfall gab es auch im Jahre 1979, als bei aus Italien zurückkehrenden bulgarischen Bürgern über 2000 solcher Gegenstände beschlagnahmt wurden.“

---

<sup>78</sup> Vgl. Abt. X: Information der Sicherheitsorgane der VRB – Zur subversiven Tätigkeit des Vatikans gegen die Volksrepublik Bulgarien, Berlin, 4. September 1980.

1983 – inzwischen sind die Schüsse auf dem Petersplatz abgegeben worden und haben die ganze Welt schockiert – schwört Bulgarien Eide der Unschuld. Den Geheimdienst scheint das nicht anzufechten. Als „Geheime Verschlussache“, jedoch ohne Quellenangabe, liegt dem MfS in deutscher Übersetzung ein elfseitiger Bericht „Über die Zusammenarbeit und über das Zusammenwirken mit den Organen des MfS der DDR auf der Linie der Religion“ vor. Unter Punkt B wird über „Die Tätigkeit des Gegners“ berichtet.

Der Abschnitt beginnt mit „I. Der Vatikan“: „Mit seiner finanziellen, ideologischen, politischen und geistlichen Stärke, mit seinem leidenschaftlichen Antikommunismus hebt sich der Vatikan von den anderen ausländischen religiösen Organisationen ab. Die Emissäre und Missionare des Vatikans zeigen eine besondere Hartnäckigkeit und Konsequenz in ihrem Bestreben, in die VRB dauerhaft einzudringen“.

„Die Römisch-Katholische Kirche zählt die VRB und die anderen osteuropäischen Länder zu den Ländern, die sich unter der ‚besonderen Bedrohung‘ des Atheismus befinden und versucht, den Einfluss des Papstes in ihnen zu erweitern. So erklärte z. B. Papst Johannes Paul II. Anfang 1981 in seinem ‚Apostolischen Brief‘ (Enzyklika) Kyrill und Methodi<sup>79</sup> als ‚Mitbeschützer Europas‘ neben dem Heiligen Benediktus. Ungeachtet dessen, dass der Papst in seiner Botschaft über die Tat der beiden Brüder nur als eine religiöse Tätigkeit redet und nichts über ihre kulturhistorische Mission und über die Rolle des bulgarischen Staates als Wiege der slawischen Zivilisation gesagt wird, wird diese Enzyklika als Versuch eines tieferen Eindringens in die VRB gewertet.“

Es mussten einige Jahre nach der politischen Wende auch in Bulgarien vergehen, bis Johannes Paul II. das Land der Klöster, der Rosen und einer sehr alten Kulturgeschichte mit orthodoxer Ausprägung besuchen mochte. Vom 23. bis 26. Mai 2002 besuchte er Sofia und einige andere Orte. Jetzt erst war wohl die Zeit gekommen, „nur Gutes“ über die Gastgeber zu sagen, ihren Willen zur politischen und gesellschaftlichen Neuordnung zu begrüßen, ihre Aufnahme in die Europäische Union zu bejahen, ihre Brückenfunktion zwischen Ost- und Südeuropa zu betonen und – eines seiner großen Anliegen bei der Aussöhnung von Ost und West – zur christlichen Ökumene zu ermutigen. Auch zum Thema Nr. 1 der internationalen Medien – was wird er zu dem Anschlag auf ihn sagen? – äußerte sich der Papst zum ersten Mal öffentlich, und zwar zum politischen Aspekt der Frage: Er habe nie an die so genannte bulgarische Spur geglaubt.

Die geistliche Dimension dieser Erfahrung hatte er schon früher angesprochen. Mit Ali Agca hatte er eine Aufsehen erregende Begegnung in der Zelle des Täters. Hier nun eine überraschende Antwort. Was sonst hätte er sagen können? War das die Generalab-

---

<sup>79</sup> Die Namensschreibung aus der Originalübersetzung wurde beibehalten.

solution für das Land, auch ohne Anlass zu einem Sündenbekenntnis? Verfügte Johannes Paul II. über anders lautende Informationen – die er mit ins Grab genommen hat?

## **Kontrolle**

Als ginge die Zeitentwicklung an ihnen vorbei – sollte Gorbatschow mit seinem Diktum die Nachrichtendienste nicht gemeint haben? – wird auch schon mal vorsorglich eine „Beratung und Bestimmung der Schwerpunktaufgaben des Planes der Zusammenarbeit der HA XX des MfS und der Verwaltung des KfS<sup>80</sup> zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung für den Zeitraum 1991 bis 1995“ eingeplant. Anlass zur Ironie geben solche Fundstücke aus den Hinterlassenschaften der Nachrichtendienste „von drüben“ allemal nicht.

Armeen legen, wenn sie besiegt worden sind, ihre Waffen nieder, Geheimdienste (Nachrichtendienste) aber sterben nicht. Sie wechseln die Uniform. Es gibt immer etwas „aufzuklären“ und „abzuwehren“. Alte Kader des MfS treffen sich bis heute in bester Eintracht und fester Seilschaft, überzeugt davon, nichts anderes als „Kundschafter des Friedens“ gewesen zu sein. Ihre Opfer kommen in dieser Abrechnung offenbar nicht vor.

## **Gott ließ sich nicht ausbürgern**

„Siegen lernen heißt von der Sowjetunion lernen“, diese Weise von der neuen Ideologie spielte der Leierkastenmann auf den üblichen Großveranstaltungen der werktätigen Massen. Marx und Engels waren die Schutzheiligen, in deren Namen eine neue Zeit verkündet wurde, kaum dass eine andere zusammengebrochen war. Dem Hakenkreuz folgte der Rote Stern. Er sollte heller erstrahlen als der „Stern von Bethlehem“. Joachim Meisner, im System der sozialistischen Gesellschaftsordnung aufgewachsen, aber christlich geblieben und Bischof und Kardinal geworden, pflegte diese Metapher bei jeder sich bietenden Gelegenheit vorzutragen. Für Lenin aber bedeutete Fortschritt zunächst einmal „Elektrizität“.

Das mochte für die russischen Weiten gelten. Im Staate Ulbrichts und Piecks herrschte eher Kleidermangel vor, geistiger Kleidermangel. Nicht wenige trugen noch das Tuch der Zeit „ab 33“. Das ließ sich nicht einfach umnähen. Ein gesamtdeutsches Phänomen. Auf beiden Seiten gingen die Sieger ans Werk, den Deutschen die richtige Gesinnung beizubringen. Die Amerikaner nannten das „Re-Education“, davon ausgehend, dass doch noch Reste einer glanzvolleren deutschen Geistesgeschichte aus der Zeit vor der Hitlerei zu retten wären.

Im „anderen Teil“ Deutschlands schlug den aus Moskau zurückgekehrten Kommunisten die Stunde. Sie konnten nun beginnen, was ihnen in den vorausgegangenen Deut-

---

<sup>80</sup> KfS = KGB.

schen Reichen nicht gelungen war. Sie verfügten über Zwangsmittel. Politische Schulung, das heißt, ideologisches Rüstzeug zu erwerben, stand auch für Kandidaten wie für bereits fortgeschrittene Offiziersjahrgänge der Staatssicherheit ganz oben auf dem Stundenplan der theoretischen Ausbildung. Das Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus verlangte selbstverständlich die Abkehr vom christlichen Evangelium.

Dem ersten Menschenpaar war die Aufenthaltserlaubnis im Paradies entzogen worden, wie wir aus dem biblischen Gleichnis erfahren; Folge eines Vorgangs, der als erster Sündenfall die Geschichte der Menschen bis heute belastet, denn sie wollten „sein wie Gott.“ Aber die Kommunisten wollten zurück zu Adam und Eva. Hatte nicht ein abtrünniger Jesuit im 16. Jahrhundert verkündet, dass der Mensch der Schöpfer aller Dinge sei, sozusagen der Schöpfer seiner selbst? Folglich existiere Gott nicht. So war auf einem Exponat im Atheismus-Museum in Wilna zu lesen.

Im irdischen Paradies der Werktätigen wurde die Angelegenheit auf den Kopf gestellt. Jetzt war kein Platz mehr frei für den Gott der Christen. Vulgär-Marxismus, auf den man in einer seriösen Auseinandersetzung, verzichten sollte? Durchaus nicht. Wie klar der Kampf gegen den christlichen Glauben angelegt war und auf welcher „schlichter“ Verstandesebene die Altmarxisten und Altstalinisten versuchten, ihre Lehre einem ganzen Volk überzustülpen, nach dem, was dieses Volk zwölf Jahre lang über sich hatte ergehen lassen müssen, wird aus einigen wenigen Sätzen deutlich. Sie sind einer „Lektion“ aus dem Schulungsmaterial des Jahres 1956 entnommen:

- „Um das Wesen, den Charakter und die Rolle der Religion richtig einschätzen zu können, ist es notwendig, sich mit den Klassikern unserer materialistischen Weltanschauung, dem Marxismus-Leninismus zu befassen, da der Marxismus-Leninismus zum ersten Male den Ursprung und das Wesen der Religion allseitig ergründet und aufgeklärt hat.“
- „Ausgehend von dem Leitsatz von Karl Marx: ‚Die Religion ist das Opium des Volkes‘ und Lenins Darlegung: ‚Der Marxismus betrachtet alle heutigen Religionen und Kirche, alle und jede religiösen Organisationen stets als Organe der bürgerlichen Reaktion, die der Verteidigung, der Ausbeutung und der Betäubung der Arbeiterklasse dienen‘, müssen wir uns mit der Entstehung und Entwicklung der Religion beschäftigen.“
- „Das Programm und die gesamte Tätigkeit der Partei, der Partei der Arbeiterklasse, beruht auf der wissenschaftlichen materialistischen Weltanschauung des Marxismus. Unsere Partei erläutert den werktätigen Massen alle gesellschaftlichen Erscheinungen historisch-materialistisch, sie muss auch die Erscheinungen des religiösen Lebens aus den materiellen Verhältnissen der Gesellschaft, aus ihren ökonomischen und historischen Wurzeln erklären. Daher schließt unsere Parteipropaganda notwendiger Weise auch die Propaganda

des Atheismus ein. Die organisatorische Trennung von der Kirche ist nur die eine Seite, wichtiger aber ist die ideologische Trennung."

- Sollten „manche“ Mitglieder der Partei – man ging von der „Glaubensüberzeugung“ der Mehrheit der Genossen aus – „an religiösen Vorstellungen und gewissen Bindungen zur Kirche“ festhalten, dann sei das „Ausdruck einer noch mangelnden Entwicklung ihres Klassenbewusstseins“, heißt es schließlich in der diesbezüglichen „Lektion“. Daraus zogen die Parteiideologen den Schluss, es seien „alle Reste religiöser Vorurteile aus den Köpfen der Genossen (zu) beseitigen.“

Das also war der dogmatische Leitfaden für den Staat der „Arbeiter- und Bauernmacht“ und Dienstanweisung für diejenigen, die diesem Programm folgend Religion und Kirche zu „bekämpfen“ hatten.

Sie ließen kein Mittel unversucht, begannen mit den jüngsten DDR-Staatsbürgern, den Zöglingen in der Vorschule. Setzten es fort mit der Jugend. Wie im vorausgegangenen System. Der Parteigenosse lernt ein Leben lang, bleibt für immer in den Händen der Partei. Einige scheinen „tieffromm“ geworden zu sein, würden es wohl bis zu ihrem Tod bleiben, spöttelte ein Ex-Stasi-Offizier über seinen früheren Vorgesetzten, einen General. Gott aber vermochten sie nicht auszubürgern. Er hat seine Wohnung nie aufgegeben, auch in den Städten, die ohne ihn entstehen sollten (um ein Wort Karol Wojtylas abzuwandeln). Gott gewinnt wieder Freunde, langsam zwar, aber immer mehr – tiefere Bindungen brauchen bekanntlich etwas mehr Zeit.

## Quellen

Aus den Unterlagen der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR wurden berücksichtigt:

- MfS – HA IX vom 13.11.1989;
- MfS – HA XX/4 Nr. 53, 123, 318, 407, 408, 501, 650, 653, 1257, 2157, 3717;
- MfS – HA XX/AKG, Nr. 5887;
- MfS – BdL-Dok. Nr. 007783;
- MfS – JHS Sicherheitsfilm Z 26/56.

© Werner Kaltefleiter, Wiesbaden 2007.